

# Diplomarbeit

zum Thema

Kinderlosigkeit in Ost- und Westdeutschland – eine Analyse auf Basis des  
Scientific Use Files des Mikrozensus

eingereicht an der	Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Rostock
vorgelegt von:	Anne Kruse
Matrikel-Nr.:	2100023
Diplomstudiengang:	Demographie
Bearbeitungszeitraum:	6 Monate
BetreuerIN ErstgutachterIN:	Prof. Dr. Michaela Kreyenfeld
Zweit-GutachterIN:	
Lehrstuhl:	Juniorprofessur für Ursachen und Konsequenzen des demographischen Wandels

Rostock, 18. 05. 2006

# KINDERLOSIGKEIT IN OST- UND WESTDEUTSCHLAND – EINE ANALYSE AUF BASIS DES SCIENTIFIC USE FILES

THEMA	SEITE
1 EINLEITUNG.....	7
2 THEORETISCHE ÜBERLEGUNGEN ZU DEN DETERMINANTEN DER KINDERLOSIGKEIT.....	9
2.1 NEUE HAUSHALTSÖKONOMIK NACH GARY BECKER.....	9
2.2 DER INSTITUTIONENEFFEKT – AUFSCHUB ODER VERZICHT?.....	12
2.3 DIE INDIVIDUALISIERUNGSTHESE .....	14
2.4 ZUSAMMENFASSUNG.....	17
3 INSTITUTIONELLE RAHMENBEDINGUNGEN DER ELTERN SCHAFT.....	19
3.1 STAATLICHE HILFEN FÜR FAMILIEN.....	19
3.2 KINDERBETREUUNGSMÖGLICHKEITEN IN DEUTSCHLAND .....	21
3.3 ZUSAMMENFASSUNG UND HYPOTHESENGENERIERUNG.....	26
4 KENNZIFFERN DES GEBURTENVERHALTENS IN DEUTSCHLAND AB 1900/29	
4.1 DEFINITION DER KINDERLOSIGKEIT .....	29
4.2 GEWOLLTE UND UNGEWOLLTE KINDERLOSIGKEIT.....	29
4.3 ENTWICKLUNG DER KINDERLOSIGKEIT IN DEUTSCHLAND AB 1900.....	31
5 EMPIRISCHE ANALYSEN.....	36
5.1 DATENSATZBESCHREIBUNG UND DIE GRENZEN DES MIKROZENSUS .....	36
5.1.1 <i>Beschreibung des Mikrozensus und seine Grenzen</i> .....	36
5.1.2 <i>Beschreibung der Untersuchungspopulation</i> .....	37
5.1.3 <i>Mögliche Determinanten der Kinderlosigkeit</i> .....	39
5.2 DESKRIPTIVE AUSWERTUNG.....	41
5.2.1 <i>Einfluss der Staatsangehörigkeit auf die Kinderlosigkeit</i> .....	44
5.2.2 <i>Bildungseinfluss auf die Kinderlosigkeit</i> .....	46
5.2.3 <i>Einfluss der Gemeindegröße und Region auf die Kinderlosigkeit</i> .....	52
5.2.4 <i>Zusammenfassung der deskriptiven Analyse</i> .....	54
5.3 LOGISTISCHE REGRESSION .....	56
5.3.1 <i>Die Modelle der logistischen Regression für Frauen in Westdeutschland</i> .....	58

5.3.2	<i>Die Modelle der logistischen Regression für Frauen in Ostdeutschland</i> .....	60
5.3.3	<i>Mögliche Interaktionseffekte</i> .....	61
5.3.4	<i>Zusammenfassung der Modelle der logistischen Regressionen und der Interaktionseffekte</i> .....	68
5.4	ZUSAMMENFASSUNG DER EMPIRISCHEN ERGEBNISSE .....	69
6	FAZIT UND AUSBLICK.....	70
	LITERATURVERZEICHNIS .....	72
	ANHANG.....	76
	VERZEICHNIS DER ANHANGSTABELLEN UND -ABBILDUNGEN .....	76
	EIDESSTAATLICHE VERSICHERUNG .....	81

# VERZEICHNIS DER ABBILDUNGEN UND TABELLEN

## **ABBILDUNGEN IM TEXT**

ABBILDUNG 1: ANTEILE KINDERLOSER FRAUEN IN DEN GEBURTSJAHRGÄNGEN 1935-1965 IN WEST- UND OSTDEUTSCHLAND (IN %) .....	33
ABBILDUNG 2: ANTEIL DER DAUERHAFT LEDIGEN UNTER DEN 1930 BIS 1960 GEBORENEN MÄNNERN UND FRAUEN .....	34
ABBILDUNG 3: EINFLUSS DES ALTERS AUF DIE KINDERLOSIGKEIT .....	42
ABBILDUNG 4: EINFLUSS DER REGION (LEBEN IN OST- ODER WESTDEUTSCHLAND) AUF DIE KINDERLOSIGKEIT .....	43
ABBILDUNG 5: EINFLUSS DER STAATSANGEHÖRIGKEIT AUF DIE ANTEILE DER KINDERLOSEN 35 BIS UNTER 40-JÄHRIGEN FRAUEN.....	45
ABBILDUNG 6: BILDUNGSEINFLUSS AUF DEN ANTEIL DER KINDERLOSEN 35 BIS UNTER 40-JÄHRIGEN FRAUEN NACH OST- UND WESTDEUTSCHLAND .....	47
ABBILDUNG 7: AUSBILDUNGSEINFLUSS AUF DEN ANTEIL DER KINDERLOSEN 35 BIS UNTER 40- JÄHRIGEN FRAUEN NACH OST- UND WESTDEUTSCHLAND.....	49
ABBILDUNG 8: EINFLUSS DER BILDUNGSSITUATION DES PARTNERS AUF DIE KINDERLOSIGKEIT VON 35 BIS UNTER 40-JÄHRIGEN FRAUEN NACH OST UND WEST .....	51
ABBILDUNG 9: EINFLUSS DER AUSBILDUNGSSITUATION DES PARTNERS AUF DIE KINDERLOSIGKEIT VON 35 BIS UNTER 40-JÄHRIGEN FRAUEN NACH OST UND WEST .....	51
ABBILDUNG 10: EINFLUSS DER GEMEINDEGRÖÖE AUF DIE KINDERLOSIGKEIT VON 35 BIS UNTER 40-JÄHRIGEN FRAUEN.....	54

## TABELLEN IM TEXT

TABELLE 1: ANGEBOT VON KINDERBETREUUNGSPLÄTZEN IN WEST- UND OSTDEUTSCHLAND 1998 .....	23
TABELLE 2: REGELMÄßIGE BETREUUNG VON KINDERN IN WEST- UND OSTDEUTSCHLAND DURCH PERSONEN AUßERHALB DES HAUSHALTES IM JAHR 2000 (SPALTENPROZENTE)	25
TABELLE 3: KINDERLOSIGKEIT VON FRAUEN IM JAHR 2000.....	38
TABELLE 4: DURCHSCHNITTLICHE KINDERZAHL JE FRAU (MINDERJÄHRIGE KINDER IM HAUSHALT) DER GEBURTSAHRSJÄHRE 1957 BIS 1961 .....	38
TABELLE 5 : BEFRAGTE FRAUEN NACH ALTERSGRUPPEN .....	41
TABELLE 6 : STAATSANGEHÖRIGKEIT DER BEFRAGTEN FRAUEN .....	44
TABELLE 7: BILDUNGSSTAND DER UNTERSUCHTEN FRAUEN.....	46
TABELLE 8: AUSBILDUNGSNIVEAU DER UNTERSUCHTEN FRAUEN.....	48
TABELLE 9: BILDUNGSSITUATION DES PARTNERS .....	49
TABELLE 10: AUSBILDUNGSSITUATION DES PARTNERS .....	50
TABELLE 11: GEMEINDEGRÖßENKLASSE STAND 31.12. DES VORJAHRES (MIKROZENSUS) ..	52
TABELLE 12: MODELLE DER LOGISTISCHEN REGRESSION (GESAMTDEUTSCHLAND) .....	57
TABELLE 13: MODELLE DER LOGISTISCHEN REGRESSION (FRAUEN IN WESTDEUTSCHLAND) .....	59
TABELLE 14: MODELL DER LOGISTISCHEN REGRESSION (FRAUEN IN OSTDEUTSCHLAND)...	61
TABELLE 15: ZUSAMMENHANG ZWISCHEN DEM BILDUNGSNIVEAU DER UNTERSUCHTEN FRAUEN UND DEM IHRES PARTNERS .....	62
TABELLE 16: ZUSAMMENHANG ZWISCHEN DEM BILDUNGSNIVEAU DER UNTERSUCHTEN FRAUEN UND DER GEMEINDEGRÖßE NACH OST- UND WESTDEUTSCHLAND (VALIDE PROZENTE).....	62
TABELLE 17: INTERAKTIONSEFFEKT DER PARTNERBILDUNG (GESAMTDEUTSCHLAND).....	63
TABELLE 18: INTERAKTIONSEFFEKT DER PARTNERBILDUNG (FRAUEN IN WESTDEUTSCHLAND) .....	64
TABELLE 19: INTERAKTIONSEFFEKT DER PARTNERBILDUNG (FRAUEN IN OSTDEUTSCHLAND) .....	64
TABELLE 20: INTERAKTIONSEFFEKT DER <i>BILDUNG UND GEMEINDEGRÖßE</i> (GESAMTDEUTSCHLAND).....	65
TABELLE 21: INTERAKTIONSEFFEKT DER <i>BILDUNG UND GEMEINDEGRÖßE</i> (FRAUEN IN WESTDEUTSCHLAND) .....	66

TABELLE 22: INTERAKTIONSEFFEKT DER *BILDUNG UND GEMEINDEGRÖßE* (FRAUEN IN  
OSTDEUTSCHLAND)..... 67

## 1 Einleitung

Die vergangenen und immer noch andauernden demographischen Veränderungen in Deutschland (und deren mögliche Folgen) rücken zurzeit verstärkt in die politische und öffentliche Diskussion. Dabei erregt ein Aspekt des ‚Demographischen Wandels‘ besondere Aufmerksamkeit: der Geburtenrückgang. In Deutschland liegt die Fertilitätsrate heute bei ca. 1,36 Kindern pro Frau, das heißt weit unterhalb des Reproduktionsniveaus (ca. 2,1 Kinder pro Frau). Da unsere Sozialversicherungssysteme vor allem auf den Beitragszahlungen künftiger Generationen beruhen, also deren Höhe auch von der Geburtenzahl abhängt, ist die Erregung in Politik und Gesellschaft nachvollziehbar. Nun wird als ein bestimmender Faktor für das sinkende Fertilitätsniveau die Kinderlosigkeit angesehen. In den Medien werden häufig sehr hohe Kinderlosenanteile von bis zu 40 % (UniSpiegel 07. 09. 2005) propagiert, es wird von einem ‚kinderlosen Land‘ (Gascke, Die Zeit 04/2004) gesprochen und behauptet ‚immer weniger Deutsche wünschen sich keine Kinder‘ (Die Zeit 03. 05. 2005). Vor allem den ‚Karrierefrauen‘, also den Hochqualifizierten, wird die Schuld am Kindermangel gegeben. Dabei wird häufig außer acht gelassen, dass es gar nicht so einfach ist, über die Kinderlosigkeit und ihre Ursachen in Deutschland qualifizierte Aussagen zu treffen. Vor allem unterscheiden sich die äußeren Rahmenbedingungen des generativen Verhaltens in Ost- und Westdeutschland noch immer deutlich, sodass beide Teile Deutschlands getrennt voneinander betrachtet werden müssen. Zudem gibt es Probleme bei der genauen Ermittlung des Anteils Kinderloser, weshalb extreme Werte mit Vorsicht zu betrachten sind.

In meiner Arbeit untersuche ich die Kinderlosigkeit in Ost- und Westdeutschland und ihre Determinanten auf Basis des Mikrozensus 2002 (Scientific Use File). Im ersten Teil meiner Arbeit versuche ich, Hypothesen über mögliche Determinanten anhand verschiedener theoretischer Grundlagen bzw. Theorien zu generieren. Dabei werde ich auf die ‚Neue Haushaltsökonomik‘ nach Gary Becker, die Individualisierungsthese, sowie auf den Institutioneneffekt eingehen. Des weiteren gebe ich sowohl einen Überblick zur Entwicklung der Kinderlosigkeit in Deutschland seit Beginn des 20. Jahrhundert, als auch zu institutionellen Rahmenbedingungen der Elternschaft, speziell der Mutterschaft, da die Entscheidung für ein Kind für Frauen auch von der Vereinbarkeit von Kind und Beruf abhängt. Im zweiten Teil meiner Arbeit werde ich meine Hypothesen bezüglich der Determinanten von Kinderlosigkeit in Deutschland anhand des Scientific Use Files des Mikrozensus 2002 analysieren. Zunächst beschreibe ich den benutzten Datensatz und seine Grenzen und gehe dabei auch auf die Probleme bei der Ermittlung des Kinderlosenanteils

ein. Es folgt eine deskriptive und analytische Auswertung der von mir bestimmten Variablen, sowie eine Analyse möglicher Interaktionseffekte zwischen dem Bildungsniveau der Frauen, der Gemeindegröße und dem Bildungsniveau ihrer Partner. Zum Schluss gebe ich ein Fazit und einen kleinen Ausblick auf eventuelle Maßnahmen der Politik, die dem „Phänomen Kinderlosigkeit“ entgegenwirken sollen.

## **2 Theoretische Überlegungen zu den Determinanten der Kinderlosigkeit**

In den folgenden Kapiteln stelle ich drei Thesen bzw. Theorien vor, die ich nutzen möchte, um mögliche Determinanten der Kinderlosigkeit zu analysieren. Ich beginne mit der neuen Haushaltsökonomik nach Gary Becker. Diese besagt, dass, je höher das angesammelte Humankapital einer Frau ist, desto höher sind auch ihre Opportunitätskosten, wenn sie ihr Humankapital nicht umsetzt, also einer Erwerbstätigkeit nachgeht, sondern sich statt dessen der Kindererziehung widmet. Auf der Basis der Familienökonomie können jedoch zwei verschiedene Effekte des Bildungseinflusses auf das generative Verhalten unterschieden werden. Neben dem gerade beschriebenen Effekt gibt es noch den Institutioneneffekt (auch „Aufschub oder Verzicht“ genannt). Unter diesem ist zu verstehen, dass ein Verbleiben in Institutionen (z. B. Ausbildung, Schule) ein Aufschub, wenn nicht sogar ein Verzicht auf Familiengründung bedeutet. Am Ende gehe ich auf die Individualisierungsthese ein, die das Phänomen Kinderlosigkeit dadurch erklären will, dass sich im Laufe der Individualisierungsbestrebungen von Frauen das Gewicht vom „Dasein für andere“ zu „einem Stück eigenen Lebens“ (Beck-Gernsheim 1983) verschoben hat. Damit nimmt für Frauen die viel zitierte Selbstverwirklichung einen zunehmenden Stellenwert ein und der Kinderwunsch wird verschoben bzw. aufgehoben.

### **2.1 Neue Haushaltsökonomik nach Gary Becker**

Die haushaltsökonomische Theorie der Fertilität von Gary Becker geht (wie alle ökonomischen Ansätze individuellen Verhaltens) davon aus, dass Individuen „spends his (or her) given income to maximize his utility function of goods and services (for simplicity, called ‚goods‘) purchased in the marketplace.“ (Becker 1981, S. 4). Becker analysiert in seiner Theorie das Fertilitätsverhalten unter Verwendung des Zeitallokationsmodells. Zunächst möchte ich einige Elemente der Theorie näher erläutern. Um eine Nutzenmaximierung zu erreichen, wird in einer Ehe/ Partnerschaft die Arbeit aufgeteilt: Ein Partner widmet sich der Hausarbeit, der andere der Erwerbsarbeit. Das hat den weiteren Vorteil, dass jeder jetzt nur noch für seinen Arbeitsbereich notwendiges Humankapital erwerben muss (Spezialisierungstheorie) (Becker 1981, S. 17f.). Der Partner mit komparativen Vorteilen in der Haushaltsproduktivität wird sich primär der Hausarbeit widmen. Die Rollenverteilung geht aus Beckers Theorie nicht hervor (es können also auch

Männer im Haushaltssektor arbeiten, während Frauen der Erwerbsarbeit nachgehen; je nachdem, was mehr Nutzen bringt). Jedoch ist er der Ansicht, dass Frauen aus biologischen Gründen Vorteile in der Haushaltsproduktivität haben (1981, S. 21f.): „Women not only have a heavy biological commitment to the production and feeding of children, but they also are biologically committed to the care of children in other, more subtle ways. Moreover, women have been willing to spend much time and energy caring for their children [...]“. Männer hingegen „have been less biologically committed to the care of children, and have spent their time and energy on food, clothing, protection, and other market activities“. Daher spezialisieren sich überwiegend Frauen auf die Hausarbeit und Männer auf die Marktarbeit (Becker 1981, S. 25). Die Annahme der biologischen Vorteile lässt er in einer späteren Überarbeitung („A Treatise on the family“ 1991) jedoch fallen, stellt aber (um das traditionelle Muster der Arbeitsteilung zu erklären) zwei neue Zusatzannahmen auf: Die Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt (Frauen werden häufig für gleiche Arbeit schlechter entlohnt) und die Doppelbelastung von berufstätigen Frauen (die Hausarbeit wird trotzdem weitgehend von Frauen erledigt) (Brüderl und Klein 1993, S.196).

Im Zeitallokationsmodell wird Zeit als eine knappe und zentrale Ressource der Akteure betrachtet. Die Akteure müssen über die anteilmäßige Verteilung ihrer verfügbaren Zeit in Haushaltsproduktion, Konsum und Erwerbstätigkeit entscheiden (Becker 1981, S. 5). Kinder werden in Beckers Theorie als dauerhafte Konsumgüter betrachtet, deren (nicht näher spezifizierter) Nutzen vor allem immaterieller Art ist („commodities“) (Becker 1993, S. 190). „Commodities“ können nicht am Markt erworben werden, sondern müssen von den Haushalten selbst produziert werden (Becker 1981, S. 7f.).

Um einen bestimmten Nutzen zu erhalten, müssen bestimmte Ressourcen eingesetzt werden, d. h., es entstehen Kosten. Becker (1992, S. 187) gibt an, dass sich die Kinderkosten aus zwei Elementen zusammensetzen: aus den Kosten für den Einsatz an Gütern (Nahrung, Kleidung, etc.) und aus den Kosten der Zeit, die von Eltern (meist den Müttern) in Kinder investiert wird (Erziehung, Betreuung, etc.). Diese beiden Kostenarten werden in der Literatur auch als direkte und indirekte bzw. Opportunitätskosten bezeichnet. Um diese Zeitkosten sichtbar zu machen, greift Becker auf die Lohnrate (als ein Maß um den Wert dieser Zeit zu messen) zurück (1981, S. 98). Das bedeutet, eine Stunde Zeit, die eine Person für die Kinderbetreuung aufwendet, ist soviel wert, wie eine Stunde Zeit, die diese Person stattdessen, mit dem ihr gegebenen Humankapital (also mit ihrem Ausbildungsniveau), in einer Erwerbsarbeit verbringen könnte. Das entgangene Einkommen durch den Verzicht auf Erwerbsarbeit ist also ein gewichtiger Teil der

Kinderkosten. Hinzu kommt, je höher der Lohnsatz ist, desto teurer wird zunächst einmal die Einheit Zeit.

Durch die Bildungsexpansion und einem damit verbundenen längeren Verbleiben im Bildungssystem haben Frauen ein höheres Humankapital angesammelt. Dieses wollen sie auch umsetzen und nehmen daher verstärkt an der Marktarbeit teil. Damit steigen automatisch ihre Opportunitätskosten, also die Kosten, die eine Frau hätte, wenn sie ihre Erwerbstätigkeit (und damit auch ihr Einkommen) aufgeben müsste, um sich der Kinderbetreuung und -erziehung zu widmen (Becker 1981, S. 245f.). Je höher nun die Opportunitätskosten einer Frau sind, desto größer wird ihr Dilemma, sich zwischen Erwerbsarbeit und Hausarbeit (Kinderbetreuung) entscheiden zu müssen. Dies gilt jedoch nur, wenn es keine Möglichkeit gibt Mutterschaft und Erwerbstätigkeit (durch z. B. Kinderbetreuungseinrichtungen) zu vereinbaren. Das hat zur Folge, dass Frauen im Zwang dieser Entscheidung teilweise auf Kinder verzichten.

Ich möchte dieses Teilkapitel noch einmal kurz zusammenfassen. Becker (1981, S. 98) sieht in der durch die Bildungsexpansion verstärkte Marktarbeit der Frauen den Hauptgrund für die rückläufige Fertilität seit der Mitte der 60er Jahre: „the growth in the earning power of women during the last hundred years [...] is a major cause of both the large increase in labor force participation [...] and the large decline in fertility“. Dabei spiegelt der Zusammenhang zwischen Fertilität und Frauenerwerbstätigkeit die Unvereinbarkeit von Kind und Beruf wieder (Hank et al. 2003, S. 4). Denn dort, wo die institutionellen Voraussetzungen zur Unterstützung von Kinderbetreuung fehlen und Frauen damit keine Möglichkeit haben Erwerbstätigkeit und Mutterschaft zu verbinden, werde sie vor die Wahl ‚Kinder oder Beruf‘ gestellt (Grünheid 2003, S. 10f.) und entscheiden sich zum Teil gegen Kinder.

## 2.2 Der Institutioneneffekt – Aufschub oder Verzicht?

Nach Beckers ökonomischer Theorie haben Frauen mit einem hohen Markteinkommen bei einer Mutterschaft auch hohe Opportunitätskosten, denn sie müssen bei Geburt eines Kindes auf dieses Markteinkommen verzichten. Da das Markteinkommen in empirischen Untersuchungen meist schwer zu erfassen ist, wird oft die Bildung als ein Prädiktor des Markteinkommens verwendet. Beckers Hypothese lautet daher, Frauen mit höherer Bildung haben eine geringere Neigung zur Familiengründung. Nun können auf der Basis der Familienökonomie jedoch zwei verschiedene Effekte des Bildungseinflusses auf das generative Verhalten unterschieden werden. Zum einen der Institutioneneffekt und zum anderen der Humankapitaleffekt. Unter dem Institutioneneffekt ist zu verstehen, dass sich ein Verbleiben in bestimmten Institutionen (Bildungseinrichtungen) negativ auf die Familiengründung auswirkt. Der Humankapitaleffekt besagt, dass höher gebildete Frauen auch nach Ausbildungsende auf eine Familiengründung verzichten, damit sie ihr, in der Ausbildung angesammeltes, hohes Humankapital auch in Erwerbsarbeit umsetzen können. In diesem Kapitel möchte ich vor allem näher auf den Institutioneneffekt eingehen.

Zunächst einmal besteht zwischen dem Alter und der Kinderlosigkeit ein enger Zusammenhang, da die Zeit in der Frauen Kinder bekommen können begrenzt ist (Dobritz und Schwarz 1996, S. 248). Mithilfe moderner Empfängnisverhütung sind Frauen heute in der Lage, die Realisierung ihrer Kinderwünsche aufzuschieben. Wenn nun aber die Realisierung eines vorhandenen Kinderwunsches aufgrund vielfältiger Gründe immer wieder aufgeschoben wird, ist eine Schwangerschaft irgendwann nicht mehr möglich und eine ungewollte Kinderlosigkeit ist die Folge. Das bedeutet, mit wiederholtem Hinausschieben der Geburt des 1. Kindes bis eine Schwangerschaft nicht mehr eintritt, oder keine Kinder mehr gewünscht werden, wächst die Zahl der kinderlosen Frauen (Grünheid 2003, S. 10).

Brähler (2001, S. 161) sieht den Bildungsweg und die Erwerbsorientierung von Frauen als wesentliche Determinanten des Aufschubs und Verzichts der Familiengründung. Dabei gibt es vielfältige Diskussionen über die tatsächlichen Auswirkungen des steigenden Bildungsniveaus der Frauen auf den Prozess der Familienbildung. So vertreten z. B. Blossfeld et al. (1989, 1990 und 1993) eine andere Auffassung als Brüderl und Klein (1991 und 1993). Ihre unterschiedlichen Standpunkte werde ich im Folgenden darstellen.

Allgemein gilt: ein hohes Bildungsniveau impliziert lange Ausbildungszeiten. Weiterhin führen Blossfeld et al. (1993, S. 217) an, dass es in unserer Gesellschaft soziale Normen und Erwartungen gibt, nach denen die Geburt eines Kindes nicht während der Ausbildung,

sondern erst nach deren Abschluss erfolgen sollte. Das hat zur Folge, dass innerhalb der Ausbildungsphase auch kaum Familiengründungen erfolgen. Außerdem geht eine Ausbildung in Deutschland mit einem hohen Grad an ökonomischer Abhängigkeit vom Elternhaus einher. Dies alles bedeutet, dass Frauen ihre Familiengründung bis zum Abschluss der Ausbildung aufschieben. Der Institutioneneffekt kann also mit Hypothesen der Rollentheorie und normativen Erwartungen begründet werden.

Folgt man dieser Theorie, so beschränkt sich der Effekt der Bildungsbeteiligung „nur auf eine kurze Übergangsphase (vom Jugend- ins Erwachsenenalter) und bewirkt damit nur einen Aufschub der Mutterschaft, ohne dass die Mutterschaft prinzipiell in Frage gestellt wird“ (Blossfeld et al. 1990, S. 469), d. h., ein steigendes Bildungsniveau führt nicht zu einer geringeren Neigung Kinder zu bekommen.

Brüderl und Klein (1991, S. 323) vertreten den Institutioneneffekt nur zum Teil. Sie stimmen mit Blossfeld et al. (1990) darin überein, dass eine höhere Bildung eine Verschiebung des Zeitpunkts der Familiengründung in ein höheres Alter bewirkt (Institutioneneffekt). Jedoch sind sie der Auffassung, dass ein höheres Bildungsniveau zudem auch die Neigung zur Familiengründung nach Ausbildungsende vermindert (Niveau- oder Humankapitaleffekt).

Blossfeld et al. (1989, S. 399) bemerken dazu, dass es den Niveaufeffekt nur gibt, wenn diese Frauen ihr Bildungsniveau auch in Karriere, d. h. Erwerbstätigkeit umsetzen, denn sonst gibt es den, bereits im Kapitel 2.1 beschriebenen ‚ökonomischen Konflikt‘ nicht. Sie sind der Auffassung, dass ein höherer Bildungsabschluss ohne anschließende Erwerbstätigkeit eine Familiengründung sogar beschleunigt. Denn der zunehmende Erwerb höherer Bildungsabschlüsse kostet Zeit und ist, wie schon beschrieben, mit einem steigenden Alter der Frauen verbunden. Da es zum einen gewisse gesellschaftliche Altersnormen gibt (z. B. „das erste Kind sollte vor dem Alter 30 da sein“), geraten diese Frauen jetzt bezüglich ihrer Mutterschaft unter Zeitdruck. Hinzukommt, dass mit steigendem Alter eine Schwangerschaft schwieriger wird und sich die damit verbundenen medizinischen Probleme nun häufen.

Nach Brähler (2001, S. 161f.) nimmt in Westdeutschland mit dem Bildungsniveau der Anteil der dauerhaft kinderlosen Frauen tatsächlich zu. Für Ostdeutschland galt dies bisher nicht.

Denn während in der Bundesrepublik die bereits erwähnten sozialen Normen und Erwartungen galten (und bisher auch weiterhin gelten) nach denen eine Familiengründung während der Ausbildungsphase nicht als erstrebenswert gilt, so stellte sich die Situation in

der DDR und teilweise auch noch im heutigen Osten Deutschlands anders dar (Ausbildung und Mutterschaft waren aufgrund der weit reichenden Kinderbetreuungssysteme gut miteinander vereinbar und nicht durch gesellschaftliche Normen sanktioniert). „Die Familiengründung wird wenn nicht aufgehoben, so doch bis zu einem Zeitpunkt aufgeschoben, an welchem die individuellen Berufschancen, die mit dem erreichten Ausbildungsniveau gegeben sind, als gesichert wahrgenommen werden. Die altersbedingte, ungewollte Kinderlosigkeit dürfte deshalb bei Personen mit höherem Bildungsniveau häufiger zu erwarten sein“ (Brähler et al. 2001, S. 162).

### **2.3 Die Individualisierungsthese**

Seit den 60er Jahren kam es in allen hochentwickelten Ländern zu einem Wandel in der Fertilität, des Heiratsverhaltens, der Familienstrukturen und der Lebensformen. Diese demographischen und familialen Veränderungen werden als der ‚zweite demographische Übergang‘ bezeichnet und sind das „Ergebnis eines langfristig stattfindenden Modernisierungs- und Individualisierungsprozesses“ (Peukert 2002, S. 311).

Zunächst einmal möchte ich klären, was genau mit Individualisierung gemeint ist. Strohmeier (1993, S. 12) versteht unter Individualisierung „die zunehmende Unabhängigkeit des individuellen Lebenslaufs von Instanzen [...], die das Eintreten bestimmter biographischer Ereignisse und Übergänge, wie z. B. die Geburt des ersten Kindes [...] in der Vergangenheit gesteuert haben“. Nach dem Bundesinstitut für Bevölkerung (2004b, S. 70) bedeutet Individualisierung ganz allgemein einen „Bedeutungsverlust traditioneller Institutionen für die Ausrichtung des Lebensverlaufs [...]. Individualisierung geht also mit Deinstitutionalisierung einher. [...]“ Die Steuerungsfunktion der Institution ‘Ehe und Familie’ schwächt sich ab, und damit folgt nicht mehr fast die gesamte Bevölkerung dem Verhaltensmuster ‘Heiraten und Kinderhaben’. Bezogen auf das Phänomen Kinderlosigkeit: „Kinderlos bleiben und nicht heiraten bedeutet dem Muster der Institution ‘Ehe/Familie’ nicht mehr zu folgen, unabhängig davon, ob die Institution als gesellschaftlich vorgegebenes Handlungsangebot bestand hat oder nicht“ (Dobritz 2003, S. 417).

Nach Peukert (2002, S. 313f.) gab es zwei Phasen der Individualisierung, wobei die erste Phase vom Beginn des Industrialisierungsprozesses bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts

im Wesentlichen auf Männer beschränkt blieb. Es waren die Männer, die sich mit den neuen Anforderungen auseinander setzen mussten, welche auf Selbstbehauptung in einer durch Marktgesetze bestimmten Gesellschaft ausgerichtet war. Frauen wurden (vor allen in den bürgerlichen Schichten) entindividualisiert; sie wurden stärker auf den Bereich des privaten Heims und auf ein Dasein für die Familie verwiesen.

Die zweite Phase der Individualisierung begann in den 60er Jahren und ist Teil der von Dirk van de Kaa und Ron Lesthaeghe eingeführten Theorie des ‚zweiten demographischen Übergangs‘. Dieser Übergang ist gekennzeichnet durch ein Absinken der Fertilität auf unter 2,1 Kinder pro Frau (unterhalb Reproduktionsniveau), einen Wiederanstieg des zwischen 1880 bis 1920 gesunkenen Erstheiratsalters und damit auch durch einen Anstieg des Alters bei Erstgeburt. Zudem ging die Heiratsneigung zurück und die Scheidungsziffern stiegen an. Ferner kam es zu einem Anstieg der nichtehelichen Geburten, bedingt durch eine starke Verbreitung des vorehelichen Zusammenlebens. Nicht zuletzt fand auch eine Pluralisierung von Familienstrukturen, sowie eine Verbreitung der Kinderlosigkeit statt (Lesthaeghe 1992, S. 313f.).

Zur Erklärung des zweiten demographischen Übergangs gibt es in der Literatur mehrere Vorschläge; einer davon basiert auf Gary Beckers ökonomischer Theorie. „Increased female education led to more female economic autonomy, higher costs of entry into a union, higher opportunity costs associated with child-bearing and -earing“ (Lesthaeghe und Moors 2000, S. 2). Neben dieser ökonomischen Erklärung verdeutlicht van de Kaa (1987, S. 6), dass in den postindustriellen Gesellschaften auch der soziale und kulturelle Wandel eine Rolle in den Entscheidungsprozessen zur Familiengründung spielen. Van de Kaa (1987, S. 5ff.) und Lesthaeghe (1992, S. 349) verdeutlichen in ihren Arbeiten, dass der zweite demographische Übergang, und damit auch der gesellschaftliche Individualisierungsprozess in der Nachkriegszeit, von einem Wandel von Werten und Normen begleitet wurde, insbesondere durch den Wertewandel von altruistischen zu individualistischen Werten. Selbstverwirklichung und Individualismus werden stärker betont. Es kam zu einem historischen Trendwandel der gesellschaftlichen Akzeptanz von (auch vorehelicher) Sexualität. Frauen emanzipierten sich und nahmen verstärkt an der Erwerbsarbeit teil. Die Zweierbeziehung wurde gestärkt und die persönlichen Erwartungen in Bezug auf den Gewinn aus Lebensgemeinschaften (inklusive Ehen) wurden betont. Es kam zu einem Wandel von der Ära ‚König Kind‘ zu ‚König Partnerschaft‘. Die soziale Kontrolle durch gesellschaftliche Institutionen wurde vermindert und größere individuelle Autonomie trat ein.

Sowohl für Frauen wie auch für Männer wurde die Individualisierung ihrer Lebenslagen und -wege durch den Ausbau des wohlfahrtsstaatlich organisierten Arbeitsmarktes; ein hohes Wohlstandsniveau; die Ausweitung der schulischen und beruflichen Qualifizierung; eine sich steigernde Arbeitsmarktmobilität; die zunehmenden Konkurrenzbeziehungen der Menschen untereinander und durch die Ausweitung der Freizeit beschleunigt. Jedoch veränderte sich auch die soziale Rolle der Frauen, denn mit dem Übergreifen des Individualisierungsprozesses auf den weiblichen Lebenslauf Mitte der 60er Jahre haben die traditionellen Geschlechtsrollen an Geltung und Überzeugungskraft eingebüßt. Noch bis in die 60er Jahre hinein waren die Lebensentwürfe junger Frauen primär familienorientiert und verheiratete Frauen waren in der Regel „nur im Notfall“, wenn das Geld nicht reichte, erwerbstätig (Pfeil 1968 zitiert nach Peukert 2002).

In den Veränderungen im weiblichen Lebensverlauf lässt sich nach Beck-Gernsheim (1983, S. 308) eine Grundlinie erkennen: eine „Entwicklung vom ‘Dasein für andere‘ zu einem Stück ‘eigenen Leben‘“. Auch das Bundesinstitut für Bevölkerung (2000, S. 12f.) führt an: „Die Ursachen dieser Veränderung sind in Individualisierungstendenzen in der Gesellschaft und zunehmend auf Selbstverwirklichung orientierten Lebensstilen zu sehen“. Lange Zeit war ‚Kinderhaben‘ und ‚Verheiratetsein‘ ein fest miteinander verknüpftes Verhaltensmuster. Heute werden „Erwerbstätigkeit, berufliche Karrieren oder konsumorientierte Lebensstile [...] vielfach dem Leben in einer eigenen Familie vorgezogen, besonders da beide Lebensbereiche nur schwer zu vereinbaren sind“.

Neben dem wachsenden Interesse des Arbeitsmarktes an Frauen als Arbeitskräfte für Industrie und Verwaltung war es vor allem die staatliche Bildungspolitik, welche die Qualifizierung und die damit zusammenhängende Selbstständigkeit von Frauen vorangetrieben hat (Kaufmann 1995 zitiert nach Peukert 2002). Peukert (2002, S. 235) erläutert, dass mit mehr Bildung auch immer Bewusstwerdungsprozesse verbunden sind; Frauen entwickeln neue Denkformen, die auf Selbstständigkeit und eigene berufliche Leistung ausgerichtet sind. Der Anteil der Frauen, die gerne berufstätig sind, ist hoch. Frauen wollen nicht nur des Geldes wegen arbeiten; ihnen ist auch die Chance der Selbstbestätigung, die Kontaktmöglichkeiten im Beruf, sowie die Möglichkeit, die eigenen Fähigkeiten sinnvoll einzusetzen und beruflich weiterzukommen wichtig (Bertram 1995 zitiert nach Peukert 2002).

Als zentrale Elemente, die zur Individualisierung des weiblichen Lebenslaufs geführt haben, identifiziert Beck (1986, S. 182ff.) die Dequalifizierung der Hausarbeit, die Planungsmöglichkeit der Schwangerschaft, den intellektuell moralischen Aufbruch der Studenten- und Frauenbewegung, die Angleichung der Bildungschancen, den Anstieg

qualifizierter Berufsarbeit, den Erwerb eigenen Einkommens und die Reform von Ehe-, Familien- und Scheidungsrecht.

Mit dem Wertewandel gibt es laut Lipinski und Stutzer (2004, S. 5f.) „keine normative Verbindlichkeit mehr, Kinder zu bekommen. Sie sind zu einer denkens- und planbaren Option neben anderen geworden und nicht mehr selbstverständlich. Die Entscheidung für ein Kind fällt häufig sehr bewusst, ist Ausdruck einer Wahl zwischen mehreren Möglichkeiten“. Außerdem hat sich die Einstellung zu Kindern geändert; früher bekam man Kinder einfach, heute entscheiden sich Paare oft sehr bewusst für sie. Die Kinder sollen „keine materiellen Sorgen haben, pädagogisch wertvoll erzogen werden, genug Zeit und Zuwendung bekommen. Um das zu gewährleisten, wird der ideale Zeitpunkt für die Geburt geplant. Das „Nest“ muss gemacht sein [...]“. Sind die Bedingungen nicht perfekt, entscheiden sich Paare eher gegen ein Kind.

Um noch einmal zusammenzufassen: Die niedrige Fertilität, der hohe Anteil Kinderloser, der spätere Beginn der Familiengründung und die hohe Scheidungshäufigkeit sind Ausdruck eines, seit den 60er Jahren stattfindenden, Modernisierungs- und Individualisierungsprozesses, der zu einem Wandel der Lebensformen der Bevölkerung führte. Im Verlauf dieses Prozesses haben eheliche gegenüber nichtehelichen Lebensformen an Bedeutung verloren. Dieser Individualisierungstrend und die mit ihm zusammenhängende Deinstitutionalisierung sind jedoch nur begrenzt, da immer noch ein großer Teil der Bevölkerung dem traditionellen Muster folgt. Es kommt also nicht zu einem Verschwinden der sozialen Institution ‚Ehe und Familie‘, sondern (durch verstärkte Kinderlosigkeit und „ledig bleiben“) nur zu einer Schwächung.

## **2.4 Zusammenfassung**

Um das generative Verhalten von Menschen, in meinen Fall von Frauen, zu erklären, gibt es also mehrere mögliche Ansätze. Ich möchte die von mir verwandten Möglichkeiten hier noch einmal zusammenfassen. Unter anderem habe ich versucht, die Familiengründung von Frauen durch einen ökonomischen Ansatz zur Erklärung des generativen Verhaltens zu erklären. Demnach wird die Entscheidung zur Familiengründung durch ein gewinnmaximierendes Nutzen-Kosten-Schema gesteuert, wobei sich die Kosten von Kindern zum einen aus direkten und zum anderen aus den sogenannten Opportunitätskosten zusammensetzen. Mit Opportunitätskosten ist dabei das, durch den

Verzicht auf Erwerbsarbeit (zugunsten von Kinderbetreuung), entgangene Einkommen gemeint. Dessen Höhe hängt davon ab, wie hoch der von der Frau am Markt zu erzielende Lohnsatz wäre. Je höher die Bildung der Frau, desto größer sind ihre Opportunitätskosten und damit ihr Entscheidungsdilemma zwischen Erwerbsarbeit und Kindern, sofern keine Vereinbarkeitsoptionen gegeben sind.

Neben diesem ökonomischen Ansatz habe ich ebenfalls soziologische Ansätze zur Erklärung des weiblichen generativen Verhaltens berücksichtigt. Dabei habe ich versucht, die Familiengründung von Frauen durch normative Erwartungen, sowie durch gesellschaftliche Modernisierungs- und Individualisierungsprozesse zu erklären. So verhindern gesellschaftliche Normen eine Familiengründung während der Ausbildung und dadurch verschiebt sich die Geburt eines ersten Kindes auf die Zeit nach der Ausbildung. Hinzu kommt, im Zusammenhang mit dem Individualisierungsschub des weiblichen Lebenslaufs seit den 60er Jahren, eine immer länger andauernde Ausbildungsphase. Die Individualisierungsprozesse haben nicht nur eine Bildungsexpansion der Frauen bewirkt, sondern ihnen auch neue Wahlmöglichkeiten gegeben, die dazu führten, dass (da Kinder keine normative Verbindlichkeit mehr sind) Frauen sich heute auch verstärkt gegen Kinder und für eine berufliche Karriere entscheiden.

### **3 Institutionelle Rahmenbedingungen der Elternschaft**

Da die Entscheidung von Frauen, ein Kind zu bekommen, auch durch die gegenwärtigen institutionellen Rahmenbedingungen in Deutschland beeinflusst werden kann, möchte ich in diesem Kapitel einige der staatlichen Hilfen für Familien anführen und mich zudem mit den institutionellen Kinderbetreuungsmöglichkeiten beschäftigen.

#### **3.1 Staatliche Hilfen für Familien**

In der folgenden Darstellung einiger politischer Maßnahmen zur Unterstützung von Familien habe ich vor allem diejenigen berücksichtigt, die sich auf eine Unterstützung von Familien mit jüngeren Kindern beziehen, also auf das Erziehungsgeld, das Kindergeld und die Elternzeit. Alle Angaben stammen aus der Broschüre „Staatliche Hilfen für Familien“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BmFSFJ). Zunächst gebe ich einen kurzen Überblick über die drei genannten politischen Mittel, gefolgt von einer Bewertung ihrer Effektivität bezüglich einer Fertilitätserhöhung.

Das Kindergeld gehört zu den sogenannten Transferleistungen und wird einkommensunabhängig, jedoch nach der Kinderzahl gestaffelt, gezahlt. Das erste bis dritte Kind erhält dabei monatlich 154 €, das vierte und jedes weitere Kind 179 €. Es steht generell allen Kindern bis zum 18. Lebensjahr zu. Die Zahlung kann aber in bestimmten Fällen verlängert werden. So erhalten Kinder, die sich in einer Ausbildung befinden bzw. arbeitslos sind, diese Leistung noch bis zur Vollendung ihres 27. bzw. 21. Lebensjahres, jedoch nur, wenn ihr eigenes Einkommen (also z. B. die Ausbildungsvergütung) nicht mehr als 7.680 € pro Jahr beträgt. Im Allgemeinen wird das Kindergeld an denjenigen gezahlt, in dessen Obhut sich das Kind befindet. Lebt das Kind mit beiden Elternteilen zusammen, müssen diese sich einigen, wer von ihnen das Kindergeld erhält, denn es ist nur einer von beiden berechtigt, diese Leistung einzufordern.

Eine weitere Transferleistung ist das Erziehungsgeld, welches im Gegensatz zum Kindergeld jedoch einkommensabhängig ist. Nur Mütter oder Väter, die ihr Kind persönlich betreuen und nicht mehr als 30 Stunden pro Woche arbeiten haben ein Anrecht darauf. Bevor sie es beantragen, müssen sich die Eltern entscheiden, nach welchem Modell sie das Erziehungsgeld erhalten möchten. Zum einen besteht die Möglichkeit, diese Leistung bis zum zweiten Geburtstag des Kindes (dies ist auch die maximale Bezugsdauer)

als monatliche Zahlung von je 300 € zu erhalten. Oder man entscheidet sich für das „Budget-Angebot“, in welchem monatlich 450 €, allerdings nur bis zum ersten Geburtstag des Kindes, gezahlt werden. Eine nachträgliche Umentscheidung ist nur in besonderen Ausnahmefällen möglich. Anhand der, im Vergleich zu einem durchschnittlichen Einkommen geringen, monatlichen Zahlungen wird deutlich, dass „das Erziehungsgeld [...] keine Lohnersatzleistung ist, sondern eine aus Steuern finanzierte einkommensabhängige Familienleistung für Eltern mit und ohne Erwerbstätigkeit“ (o. V. 2005b, S. 7).

Auf die ‚Elternzeit‘ habe nur Eltern, die sich in einem bestehenden Arbeitsverhältnis befinden und ihr Kind selbst betreuen ein Anrecht. Dieser Anspruch gilt jedoch im Allgemeinen nur, bis das Kind sein drittes Lebensjahr vollendet hat. Die Inanspruchnahme der Elternzeit ist dabei unabhängig von der Bezugsdauer des Elterngeldes und ermöglicht eine Teilzeitbeschäftigung von bis zu 30 Stunden pro Woche. Die erwerbstätigen Eltern können sich entscheiden, ob sie gleichzeitig die Elternzeit in Anspruch nehmen wollen, oder ob nur einer von beiden davon Gebrauch machen möchte. Nach Ablauf der Elternzeit besteht für denjenigen, der sie genutzt hat, das Anrecht, auf den alten oder einen gleichwertigen Arbeitsplatz zurückzukehren.

Insgesamt hat Deutschland eine der höchsten Sozialausgaben für Kinder und Familien in ganz Europa, aber trotzdem mit ca. 1,36 Kindern pro Frau eine der niedrigsten Geburtenraten und die höchsten Anteil Kinderloser weltweit. Laut Kröhnert et al. (2004, S. 11) fließen fast drei Viertel (71 %) dieser Sozialausgaben in reine Transferleistungen (Kindergeld und Elterngeld), welche bisher kaum einen Anreiz zur Steigerung der Geburtenrate geben konnten. So wird das Kindergeld weder einkommensschwache, noch einkommensstarke Familien zu mehr Nachwuchs stimulieren können. Denn zum einen verändern Kindergelderhöhungen den finanziellen Spielraum von sozial Schwachen kaum und deren Entscheidung für oder gegen Kinder wird dadurch nicht beeinflusst. Zum anderen wird das Einkommen von Besserverdienenden durch Kindergeldzahlungen ebenfalls nur wenig aufgestockt. Viel wichtiger für diese Frauen ist jedoch, dass sie aufgrund ihrer hohen Einkommen auch höhere Opportunitätskosten haben, sobald sie ihre Erwerbstätigkeit durch die Geburt eines Kindes aufgeben oder einschränken müssten (Engelbrech 2002, S. 141). Aus dem gleichen Grund führt auch, die mit 36 Monaten europaweit am längsten mögliche, Erziehungszeit (Elternzeit) nicht zu einem Steigen der Fertilität. Denn häufig wollen Frauen in Deutschland gar nicht drei Jahre lang zu Hause bleiben und auf eine Berufstätigkeit verzichten. Da viele Frauen, auch mit Kleinkindern, das in Deutschland (z. B. durch das Ehegattensplitting) steuerlich geförderte ‚male-

breadwinner-model' ablehnen, und nicht auf ihre Berufstätigkeit verzichten wollen, zielen familienpolitische Stimuli, die über ein höheres Kindergeld bzw. Elterngeld die Kinderbetreuung in der Familie sehen, an den Wünschen der Frauen vorbei. (Engelbrech 2002, S. 142). Im Folgenden werde ich daher verstärkt auf die Kinderbetreuungsmöglichkeiten als institutionelle Rahmenbedingung zur Vereinbarkeit von Kind und Beruf eingehen.

### **3.2 Kinderbetreuungsmöglichkeiten in Deutschland**

Seitdem die aktuelle Fertilitätsentwicklung mit ihrem hohen Anteil (v. a. westdeutscher) Kinderloser in Deutschland in das öffentliche Interesse gerückt ist, wird die Unvereinbarkeit von Mutterschaft und Erwerbstätigkeit als ein wesentlicher Faktor für diese Entwicklung angesehen. Daher ist die Versorgung mit einer bedarfsgerechten Kinderbetreuung ins Zentrum des gesellschaftspolitischen Diskurses gerückt, denn in einem System, in dem Elternschaft und Erwerbstätigkeit kaum zu vereinbaren sind, werden sich v. a. hochqualifizierte, erwerbsorientierte Frauen gegen Kinder entscheiden. Hank et al. (2003, S. 2) verdeutlichen, dass die strukturellen Mängel im öffentlichen bzw. öffentlich finanzierten Kinderbetreuungssystem eine Mutterschaft mit gleichzeitiger Erwerbstätigkeit v. a. in Westdeutschland nicht ermöglichen. Unter den Mängeln im Betreuungssystem sind insbesondere fehlende Plätze im Krippen- und Hortbereich, sowie eine mangelnde Flexibilität der Öffnungszeiten zu sehen. Hinzu kommt in den alten Bundesländern jedoch auch eine fehlende soziale Akzeptanz bestimmter Betreuungsformen, so sind Kinderkrippen heute noch immer eine kaum akzeptierte Alternative zur elterlichen Betreuung und Schulhorte oder Ganztagschulen immer noch unüblich (Hank et al. 2004, S. 49).

Um eine Vereinbarkeit von Mutterschaft und Erwerbstätigkeit zu gewährleisten, muss, neben einer bedarfsgerechten Versorgung mit Kinderbetreuungsplätzen, zusätzlich die Familienkompatibilität von Arbeitsplätzen (z. B. durch flexible Arbeitszeiten und flexible Wiedereinstiegsregelungen) eine Rolle spielen (Hank et al. 2003, S. 5). Mit bedarfsgerichteter Versorgung ist jedoch nicht nur eine bloße Ausweitung des Kinderbetreuungsangebots nach freien Plätzen gemeint, so muss v. a. in Westdeutschland eine Betreuung über Mittag, ein Ausbau der Ganztagsplätze und eine Betreuung in den Ferien gewährleistet sein.

Hank et al. (2004, S. 47) unterscheiden vier Betreuungsarten, die sich hinsichtlich ihrer Kosten, Qualität und Verfügbarkeit unterscheiden: die elterliche, die informell – private (darunter sind soziale und familiäre Netzwerke, insbesondere die Großeltern, zu verstehen), die institutionell – öffentliche und die kommerzielle Betreuung. Aufgrund hoher Marktzutrittsbarrieren (z. B. Ausschluss von öffentlichen Subventionen) für gewerbliche Anbieter gibt es in Deutschland kaum kommerzielle Kinderbetreuung (Hank et al. 2004, S. 49). In Deutschland ist daher die öffentliche bzw. öffentlich geförderte Tageseinrichtung die wichtigste Form der außerhäuslichen Kinderbetreuung. So stieg, laut Kolvenbach et al. vom Statistischen Bundesamt (2004, S. 9ff.), bis Ende 2002 die Zahl der Kinderbetreuungseinrichtungen in Westdeutschland gegenüber 1990 um 25 % auf 36.700 Einrichtungen, von denen sich die meisten (64 %) in freier, v. a. konfessioneller, Trägerschaft befanden. Demgegenüber sank die Zahl der Einrichtungen im Osten gegenüber 1991 um 53 % auf 8.500 im Jahr 2002, die Versorgungsquoten liegen aber dennoch über dem Westniveau, da sich nach der Wende auch die Geburtenzahlen mehr als halbiert haben. Befanden sich zu DDR-Zeiten noch fast alle Betreuungseinrichtungen in staatlicher Trägerschaft, so ist seit 1991 der Anteil der freien Trägerschaften kontinuierlich gestiegen und lag im Jahr 2002 bei 40 %. Der Anteil der öffentlichen Trägerschaft ist dementsprechend auf 60 % im Jahr 2002 gesunken. Im Gegensatz zum Westen haben unter den freien Trägerschaften die konfessionellen jedoch nur eine geringe Bedeutung, da etwa 76 % von der freien Wohlfahrtspflege getragen werden (Kolvenbach et al. 2004, S. 12). Die öffentliche bzw. öffentlich geförderte Tageseinrichtung ist nicht nur die häufigste Form der außerhäuslichen Kinderbetreuung, sie ist für die Eltern zudem relativ kostengünstig, da bis zu 90 % der Betriebskosten durch Subventionen gedeckt sind und sie durchschnittlich nur 3 % ihres Haushaltsnettoeinkommens für die Betreuung ihrer Kinder in solchen Einrichtungen aufbringen müssen (Hank et al. 2004, S. 48).

Aus der Tatsache, dass die Kindertagesstätten weitgehend dezentral geplant und über die kommunalen Budgets gefördert werden, ergeben sich regionale Unterschiede in der Versorgungsdichte mit Krippen, Kindergärten, Horten und Ganztagsplätzen. Daneben hängt die Versorgung mit Betreuungsplätzen auch von der Finanzkraft der Kommunen und ihrer jeweiligen politischen Prioritätensetzung ab. So gibt es Unterschiede zwischen ländlichen und städtischen Regionen und zwischen West- und Ostdeutschland. Wie man in Tabelle 1 sehen kann, ist die Betreuung von Kindergartenkindern in Westdeutschland auf den ersten Blick doch recht hoch (fast 90 %), jedoch erkennt man im zweiten Teil der Tabelle deutlich, dass es sich hierbei meist nur um Halbtagsplätze handelt (nur ca. 20 % sind Ganztagsplätze). Dieses Angebot an Halbtagsplätzen nutzt den Frauen die auf eine

Kinderbetreuung angewiesen sind nicht viel, denn auch wenn diese Frauen nur Teilzeit arbeiten, so reicht die Zeit, in der ihre Kinder außerhuslich betreut werden nicht aus, um einem Halbtagsjob nachzugehen. Im Hort- und Krippenbereich gibt es in den alten Bundesländern nur sehr geringe Betreuungsangebote, die dann aber zu einem Großteil ganztägig sind. In Ostdeutschland sieht die Situation völlig anders aus. Zunächst einmal sind die Versorgungsquoten in allen Betreuungsformen deutlich über dem Niveau in Westdeutschland und zusätzlich sind die Betreuungsangebote fast alle Ganztagsplätze.

**Tabelle 1: Angebot von Kinderbetreuungsplätzen in West- und Ostdeutschland 1998**

	<b>Westdeutschland</b>	<b>Ostdeutschland</b>
<b>Versorgungsquoten</b> (Plätze je 100 Kinder der jeweiligen Altersgruppe)		
Krippe	3	36
Kindergarten	87	112
Hort	6	68
<b>Anteil der Ganztagsplätze</b> (an allen Betreuungsplätzen in %)		
Krippe	85	86
Kindergarten	19	98
Hort	79	96

Quelle: Hank et al. (2003)

Die Hauptursache, sowohl für die unterschiedliche Versorgungsdichte, als auch für die unterschiedliche Akzeptanz auerhuslicher Betreuung in Ost- und Westdeutschland ergibt sich aus der jeweiligen Entstehungsgeschichte der Kinderbetreuungseinrichtungen. Bei der Verbreitung von Kindergärten in den 60er Jahren in Westdeutschland standen Bildungs- und Sozialaspekte und nicht die Vereinbarkeit von Kind und Beruf im Vordergrund. Kinder aus benachteiligten Schichten sollten die gleichen Chancen bekommen wie Kinder aus „besseren“ Schichten. Damit der Kindergarten als Bildungs- und Erziehungseinrichtung etabliert werden konnte, reichte jedoch die Halbtagsoffnung völlig aus (Kreyenfeld et al. 2002, S. 203). Die flächendeckende Einrichtung von Kinderbetreuungsinstitutionen in der ehemaligen DDR diente dagegen hauptsächlich der Förderung der Frauenerwerbstätigkeit. Die außerhäusliche Betreuung war zwar keine Pflicht, jedoch war der Alltag der (meist vollzeitbeschäftigten) berufstätigen Mütter ohne diese Betreuung kaum praktikierbar (Hank et al. 2001, S. 57). Daher gab es Einrichtungen für Kinder in jedem Alter (Krippe, Kindergarten, Schulhort) und die Öffnungszeiten der Kindertageseinrichtungen waren in einem hohen Maße flexibel und den Arbeitszeiten der

Mütter angepasst (Hank et al. 2004, S. 49). So waren die Einrichtungen nicht nur von 6.00 morgens bis 18.00 abends durchgehend geöffnet, sondern im Bedarfsfall war auch eine Betreuung am Sonnabend möglich und Schulhorte waren auch in den Ferien ganztägig geöffnet. Zudem waren die Kosten einer Ganztagsbetreuung für die Eltern nur minimal und eine außerhäusliche Versorgung damit billiger als eine häusliche (Hank et al. 2001, S. 56f.)

Neben den Ost-West-Unterschieden in der Versorgungsdichte mit Kinderbetreuungseinrichtungen gibt es auch kleinräumige regionale Unterscheide auf der Kreisebene. Nach Hank et al. (2003, S. 10f.) gibt es in Ostdeutschland eine stärkere regionale Heterogenität in den Versorgungsdichten auf einem insgesamt höheren Niveau als in Westdeutschland. So hatten im Westen im Jahr 1998 fast alle Landkreise weniger als 10 % Versorgungsdichte mit Krippenplätzen aufzuweisen (nur Hamburg und Berlin bilden eine Ausnahme), während dieses Betreuungsangebot in Ostdeutschland mehr variierte (es gab Kreise mit nur 10 %, aber auch Kreise deren Versorgungsdichte 60 % betrug). Für die Betreuungssituation im Hortbereich sieht es ganz ähnlich aus, die Versorgungsquoten liegen im Westen bei etwa 10 % und im Osten zwischen 25-75 %. Während sich im Bereich der Kindergartenbetreuung Ost- und Westdeutschland in der Variation kaum unterscheiden, ist bei der Versorgung mit Ganztagsplätzen wieder das Gegenteil der Fall. In den neuen Ländern ist die Variation relativ gering, fast alle Kreise bieten eine Ganztagsbetreuung. In den alten Bundesländern gibt es eine breite Streuung in der Versorgungsdichte nach Landkreisen, allerdings nur dort, wo maximal 50 % Ganztagsplätze angeboten werden (s. Anhang: Abbildung A3- 1).

Bedingt durch die niedrigen Versorgungsniveaus im Westen, sind die Eltern dort auf zusätzliche Betreuungsmöglichkeiten angewiesen. Da, wie schon erläutert, die kommerzielle Betreuung in Deutschland kaum eine Rolle spielt, greifen diese Eltern auf ihre sozialen Netzwerke zurück. In erster Linie sind das Verwandte, insbesondere die Großeltern. Auch in Ostdeutschland ist trotz der relativ guten Versorgungsdichte der Anteil derjenigen, die ebenfalls Verwandte mit der Betreuung ihrer Kinder beauftragen hoch (s. Tabelle 2). Dahinter verbergen sich wahrscheinlich Betreuungslücken in den Ferien, sowie Kinder, die nicht von ihren Eltern zur Betreuungseinrichtung gebracht werden können (Hank et al. 2003, S. 11f.).

**Tabelle 2: Regelmäßige Betreuung von Kindern in West- und Ostdeutschland durch Personen außerhalb des Haushaltes im Jahr 2000 (Spaltenprozente)**

	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	Krippen- alter	Kindergarten- alter	Schul- alter	Krippen- alter	Kindergarten- alter	Schul- alter
Verwandte	32	36	23	31	36	30
Freunde	8	7	4	6	7	3
Bezahlte Betreuung	2	3	3	1	2	2

Quelle: Hank et al. (2003)

In ihrer Untersuchung kommen Hank et al. (2003, S. 15ff.) zu dem Ergebnis, dass eine hohe Versorgung mit Kindergartenplätzen, Hortplätzen (beide signifikant), Krippen und Ganztagsplätzen (beide nicht signifikant) die Geburt eines ersten Kindes in Ostdeutschland positiv beeinflusst. In Westdeutschland lassen sich diese Effekte nicht erkennen, aber hier hat eine mögliche Betreuung durch die Großmutter einen positiven Effekt auf die Geburt eines ersten Kindes. Der Grund für diese geringe Reaktion auf das Vorhandensein von institutioneller Kinderbetreuung dürfte vor allem darin liegen, dass Paare, die eine Elternschaft erwägen, sich nur geringe Chancen auf einen Platz im institutionellen Betreuungssystem ausrechnen können und daher von Anfang an eher auf die Betreuung durch ein soziales Netzwerk setzen (Hank et al. 2003, S. 19).

Durch die zunehmende Erwerbsbeteiligung der potenziellen Großmütter und die bereits jetzt schon auf 67 Jahre verlängerte Lebensarbeitszeit wird diese Möglichkeit der Betreuung in Zukunft wahrscheinlich in einem weit geringeren Maße als bisher zur Verfügung stehen. Wenn westdeutsche Frauen weiterhin Beruf und Kinder miteinander vereinbaren möchten, müssen sie verstärkt auf eine institutionelle Kinderbetreuung zurückgreifen. Da diese jedoch bei weitem nicht ausreichend vorhanden ist, muss zunächst ein starker Aus- und Umbau (z. B. bezüglich flexibler Öffnungszeiten) der Einrichtungen stattfinden.

Wie schon angesprochen, hängt die Versorgung mit Betreuungseinrichtungen auch von der Finanzkraft der Kommunen ab. Daher möchte ich im Folgenden das aktuelle Finanzierungskonzept von Kinderbetreuung, die daraus entstehenden „Probleme“, sowie ein mögliches Lösungskonzept näher erläutern. Zurzeit ist die Finanzierung von institutioneller Kinderbetreuung auf kommunaler Ebene angesiedelt und die Vertreter der

Kommunen und freien Träger entscheiden über das Angebot an Betreuungsplätzen. Das Angebot hängt also v. a. von kommunalen Mitteln und der Prioritätensetzung der einzelnen Kommunen ab und die betroffenen Eltern haben kaum eine Möglichkeit Einfluss auf das Angebot zu nehmen. Um eine quantitative Verbesserung des Angebots zu erreichen, muss der Staat mehr in den Ausbau der Kinderbetreuungssysteme investieren. Um jedoch auch eine qualitative (bedarfsgerechtere) Verbesserung zu ermöglichen, schlagen Kreyenfeld et al. (2002, S. 211) vor, statt der aktuellen Objektförderung eine Subjektförderung zu betreiben. Unter Objektförderung verstehen sie die Förderung der Angebotsseite, während Subjektförderung eine Förderung der Nachfrageseite bedeute. Eine Subjektförderung beinhaltet, dass Eltern die Wahl haben, welche Möglichkeiten sie nutzen wollen, und damit den Anbieterwettbewerb fördern. „Die Anbieter müssen um die Nachfrager (also Kinder und Eltern) konkurrieren. Durch eine solche Förderung muss das Angebot sich flexibler den Betreuungsbedarfen der Eltern und Kinder anpassen“ (Kreyenfeld et al. 2002, S. 211). Damit wäre eine Vereinbarkeit von Beruf und Kindern besser zu erreichen, denn die Betreuungseinrichtungen müssten hinsichtlich ihrer Öffnungszeiten, der Mittagsbetreuung und der Betreuungsqualität umdenken. In diesem Konzept ist eine staatliche Regulierung der Betreuungsqualität unabdingbar, denn Qualität muss für die Eltern leicht erkennbar sein, damit sie wirklich die für ihre Zwecke am Besten geeignete Einrichtung aussuchen können. Die Eltern sollten (wie bisher einkommensabhängig) an der Finanzierung beteiligt werden, um vor allem nicht „auf die zahlungskräftige Nachfrage der höheren Einkommensgruppen zu verzichten“ (Kreyenfeld et al. 2002, S. 213).

### **3.3 Zusammenfassung und Hypothesengenerierung**

Die heutigen familienpolitischen Rahmenbedingungen in Deutschland fördern hauptsächlich traditionelle Familienmodelle, in denen der Mann Hauptverdiener und -ernährer ist („male-breadwinner-model“). Zu solchen Fördermaßnahmen zählen u. a. das Ehegattensplitting, das Erziehungsgeld und die lange Elternzeit. Da aber Frauen in Deutschland sich zum Großteil nicht mehr mit der „nur Hausfrau“-Rolle zufrieden geben und Kinder und Erwerbstätigkeit miteinander vereinbaren wollen, zielen diese Maßnahmen in Bezug auf eine erwünschte Erhöhung der Fertilität und eine Verringerung des Anteils kinderloser Frauen ins Leere. Stattdessen sind die Vereinbarkeitsbedingungen von

Mutterschaft und Erwerbsbeteiligung als ausschlaggebende Faktoren in das öffentliche und damit auch politische Interesse gerückt.

Diese Vereinbarkeit ist jedoch vor allem in Westdeutschland bisher nicht gegeben: Es gibt kaum Krippen- und Hortplätze, sowie nur eine geringe Zahl von Ganztagsplätzen im Kindergartenbereich. In Ostdeutschland bestehen zwar schlechtere Vereinbarkeitsmöglichkeiten als zu DDR-Zeiten, jedoch immer noch weit bessere als im Westen. Um eine umfassende Verbesserung der Vereinbarkeitsbedingungen zu gewährleisten, muss die Betreuungslandschaft in Westdeutschland nicht nur quantitativ, sondern vor allem auch qualitativ ausgebaut werden. Das bedeutet, dass der seit dem 01. 01. 1999 bestehende Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, für Kinder ab drei Jahre, zwar ein Anfang ist, aber bei weitem nicht ausreicht. Um auch eine bedarfsgerechte (also qualitative) Betreuung zu ermöglichen, müssen (neben dem Ausbau der Öffnungszeiten) vor allem Ganztagsplätze geschaffen werden.

Als Essenz aus diesem und dem vorhergehenden Kapitel möchte ich versuchen die Kinderlosigkeit in Deutschland durch folgende mögliche Determinanten zu erklären: das Bildungsniveau, die Staatsangehörigkeit und die Gemeindegröße. Die hinter meiner Wahl stehenden Annahmen und Hypothesen möchte ich im Folgenden näher erläutern.

Aufgrund des in den 60er Jahren in Deutschland einsetzenden Individualisierungsschubs streben deutsche Frauen nach Selbstverwirklichung und beruflicher Unabhängigkeit, und sind meist nicht damit zufrieden ,nur‘ Hausfrauen und Mütter zu sein. Ich gehe davon aus, dass nichtdeutsche Frauen in Deutschland diesen Individualisierungsschub nicht erlebt haben und noch immer von anderen Normen und Werten (nämlich den ihres Herkunftslandes) beeinflusst werden. Eine meiner Hypothesen lautet daher: Deutsche Frauen sind häufiger kinderlos, als in Deutschland lebende nichtdeutsche Frauen. Der Individualisierungsschub wurde begleitet von einer Bildungsexpansion und einer (dadurch) vermehrten Frauenerwerbstätigkeit. Nach Gary Beckers ökonomischer Theorie werden erwerbstätige Frauen bei fehlenden Kinderbetreuungsmöglichkeiten (und damit fehlenden Vereinbarkeitsmöglichkeiten) vor die Wahl ,Kind oder Beruf‘ gestellt, da sie bei einer häuslichen Kinderbetreuung höhere Opportunitätskosten befürchten müssten. Ich gehe von der Annahme aus, dass die Versorgungsdichte mit Kinderbetreuungsmöglichkeiten von der Gemeindegröße abhängt: Das heißt, je größer die Gemeinden, desto höher ist die Versorgungsdichte. Daher erwarte ich, dass der Anteil kinderloser Frauen in kleinen Gemeinden höher ist als in größeren Gemeinden. Da mit einem höheren Bildungsniveau auch die möglichen Opportunitätskosten einer Frauen steigen können, sofern sie versucht

ihr (durch ihre Bildung angesammeltes) Humankapital in Erwerbstätigkeit umzusetzen, möchte ich untersuchen, ob Frauen mit höherer Bildung tatsächlich häufiger kinderlos sind, als Frauen mit niedrigerer Bildung.

## **4 Kennziffern des Geburtenverhaltens in Deutschland ab 1900**

### **4.1 Definition der Kinderlosigkeit**

Laut dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Sonderveröffentlichung vom Mai 2000), sind diejenigen als kinderlos zu bezeichnen, die in ihrem Leben niemals (egal ob gewollt oder ungewollt) Vater oder Mutter geworden sind. Das bedeutet, das man zwar mit Kindern in einem Haushalt leben kann, man aber trotzdem als kinderlos betrachtet wird, wenn diese nicht die eigenen sind (Dobritz und Schwarz 1996, S.233). Normalerweise wird die Kinderlosigkeit „nur für Frauen nach Geburtsjahrgängen berechnet“ (o. V. 2000, S. 14). Da diese Informationen jedoch nicht aus den Daten des Mikrozensus zu gewinnen sind (auf die Gründe dafür gehe ich in Kapitel 5.1.1 näher ein), sehe ich mich gezwungen in meiner eigenen Analyse eine andere Definition von Kinderlosigkeit zu verwenden. Ich betrachte diejenigen Frauen als kinderlos, in deren Haushalt zum Befragungszeitpunkt keine Kinder lebten.

### **4.2 Gewollte und ungewollte Kinderlosigkeit**

Formulierungen und Aussagen wie ‚Gebärstreik‘ oder ‚Frauen wollen keine Kinder mehr‘ lassen den Eindruck entstehen, dass sich ein Großteil der kinderlosen Frauen sehr rigoros und mit voller Absicht für ein Leben ohne Kinder entschieden hätte. Genau dieses ist jedoch nicht der Fall. Um die Situation zu verdeutlichen, möchte ich die möglichen Formen der Kinderlosigkeit erläutern.

Wie schon angeklungen kann man zwischen einer gewollten und einer ungewollten Kinderlosigkeit unterscheiden. Von einer gewollten Kinderlosigkeit spricht man, wenn eine Ehe (Partnerschaft) aufgrund der freien Willensentscheidung der (Ehe-)Partner kinderlos bleibt, wobei keine Auskunft darüber existiert, ob die Entscheidung von beiden oder nur von einem Partner getragen wird. Bei einer ungewollten Kinderlosigkeit werden zwar Kinder gewünscht, aber selbst nach längerer Zeit keine geboren, obwohl Geschlechtsverkehr ohne Anwendung von Verhütungsmitteln praktiziert wird (Lengsfeld 1989, S. 27). Die ungewollte Kinderlosigkeit stellt unter den Kinderlosen eine Minderheit

dar, denn der Anteil derjenigen, die unter einer physiologisch bedingten Sterilität leiden liegt in Deutschland bei 6-8 % (Lengsfeld 1989, S. 40).

Bei der Betrachtung von ungewollter und gewollter Kinderlosigkeit muss jedoch beachtet werden, dass die Grenzen zwischen beiden Formen fließend sind. Eine zunächst im jüngeren Alter bestehende Ablehnung der Elternschaft kann sich mit zunehmendem Alter in eine ungewollte Kinderlosigkeit verwandeln (Dobritz und Schwarz 1996, S. 254).

Lengsfeld (1989, S. 40) teilt die gewollt kinderlose Ehe in zwei weitere Gruppen auf, da sich aus seiner Sicht das ganze Phänomen der Kinderlosigkeit nicht durch die einfache Aufteilung (gewollte vs. ungewollte Kinderlosigkeit) erklären lässt (dieses gilt jedoch nicht nur für Verheiratete, sondern auch für Partnerschaften). Die eine Gruppe der gewollt Kinderlosen bezeichnet Lengsfeld als 'early articulators'. Das sind Paare, die sich relativ früh und bewusst gegen eigene Kinder entscheiden. Dem gegenüber stehen die 'postponers', Paare, die sich zwar ursprünglich Kinder wünschen, jedoch den Zeitpunkt der Geburt eines ersten Kindes immer wieder aufschieben. Die Folge dieses Aufschubs ist die mit steigendem Alter zunehmende Sterilität und das „sich zu alt fühlen“ nach einer längeren Zeit des Aufschubs. So wird aus einer nur temporär gewünschten Kinderlosigkeit eine endgültige ungewollte Kinderlosigkeit.

Brähler (2001, S. 157) weist darauf hin, dass es schwierig ist, einen Prozentsatz hinsichtlich ungewollter und gewollter Kinderlosigkeit anzugeben. Zum einem müsste man genau unterscheiden zwischen aktuell ungewollt kinderlosen Paaren und solchen Paaren, die lebenslang ungewollt kinderlos bleiben. Dies ist aber sehr schwierig, da wie schon gesagt der Übergang zwischen gewollter und ungewollter Kinderlosigkeit fließend ist. „Die Entscheidung für oder gegen Kinder ist ein Prozess, der verschiedene Stadien durchlaufen kann. Oft liegt zunächst eine gewollte Kinderlosigkeit vor, die später in eine ungewollte übergehen kann, (Brähler et al. 2001, S. 157). Hinzu kommt, dass es bei Paaren oft nicht eindeutig auszumachen ist, um welche Form der Kinderlosigkeit es sich handelt, da entweder die Partner unterschiedliche Vorstellungen haben, oder die Entscheidung offen lassen und z. B. eingeschränkt verhüten oder nur eingeschränkt die Realisierung des Kinderwunsches anstreben (Brähler et al. 2001, S. 157).

Auch wenn es schwierig ist, die Kinderlosigkeit genau nach gewollt und ungewollt zu unterscheiden, so lässt sich doch sagen, dass diejenigen, die sich schon sehr früh und dann auch ihr Leben lang gegen Kinder entscheiden nur einen kleinen Teil aller Kinderlosen ausmachen (Höpflinger 1991, S. 95). Da auch die dauerhaft ungewollte Kinderlosigkeit mit 6-8 % in Deutschland sehr selten ist, dürfte die Mehrheit der Kinderlosen zu den

‚postponers‘ gerechnet werden. Frauen befinden sich also keineswegs in einem ‚Gebärstreik‘, sondern schieben den Zeitpunkt der Geburt ihres ersten Kindes aus unterschiedlichen Gründen (die meist in den äußeren Rahmenbedingungen zu suchen sind) immer wieder auf. Ich kann zwar in meiner empirischen Analyse eine Unterteilung nach gewollter und ungewollter Kinderlosigkeit nicht umsetzen, aber ich gehe davon aus, dass der Großteil der Kinderlosigkeit in Deutschland durch äußere Rahmenbedingungen erklärbar, und dadurch eventuell auch (politisch) beeinflussbar ist.

### **4.3 Entwicklung der Kinderlosigkeit in Deutschland ab 1900**

Bevor ich die eigentliche Entwicklung der Kinderlosigkeit ab 1900 beschreibe, möchte ich kurz auf das Problem der fehlenden Kinderlosenzahlen für Deutschland eingehen. Um die Entwicklung der Kinderlosigkeit darzustellen, benötigt man verlässliche Zahlen über ihr Ausmaß. Der Anteil an kinderlosen Frauen wird vom Statistischen Bundesamt jedoch nicht angegeben. Zur Berechnung der kinderlosen Frauen gibt es nach Höpflinger (1991, S. 83) zwei mögliche Methoden. Zum einen die paritätsspezifische Fertilitätsrate (‘parity progression ratio‘), welche die Wahrscheinlichkeit einer Frau, ein Kind der Geburtenfolge  $x$  zu gebären angibt. Um die Kinderlosigkeit auf Basis der Bevölkerungsstatistik zu berechnen, braucht man also Informationen über die biologische Rangfolge der Geburt einer Frau. In Deutschland wird die Rangfolge einer Lebendgeburt jedoch nur nach der Rangfolge in der bestehenden Ehe dokumentiert. Für nichteheliche Geburten wird keine Rangfolge erfasst. Das bedeutet, Geburten aus vorhergehenden Ehen und die Paritätsverteilungen der von unverheirateten Frauen geborenen Kinder müssen geschätzt werden (o. V. 2004a, S. 25).

Die zweite Möglichkeit zur Berechnung der kinderlosen Frauen sind die generationsspezifischen Fertilitätsraten. In ihnen wird die endgültige Kinderlosigkeit von gegebenen Geburtsjahrgängen sichtbar. Sofern man allerdings auf vollständige Fertilitätsdaten angewiesen ist, wird der allerneueste Trend nicht erfasst. Um die Kinderlosigkeit wirklich berechnen zu können und damit Aussagen über ihre Verbreitung treffen zu können, wäre eine Änderung im Dokumentationsprozess von Geburten notwendig. Statt der Rangfolge in der Ehe müsste die biologische Rangfolge erfasst werden, wie es in einigen europäischen Ländern bereits Praxis ist (Kreyenfeld 2004, S. 4). Sofern es sich also nicht um Frauenjahrgänge handelt, die ihre reproduktive Phase bereits

abgeschlossen haben, beruhen die Angaben zur Kinderlosigkeit von jüngeren Jahrgängen in Deutschland auf Schätzwerten.

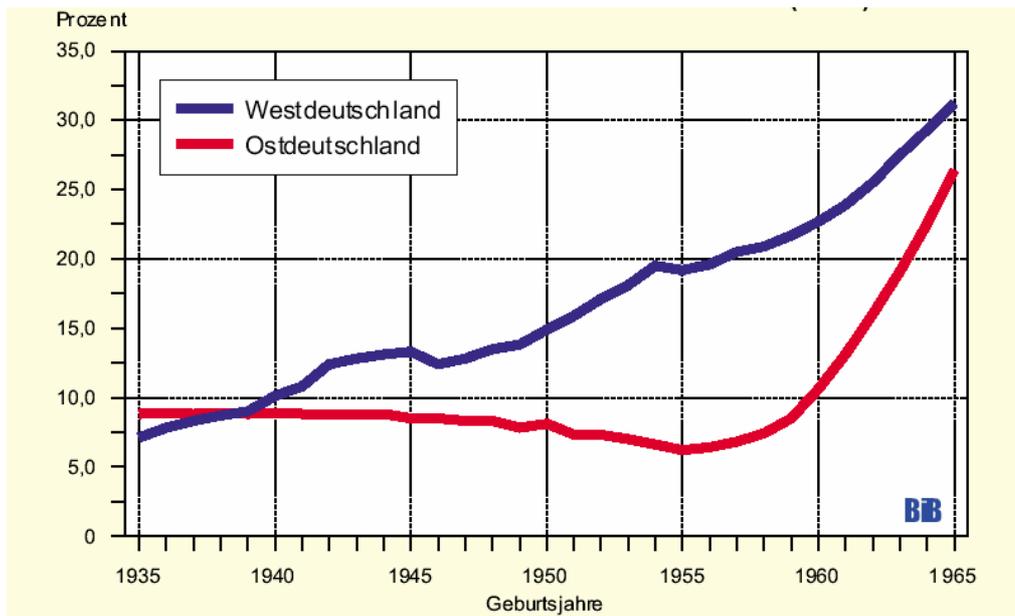
Die heutige Situation der hohen Kinderlosigkeit ist zwar keineswegs eine neuartige Erscheinung, aber erstmals nicht die Folge einer sozialen Krisensituation. Auch in früheren Jahrgängen gab es zum Teil beträchtliche Anteile Kinderloser. So waren die Frauen des Jahrgangs 1901/05 zu 19 % kinderlos (o. V. 2004a, S. 25). Dobritz (2003, S. 403f.) spricht sogar von 20 % Kinderlosigkeit: „Die allgemeine Orientierung auf die Kernfamilie schloss [...] schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts beträchtliche Anteile Kinderloser mit ein. Schon seit Langem weiß man, dass die in dieser Zeit geborenen Frauen zu ca. 20 % keine Kinder hatten. [..].“

Jedoch ist diese Kinderlosigkeit in erster Linie auf eine soziale Krisensituation zurückzuführen. Durch den Ersten Weltkrieg mit seinen Männerverlusten haben viele junge Frauen keinen Mann gefunden oder waren früh verwitwet. Die gleiche Situation stellte sich auch infolge des Zweiten Weltkriegs ein, sodass auch die Frauen bis zum Geburtsjahrgang 1925 eine relativ hohe Kinderlosigkeit aufwiesen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg, also für die Frauen der Jahrgänge 1931/35, waren die Voraussetzungen völlig anders. Diese Frauen stammen aus meist schwach besetzten Geburtsjahrgängen im Vergleich zu den älteren und stärker besetzten Männer-Jahrgängen (den potenziellen Partnern). Dies hatte zur Folge, dass nur etwa 5 % der Frauen unverheiratet und nur 10 % kinderlos blieb (Dobritz und Schwarz 1996, S. 238). Dieser Anteil gilt nach Dobritz (2003, S. 405) ebenfalls für die Frauen des Jahrgangs 1940, weshalb man die späten 50er und frühen 60er Jahre (in denen die Geburtskohorten 1930-1940 ihre Familienbildung realisierten) auch als ‚golden age of marriage‘ bezeichnet.

Seitdem steigt die Kinderlosigkeit, zumindest für Westdeutschland, kontinuierlich an (s. Abbildung 1). Für westdeutsche Frauen des Jahrgangs 1965 wird ein Kinderlosenanteil von 30 % angenommen (o. V. 2000, S. 14). Für ostdeutsche Frauen des gleichen Geburtsjahrgangs nimmt das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung einen Anteil von 25 % (o. V. 2000, S. 14) an. Dieser Wert muss jedoch kritisch hinterfragt werden, da er meiner Meinung nach – aus Gründen, die ich noch erläutern werde (s. S. 26f.) – stark überhöht ist.

**Abbildung 1: Anteile kinderloser Frauen in den Geburtsjahrgängen 1935-1965 in West- und Ostdeutschland (in %)**



Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2000)

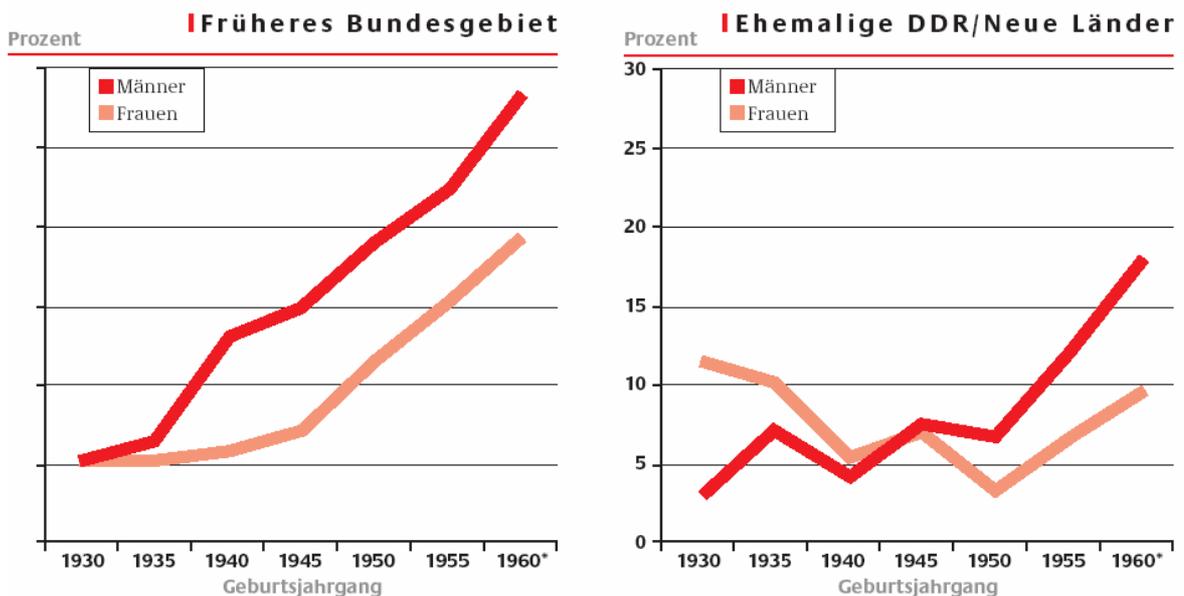
Bei der Betrachtung der Entwicklung der Kinderlosigkeit in Deutschland zeigen sich deutliche Ost-West-Unterschiede. Dobritz und Schwarz (1996, S. 236ff.) zeigen in ihren Untersuchungen, dass Kinderlosigkeit in der ehemaligen DDR kaum verbreitet war. Bei den Geburtsjahrgängen bis 1940 verlief die Entwicklung der Kinderlosigkeit in Ost- und Westdeutschland relativ gleich. Die Frauen die zum Zeitpunkt 1940 schon über 30 Jahre alt waren (also ihre reproduktive Phase zumeist schon abgeschlossen hatten) waren in der DDR vor der Einführung von familienpolitischen Maßnahmen (nach 1975) genauso häufig kinderlos wie die Frauen in Westdeutschland. Die Kinderlosigkeit lag in beiden Teilen Deutschlands bei ca. 10 %. Aber ab den nach 1940 Geborenen läuft die Entwicklung auseinander: In der DDR hat sich die Kinderlosigkeit auf 7-8 % vermindert, während sie in der BRD auf 10-25 % zunahm.

Die geringe Kinderlosigkeit in Ostdeutschland wurde von einer sehr frühen Geburt der Kinder und fast vollständiger „Verheiratung der Generationen“ (Dobritz und Schwarz 1996, S. 236) begleitet. Dobritz und Schwarz (1996) versuchen diese Situation über den besonderen Charakter der gesellschaftlichen Verhältnisse der DDR zu erklären. Dazu gehören für die beiden Autoren „insbesondere die Organisation aller Lebensbedingungen unter dem Aspekt des Vereinbarens von Erwerbstätigkeit und Mutterschaft, eine pronatalistische Sozial- und Bevölkerungspolitik, ein ausgebautes System sozialer Sicherungen und die Orientierung auf Ehe und Kinder mangels vielfältigerer Handlungsoptionen“ (1996, S. 236). Die Kinderlosigkeit im Osten war vor allem in den

Jahrgängen der 1950 Geborenen mit nur 5 % sehr niedrig (o. V. 2004a, S. 26). Erst die ab 1960 geborenen Jahrgänge beginnen dem westdeutschen Muster zu folgen.

Die aktuelle Kinderlosigkeit wird als eine neue Kinderlosigkeit bezeichnet, die überwiegend auf freiwilligen individuellen Entscheidungen beruht (o. V. 2000, S. 14). Laut Dobritz und Schwarz (1996, S. 238) muss diese Kinderlosigkeit zwar ebenfalls auf dem Hintergrund hoher Ledigenquoten gesehen werden, jedoch liegt es heute nicht am Männermangel. Es ist einfach nicht mehr selbstverständlich, zu heiraten. Bis zur Mitte der 70er Jahre war die Heiratsentwicklung (in Ost- wie auch in Westdeutschland) unter anderem durch eine hohe Heiratsneigung gekennzeichnet, das ‚golden age of marriage‘ (Engstler und Menning 2003, S. 63). Die Heiratsneigung ist seitdem zurückgegangen und der Anteil der dauerhaft Ledigen unter den 1930 bis 1960 Geborenen ist stark gestiegen (s. Abbildung 2).

**Abbildung 2: Anteil der dauerhaft Ledigen unter den 1930 bis 1960 geborenen Männern und Frauen**



\*) Teilweise geschätzt

Quelle: Engstler und Menning (2003)

Da besonders im Westen Deutschlands Heiraten und Kinderhaben immer noch eng miteinander verknüpft sind, nur 18,6 % der Kinder im Westen wurden im Jahr 2000 von unverheirateten Müttern geboren (Engstler und Menning 2003, S. 77), hat die hohe Ledigenquote im Westen einen hohen Kinderlosenanteil zur Folge. Im Osten Deutschlands besteht dieser enge Zusammenhang nicht, wie man an der hohen Nichteelichenquote von 51,5 % im Jahr 2000 erkennen kann (Engstler und Menning ebd.). In Ostdeutschland wird

demnach die Entscheidung für ein Kind nicht davon abhängig gemacht, ob man verheiratet ist oder nicht. Aus diesem und anderen Gründen (wie z. B. bessere Vereinbarkeitsbedingungen von Mutterschaft und Erwerbstätigkeit in den neuen Ländern) ist anzunehmen, dass die Kinderlosigkeit in Ostdeutschland weitaus geringer sein wird als in Westdeutschland. Die vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung verwendeten Angaben für den ostdeutschen Geburtsjahrgang 1965 (s. Abbildung 1) halte ich daher für viel zu überschätzt.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich das Phänomen Kinderlosigkeit in Deutschland immer mehr ausbreitet, dies gilt insbesondere für Westdeutschland (Dobritz und Schwarz 1996, S. 234). Im Jahr 2001 lebten bei ca. 28 % der westdeutschen und 16 % der ostdeutschen Frauen zwischen 35-40 Jahren (Geburtsjahrgänge 1966 bis 1962) keine minderjährigen Kinder mehr im Haushalt (Grünheid 2003, S. 11f.). In Ostdeutschland war zwar die Kinderlosigkeit relativ selten und vor allem eine westdeutsche Erscheinung. Dennoch ist sie in den 90er Jahren sprunghaft angestiegen und liegt dabei noch immer unter dem westdeutschen Niveau.

## **5 Empirische Analysen**

### **5.1 Datensatzbeschreibung und die Grenzen des Mikrozensus**

#### **5.1.1 Beschreibung des Mikrozensus und seine Grenzen**

Als Grundlage für meine Analysen verwende ich den Scientific Use File der Mikrozensususerhebung aus dem Jahr 2002. Dieser, für die Wissenschaft bereitgestellte, Datensatz ist eine anonymisierte 70 %- Stichprobe des Originaldatensatzes. „Der Mikrozensus ist eine auf gesetzlicher Basis durchgeführte 1 %- Stichprobe der gesamten Bevölkerung der Bundesrepublik (die zur Teilnahme verpflichtet ist) und damit die umfassendste aktuelle bundesdeutsche Datenquelle für bevölkerungsrepräsentative Auswertungen“ (Scharein und Unger 2005, S. 6). Diese repräsentative Erhebung findet jährlich statt und wird von der amtlichen Statistik durchgeführt. Sie umfasst zwar über 100 Fragen, allerdings sind die Mikrozensusdaten durch ihre Erhebungskonzeption als jährliche Querschnittserhebung nur Momentaufnahmen. Trotzdem haben die Mikrozensusdaten zum einen den Vorteil, dass aufgrund der 1 %- Stichprobe eine hohe Datensicherheit gewährleistet ist, zum anderen erlauben sie eine stärkere Differenzierung der Bildungsgruppen als bei anderen sozialwissenschaftlichen Datenquellen (Scharein und Unger 2005, S. 6).

Man muss bei der Analyse von Kinderlosigkeit auf Basis des Mikrozensus jedoch berücksichtigen, dass diese Daten keine Informationen zu den von einer Frau insgesamt geborenen Kindern enthalten. Es werden ausschließlich die zum jeweiligen Erhebungszeitpunkt im Haushalt lebenden Kinder erfasst und „zudem automatisch der im Haushalt lebenden Frau zugerechnet [...]“ (Scharein und Unger 2005, S. 6). Also geben die Daten, wie schon Dobritz und Schwarz (1996, S. 236) erläutern, nur Auskunft über das Zusammenleben mit und ohne Kinder bzw. Auskunft darüber, ob Kinder im Haushalt leben oder nicht. Die Begriffe ‚Kinderlosigkeit‘ und ‚keine Kinder‘ im Haushalt sind als weitgehend synonym zu betrachten, wobei aber „ohne Kinder in einem Haushalt lebend“ nicht mit Sicherheit auch Kinderlosigkeit bedeutet (Dobritz 2003, S. 41).

Da nicht nach der tatsächlichen Kinderzahl einer Frau gefragt wird, ist eine Analyse der Kinderlosigkeit mit dem Mikrozensus mit mehreren Fehlermöglichkeiten behaftet. Grünheid (2004, S. 35) führt dabei folgende Punkte an: Bei den befragten Frauen könnten die Kinder noch nicht geboren worden sein, oder die Kinder könnten den elterlichen Haushalt bereits wieder verlassen haben (Auszug aus dem Elternhaus zwecks eigener

Haushaltsgründung). Auch Kinder, die den mütterlichen Haushalt aufgrund von Trennungen/ Scheidungen der Eltern verlassen haben werden, ebenso wie bereits verstorbene Kinder, werden nicht erfasst. Das gleiche gilt für Kinder, die sich im Ausland oder im Krankenhaus befinden. Zudem kann es auch sein, dass im Haushalt der befragten Frauen Kinder leben, die nicht von ihnen geboren wurden, z.B. Stiefkinder, Adoptiv- und Pflegekinder. Zumindest die ersten beiden Fehlerquellen kann man umgehen, indem man das Alter der untersuchten Frauen eingrenzt. Auch ich werde in meiner Analyse diese Eingrenzung vornehmen, darauf komme ich jedoch im nächsten Teilkapitel noch einmal genauer zu sprechen.

Da die Datenlage zur Geburtenentwicklung in Deutschland verbessert werden muss, plant das Statistische Bundesamt im Herbst 2006 eine freiwillige Stichprobenerhebung. Darin werden Angaben zur vollständigen Kinderzahl bzw. Kinderlosigkeit der Frauen und Angaben zur Geburtenfolge aller Lebendgeburten erhoben werden. Zusätzlich sollen Informationen zu den Bildungsabschlüssen und zum Haushaltszusammenhang der Befragten gewonnen werden (Duschek und Wirth 2005, S. 801).

### **5.1.2 Beschreibung der Untersuchungspopulation**

Um die reale Kinderlosigkeit mit dem Mikrozensus weitgehend darzustellen (und den Vorteil der großen Fallzahlen, die dieser bietet, nutzen zu können), muss bei der Untersuchung von Kinderlosigkeit die Analyse begrenzt werden, und zwar auf die Frauen derjenigen Altersgruppe, die ihre reproduktive Phase so gut wie abgeschlossen haben, und deren Kinder noch im elterlichen Haushalt leben.

In Tabelle 3 kann man sehen, dass im Alter 35 noch 29 % (West) bzw. 13 % (Ost) der Frauen kinderlos sind. Mit zunehmendem Alter der Frauen liefert der Mikrozensus keine verlässlichen Schätzungen mehr und ab Alter 45 steigt die Kinderlosigkeit im Mikrozensus sprunghaft an. Die Gruppe der Akademikerinnen muss, wie man in der Tabelle schon erkennen kann, gesondert behandelt werden. Denn hier ist (zumindest in Westdeutschland) im Jahr 2000 die Kinderlosigkeit bei den 45-jährigen Frauen noch vergleichsweise niedrig.

**Tabelle 3: Kinderlosigkeit von Frauen im Jahr 2000**

	Alle		Akademikerinnen	
	Westdeutschland	Ostdeutschland	Westdeutschland	Ostdeutschland
<b>Alter 30</b>	46 %	27 %	73%	49 %
<b>Alter 35</b>	29 %	13 %	45 %	19 %
<b>Alter 40</b>	24 %	12 %	36 %	8 %
<b>Alter 45</b>	3 %	26 %	32 %	15 %

Quelle: Kreyenfeld, M. (2004)

Früher galt die Annahme, dass im Alter 35 feststeht, ob eine Frau endgültig kinderlos bleibt oder nicht. Die Häufigkeit von Kinderlosigkeit in diesem Alter konnte man recht gut schätzen, es gab keine oder nur reduzierte Verzerrungen durch Kinder, die den Haushalt bereits verlassen hatten. Aber die gängige Praxis ist überholt, da die späte Mutterschaft zunimmt und zwar besonders unter den Akademikerinnen (Kreyenfeld 2004, S. 4). Deshalb werden heute zumeist Frauen zwischen 35-39 Jahren betrachtet, da angenommen wird, dass in dieser Altersgruppe das generative Verhalten weitgehend abgeschlossen ist und eventuelle Kinder den elterlichen Haushalt noch nicht verlassen haben. Laut Grünheid (2004, S. 51) ist diese Annahme mit der durchschnittlichen Kinderzahl je Frau für die Kohorten der Jahrgänge 1957-1961 belegbar (s. Tabelle 4). „Weisen Frauen dieser Altersgruppe keine Kinder auf, gilt dies im Allgemeinen als ein guter Indikator für eine dauerhafte Kinderlosigkeit“ (Wirth und Dümmler 2004, S. 1). Bei meiner Analyse werde ich ähnliche Begrenzungen wählen.

**Tabelle 4: Durchschnittliche Kinderzahl je Frau (minderjährige Kinder im Haushalt) der Geburtsjahrgänge 1957 bis 1961**

	Alter der Frauen	Westdeutschland	Ostdeutschland
<b>Mikrozensus 1991</b>	30 bis unter 35 Jahre	1,39	1,47
<b>Mikrozensus 1996</b>	35 bis unter 40 Jahre	1,41	1,54
<b>Mikrozensus 2001</b>	40 bis unter 45 Jahre	1,07	0,79

Quelle: Grünheid, E. (2004)

Um noch einmal zusammenzufassen: Geborene Kinder, die in der deutschen Bevölkerungsstatistik erfasst werden, werden nur auf die bestehende Ehe bezogen. Im Mikrozensus werden nicht die geborenen Kinder einer Frau erfasst, sondern nur die mit ihr in einem Haushalt lebenden Kinder. Die Daten des Mikrozensus zeigen also nur, ob man zum Zeitpunkt der Erhebung mit Kindern in einem Haushalt zusammenlebt bzw. keine

Kinder zum Haushalt gehören (Dobritz und Schwarz 1996, S. 236). Daraus folgt, dass die Anzahl der Kinder im Haushalt nicht immer mit der Anzahl der Kinder, die eine Frau geboren hat, übereinstimmt. Allerdings stellt die Zahl der 35-40jährigen Frauen, die mit bzw. ohne Kinder in einem Haushalt leben, einen guten Indikator zur Schätzung der Kinderlosigkeit dar.

### **5.1.3 Mögliche Determinanten der Kinderlosigkeit**

In meiner Untersuchung möchte ich überprüfen, ob höher gebildete Frauen häufiger kinderlos sind, als Frauen mit einem niedrigeren Bildungsniveau und ob eventuell das Bildungsniveau des Partners bei der Entscheidung für oder gegen Kinder eine Rolle spielt. Des Weiteren versuche ich zu analysieren, welchen Einfluss die Staatsangehörigkeit auf die Kinderlosigkeit hat. Ich gehe davon aus, dass nichtdeutsche Frauen dem Individualisierungsschub (und damit auch dem Wertewandel) in Deutschland nicht ausgesetzt waren und deshalb andere Normen und Werte bzgl. Kindern haben (s. Kapitel 2.3). Darum erwarte ich, dass deutsche Frauen häufiger kinderlos sind als nichtdeutsche Frauen. Als eine letzte mögliche Determinante untersuche ich, ob die Gemeindegröße die Kinderlosigkeit beeinflusst. Ich nehme an, dass die Kinderbetreuungsmöglichkeiten in größeren Gemeinden besser ausgebaut sind als in kleineren Gemeinden. Da solche Betreuungsmöglichkeiten das Vereinbarkeitsproblem zwischen Mutterschaft und Erwerbstätigkeit reduzieren, wird die Kinderlosigkeit in großen Gemeinden niedriger sein als in kleineren.

Alle meine Analysen werde ich zusätzlich getrennt nach Ost- und Westdeutschland aus, da sich beide Teile Deutschlands zum einen sehr in ihrer Struktur der Kinderbetreuungsmöglichkeiten unterscheiden. Zum anderen haben die Frauen der von mir untersuchten Geburtsjahrgänge ihre Kindheit, Jugend und Postadoleszenz noch im geteilten Deutschland verbracht. Damit wurden sie von zwei unterschiedlichen Systemen geprägt: Während es für Frauen in der ehemaligen DDR selbstverständlich war, auch als Mutter von kleinen Kindern berufstätig zu sein (u. a. ermöglicht durch ein gut ausgebautes Betreuungssystem), waren Frauen in der BRD mit (v. a. kleinen) Kindern nur selten berufstätig.

Ich untersuche ferner, inwieweit es zum einen zwischen dem Bildungsniveau der Frauen und dem ihrer Partner, und zum anderen zwischen dem Bildungsniveau und der Größe der Gemeinde in der diese Frauen leben, Interaktionseffekte gibt.

## 5.2 Deskriptive Auswertung

Zunächst möchte ich eine genaue Übersicht über die Untersuchungspopulation geben. Im gesamten Datensatz befinden sich Angaben zu 503.075 Befragten. Davon sind 51,8 % weiblich. Da ich nur die Kinderlosigkeit von Frauen analysieren möchte, habe ich die Population auf die weiblichen Befragten beschränkt. Des Weiteren untersuche ich nur Personen aus Privathaushalten (Personen in Institutionen werden ausgeschlossen) und Personen am Hauptwohnsitz. Dadurch reduziert sich meine Untersuchungspopulation von 260.415 auf 253.772 befragte Frauen.

Um die Kinderlosigkeit untersuchen zu können, habe ich mir eine entsprechende Variable konstruiert. Dazu habe ich die Variablen *ef585 (Zahl der Kinder in der Familie unter 18)* und *ef509 (Stellung innerhalb der Familie)* aus dem Datensatz verwendet. Von den befragten Frauen sind 79,3 % kinderlos.

Der Datensatz enthält Frauen vom Alter 0 bis zum Alter 95 und älter. Daher ist diese sehr hohe Kinderlosigkeit nicht verwunderlich: Zum einen sind es Mädchen, welche die fertile Phase noch gar nicht erreicht haben, zum anderen sind viele der Befragten in einem Alter, in dem ihre möglichen Kinder bereits den elterlichen Haushalt verlassen haben und deshalb in der Logik des Mikrozensus nicht mehr berücksichtigt werden. Um diese Problematik genauer darzustellen, habe ich aus der Variable *ef30 (Alter)* eine neue Variable *Altersgruppen* gebildet (Tabelle 5).

**Tabelle 5 : Befragte Frauen nach Altersgruppen**

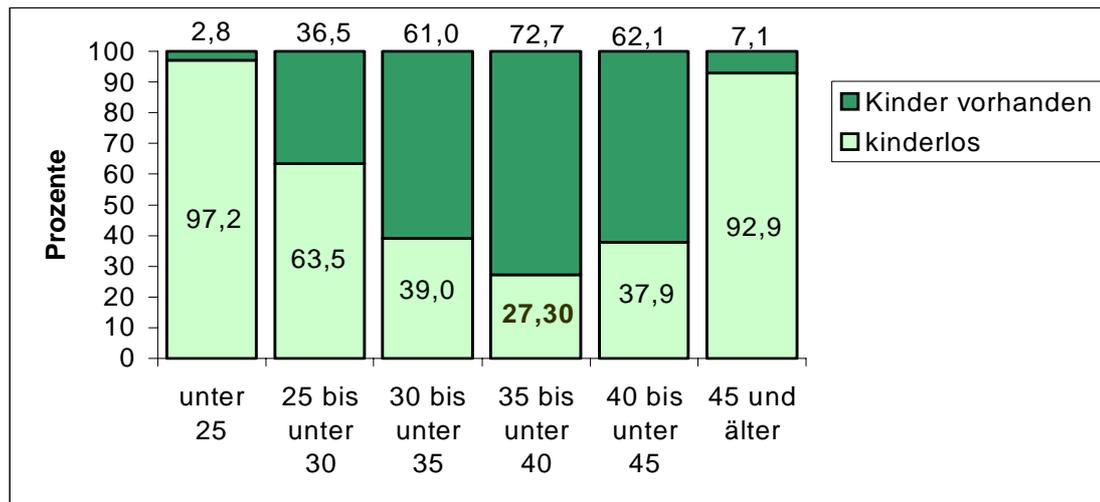
	Häufigkeit	Prozent (valide)
unter 25	63.450	25,0
25 bis unter 30	12.769	5,0
30 bis unter 35	17.632	6,9
35 bis unter 40	20.527	8,1
40 bis unter 45	19.468	7,7
45 und älter	119.926	47,3
Total	253.772	100,0

Quelle: Mikrozensus 2002 (eigene Berechnungen)

In einem nächsten Schritt möchte ich den Einfluss des Alters auf die Kinderlosigkeit darstellen (s. Abbildung 3). Dazu kreuze ich die Variablen *Kinderzahl* und *Altersgruppen*. Erwartungsgemäß liegt der Kinderlosenanteil bei den unter 25-jährigen und über 45-

jährigen weit über 90 %. Letzteres beruht vor allem auf der Logik des Mikrozensus (Kinder haben den elterlichen Haushalt bereits wieder verlassen). Der hohe Anteil Kinderloser unter den jüngeren Befragten überrascht auch nicht, da der Übergang zur Elternschaft in Deutschland relativ spät erfolgt. So lag nach Engstler und Menning (2003, S. 76f.) im Jahr 2000 das mittlere Alter bei Geburt des ersten Kindes bei ca. 28 Jahren.

**Abbildung 3: Einfluss des Alters auf die Kinderlosigkeit**



Quelle: Mikrozensus 2002 (eigene Berechnungen)

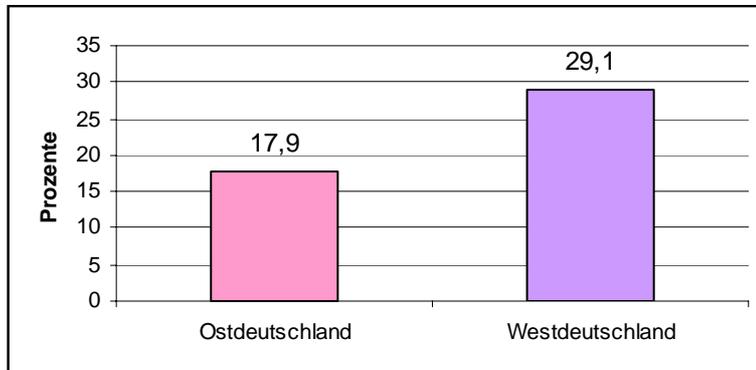
In der Gruppe der 35 bis unter 40-jährigen liegt der Anteil Kinderloser jedoch bei nur 27,3 %. Wie schon im Kapitel 5.1.2 beschrieben, ist die Wahrscheinlichkeit, dass in diesem Alter die Geburt eines ersten Kindes bereits erfolgte und auch noch kaum Kinder das Elternhaus verlassen haben sehr hoch. Deshalb grenze ich meine Untersuchungspopulation weiter ein und analysiere nur die 35 bis unter 40-jährigen Frauen. Die Anzahl der von mir untersuchten befragten Frauen hat sich demnach auf 20.527 Frauen reduziert.

Um Unterschiede zwischen den Befragten in Ost- und Westdeutschland feststellen zu können, habe ich aus der Variable *ef1 (Land der Bundesrepublik)* eine neue Variable *Region* konstruiert. Dabei habe ich Berlin dem Osten Deutschlands zugeordnet. Als Ergebnis erhalte ich ca. 84 % Befragte die in Westdeutschland und fast 16 % Befragte die in Ostdeutschland leben.

Da mich interessiert, ob sich die Kinderlosenanteile in der gewählten Altersgruppe in Ost- und Westdeutschland unterscheiden, habe ich mittels einer Kreuztabelle den Einfluss der Variable *Region* auf die Kinderlosigkeit dargestellt. Wie erwartet ist der Anteil Kinderloser in Ostdeutschland signifikant ( $p < 0,01$ ) niedriger als in Westdeutschland (s. Abbildung 4).

Die Gründe dafür könnten unter anderem in dem, noch aus DDR-Zeiten stammenden, starken Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen in den neuen Bundesländern liegen.

**Abbildung 4: Einfluss der Region (Leben in Ost- oder Westdeutschland) auf die Kinderlosigkeit**



Quelle: Mikrozensus 2002 (eigene Berechnungen)

Um noch einmal zusammenzufassen: Meine Untersuchungspopulation besteht aus 20.527 Frauen des Scientific Use Files des Mikrozensus 2002 im Alter 35 bis unter 40 Jahren. Der größte Teil (ca. 84 %) der Frauen lebt in Westdeutschland. Von den 20.527 Frauen sind ca. 27 % kinderlos, wobei Frauen der gewählten Altersgruppe in Ostdeutschland deutlich seltener kinderlos sind, als Frauen in Westdeutschland.

Nach dieser ausführlichen Beschreibung meiner vorbereitenden Maßnahmen möchte ich nun die von mir ausgewählten Determinanten der Kinderlosigkeit in einer ersten Analyse überprüfen. Als Erstes untersuche ich den Einfluss der Staatsangehörigkeit auf die Kinderlosigkeit, es folgt der Bildungseinfluss und schließlich der Einfluss der Gemeinde.

### 5.2.1 Einfluss der Staatsangehörigkeit auf die Kinderlosigkeit

Zunächst habe ich mir einen Überblick über die Zusammensetzung meiner Untersuchungspopulation nach Staatsangehörigkeit verschafft. Die Häufigkeitsauszählung der Variable ef52 (*Staatsangehörigkeit*) ergab folgendes Bild:

**Tabelle 6 : Staatsangehörigkeit der befragten Frauen**

	Häufigkeit	Prozent (valide)
Deutsch	19.106	93,1
Ausländer aus EU-Staaten	382	1,9
Ausländer aus Nicht-EU-Staaten	1.039	5,1
Total	20.527	100,0

Quelle: Mikrozensus 2002 (eigene Berechnungen)

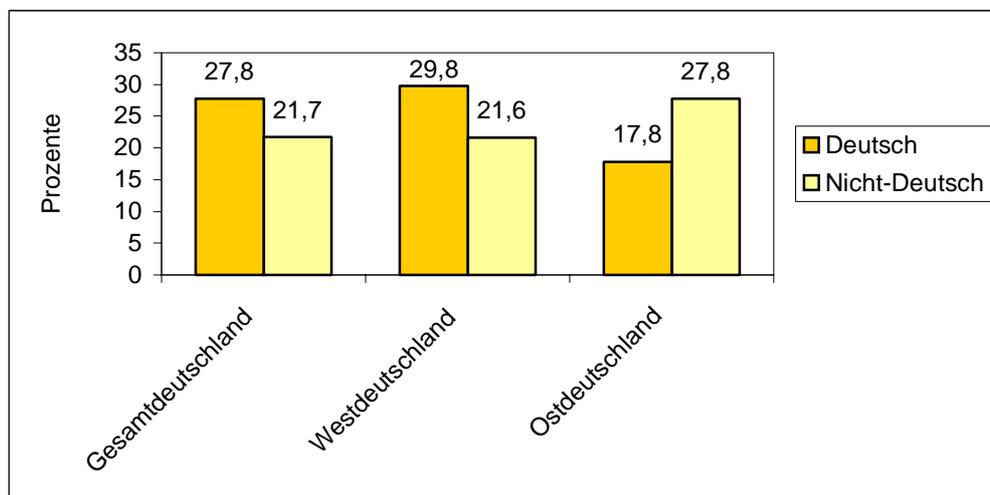
Meine Hypothese geht von der Annahme aus, dass nichtdeutsche Frauen einen geringeren Anteil an Kinderlosigkeit aufweisen, weil sie aus einem anderen Kulturkreis mit anderen Normen und Werten stammen und daher auch nicht dem (seit den 60er Jahren in Deutschland stattfindenden) Individualisierungsschub ausgesetzt waren. Bei den zwar nichtdeutschen, aber aus einem EU-Staat stammenden Frauen kann kein völlig anderer Kulturkreis unterstellt werden. Da ihre Anzahl in meiner Untersuchungspopulation jedoch sehr gering ist (noch nicht einmal 2 % (s. Tabelle 6)), zähle ich sie bei der Konstruktion meiner Variable *Staatsangehörigkeit* zu den anderen ausländischen Frauen dazu.

Die Gruppe der ausländischen Frauen besteht aus verschiedenen Nationalitäten. Dabei stellen die Türkinnen mit fast 25 % die stärkste Gruppe (s. Anhang: Tabelle A5- 1). Weiterhin habe ich in meiner Untersuchung die Tatsache berücksichtigt, dass Deutsche auch eine weitere Staatsangehörigkeit besitzen können. Allerdings ergab die Häufigkeitsauszählung der Variable ef43 (*Deutsche Staatsangehörigkeit*), dass kaum 1 % von den 19.106 als deutsch klassifizierten Frauen über eine weitere Staatsangehörigkeit verfügen (s. Anhang: Tabelle A5- 2). Daher habe ich eine einfache Unterteilung von deutschen und nichtdeutschen Frauen vorgenommen.

Ich habe mir aus der Variable ef52 (*Staatsangehörigkeit*) eine neue Variable *Staatsangehörigkeit* konstruiert, und dabei alle ausländischen Frauen (unabhängig davon, ob sie EU-Bürger sind oder nicht) als nichtdeutsch klassifiziert. Das hat zur Folge, dass der Anteil der nichtdeutschen Frauen in meiner Untersuchungspopulation fast 7 % beträgt.

Mittels einer Kreuztabelle habe ich versucht, den Einfluss der Staatsangehörigkeit auf die Kinderlosigkeit für Deutschland darzustellen (s. Abbildung 5). In dieser ersten Analyse wird meine Hypothese teilweise bestätigt. In Westdeutschland weisen die nichtdeutschen Frauen meiner Untersuchungspopulation einen niedrigeren Anteil Kinderloser als deutsche Frauen auf. Die Ergebnisse sind mit  $p < 0,01$  höchst signifikant. Die Analyse für Ostdeutschland hat jedoch ein anderes Ergebnis erbracht. Der Kinderlosenanteil der deutschen Frauen ist mit 17,8 % niedriger als derjenige der nichtdeutschen Frauen (27,8 %). Allerdings sind die Ergebnisse hier nicht signifikant und die Untersuchungspopulation umfasst lediglich 3.251 in Ostdeutschland lebende Frauen.

**Abbildung 5: Einfluss der Staatsangehörigkeit auf die Anteile der kinderlosen 35 bis unter 40-jährigen Frauen**



Quelle: Mikrozensus 2002 (eigene Berechnungen)

## 5.2.2 Bildungseinfluss auf die Kinderlosigkeit

Um eine erste Analyse mittels Kreuztabellen durchführen zu können, habe ich mir zunächst eine Variable *Bildungsniveau* konstruiert. Dazu habe ich die Variablen ef286 (*Allgemeiner Schulabschluss vorhanden*) und ef287 (*höchster allgemeiner Schulabschluss*) verwendet. Meine Variable *Bildungsniveau* hat drei Ausprägungen: niedrige Bildung (dazu gehören die Ausprägungen „Nein“ der Variable ef286 und „Haupt-/Volksschulabschluss“ der Variable ef287), mittlere Bildung (erstellt aus den Ausprägungen „POS“ und „Realschulabschluss“ der Variable ef287) und hohe Bildung (Fachhochschulreife und Abitur/ Fachabitur). Das bedeutet, dass mit Bildungsniveau hier der höchste erreichte Schulabschluss gemeint ist.

Mit ca. 42 % der untersuchten 20.527 Frauen bilden diejenigen mit mittlerer Bildung die stärkste Gruppe; die Anteile der Frauen mit niedriger und hoher Bildung sind fast gleich groß. Jedoch haben 3 % der befragten 35 bis unter 40-jährigen Frauen keine Angaben zu ihrem höchsten erreichten Schulabschluss gemacht, bzw. ob sie überhaupt über einen Schulabschluss verfügen (s. Tabelle 7).

**Tabelle 7: Bildungsstand der untersuchten Frauen**

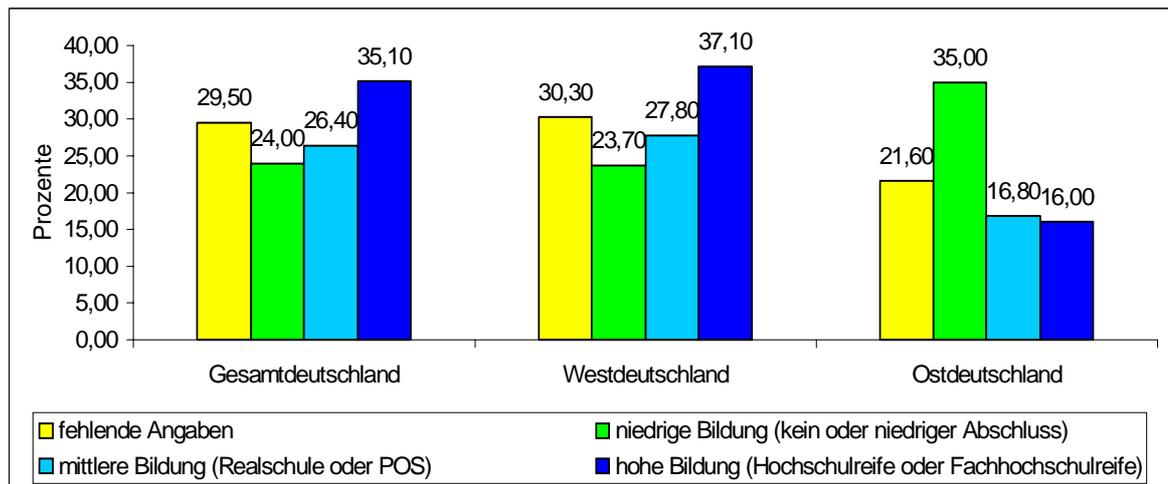
	Häufigkeit	Prozent (valide)
fehlende Angaben	630	3,1
niedrige Bildung (kein oder niedriger Abschluss)	5.941	28,9
mittlere Bildung (Realschule oder POS)	8.608	41,9
hohe Bildung (Hochschulreife oder Fachhochschulreife)	5.348	26,1
Total	20.527	100,0

Quelle: Mikrozensus 2002 (eigene Berechnungen)

Nachdem ich die Variable *Bildungsniveau* konstruiert habe, habe ich diese mit der Variable *Kinderanzahl* gekreuzt. Als Ergebnis erhalte ich für Gesamtdeutschland einen mit dem Bildungsniveau steigenden Anteil kinderloser Frauen. Dabei ist der Anstieg zwischen den niedrig gebildeten Frauen und denen mit einer mittleren Bildung jedoch sehr gering. Für die in Westdeutschland lebenden befragten Frauen (17.276 Personen) ergibt sich wiederum die gleiche Situation: Der Anteil Kinderloser steigt mit dem Bildungsstand, allerdings auf einem etwas höherem Niveau. Der Anstieg zwischen den niedrig gebildeten Frauen und denjenigen mit einem mittleren Bildungsniveau ist hier jedoch deutlicher ausgeprägt. Für die in Ostdeutschland lebenden Frauen (3.251 Personen) gilt dieser

Zusammenhang nicht, ganz im Gegenteil: Je höher das Bildungsniveau der Frauen, desto geringer ist der Anteil der Kinderlosen. So ist er bei den Frauen mit Fachhochschul- bzw. Hochschulreife mit 16 % weniger als halb so groß, wie bei denjenigen die gar keinen oder nur einen Hauptschulabschluss besitzen (s. Abbildung 6). Alle Ergebnisse sind höchst signifikant ( $p < 0,01$ ).

**Abbildung 6: Bildungseinfluss auf den Anteil der kinderlosen 35 bis unter 40-jährigen Frauen nach Ost- und Westdeutschland**



Quelle: Mikrozensus 2002 (eigene Berechnungen)

In einem weiteren Schritt habe ich statt der Schulbildung das Ausbildungsniveau verwendet, um den Bildungseinfluss auf die Kinderlosigkeit darzustellen. Ich habe dabei aus den Variablen ef288 (*beruflicher Ausbildungs- oder Hochschulabschluss vorhanden?*) und ef289 (*höchster beruflicher Ausbildungs- oder Hochschulabschluss*) eine neue Variable *Ausbildungsniveau* mit ebenfalls drei Ausprägungen konstruiert. Eine niedrige Ausbildung bedeutet hierbei überhaupt keine Ausbildung zu haben, bzw. nur eine Anlernausbildung oder ein berufsvorbereitendes Jahr absolviert zu haben. Folgende Abschlussarten habe ich als mittleres Ausbildungsniveau klassifiziert: Abschluss einer Lehrausbildung, Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst in der öffentlichen Verwaltung, berufsqualifizierender Abschluss an einer Berufsfachschule, Meister-/Techniker- oder gleichwertiger Fachschulabschluss, Abschluss einer Fach- oder Berufsakademie und den Abschluss der Fachschule der ehemaligen DDR. Unter einer hohen Ausbildung verstehe ich den Abschluss einer Verwaltungsfachhochschule, einer Fachhochschule, einer Universität und eine Promotion.

Eine Häufigkeitsauszählung dieser neu generierten Variable *Ausbildungsniveau* ergab, dass im Gegensatz zur Analyse des Bildungsniveaus, etwas mehr der untersuchten Frauen keine Angaben bezüglich ihres Ausbildungsniveaus gemacht haben. Die Kategorien niedrige und

hohe Ausbildung sind mit rund 15 % bzw. 13 % etwa gleich stark, aber deutlich geringer besetzt, als die jeweiligen Ausprägungen der Variable *Bildungsniveau*. Ca. 2/3 der von mir analysierten 20.527 Frauen haben ein mittleres Ausbildungsniveau. Damit ist der Anteil derjenigen mit einem mittleren Ausbildungsniveau deutlich größer, als derjenigen mit einem mittleren Bildungsniveau. (s. Tabelle 8). Das könnte daran liegen, dass zwar etwa 1/4 der Frauen die Hochschul- bzw. Fachhochschulreife erlangt haben, jedoch nur knapp die Hälfte diesen Bildungsabschluss nutzt, um zu studieren. Die anderen werden nach ihrer Schulausbildung wahrscheinlich eine Lehre angefangen haben, und so den Anteil derjenigen mit mittlerer Ausbildung erhöhen. Ich vermute, dass außerdem ein Teil derjenigen mit einer niedrigen Bildung auch eine Lehre beginnt und so ebenfalls zur Erhöhung dieses Anteils beiträgt. Denn es haben zwar 29 % der Frauen einen niedrigen Schulabschluss, jedoch lediglich 16 % verfügen auch über eine ebenfalls niedrige Ausbildung.

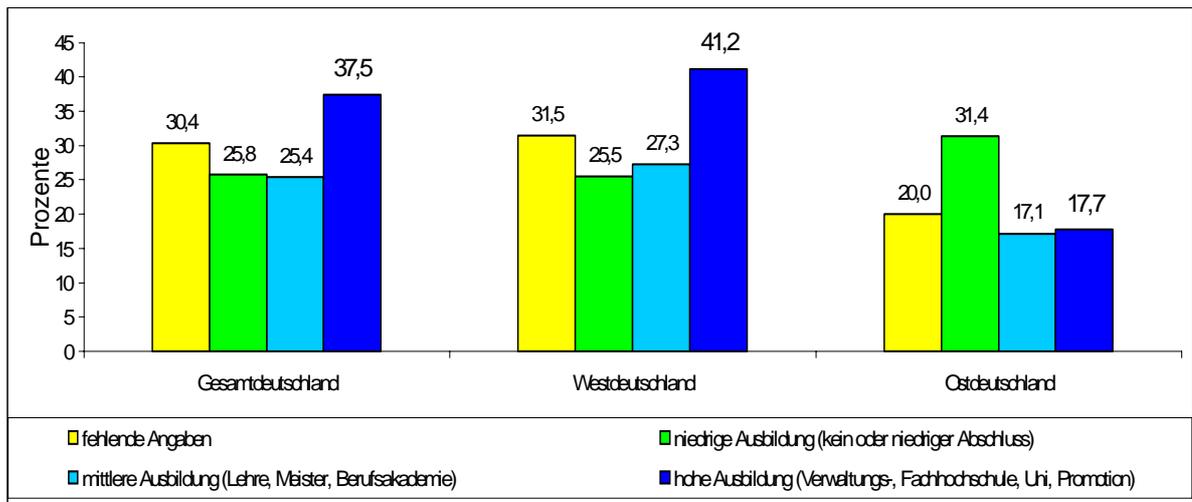
**Tabelle 8: Ausbildungsniveau der untersuchten Frauen**

	Häufigkeit	Prozent (valide)
fehlende Angaben	1.120	5,5
niedrige Ausbildung (kein oder niedriger Abschluss)	3.098	15,9
mittlere Ausbildung (Lehre, Meister, Berufsakademie)	13.581	66,2
hohe Ausbildung (Verwaltungs-, Fachhochschule, Uni, Promotion)	2.728	13,3
Total	20.527	100,0

Quelle: Mikrozensus 2002 (eigene Berechnungen)

Um den Einfluss des Ausbildungsniveaus auf die Kinderlosigkeit darzustellen, habe ich die Variable *Kinderanzahl* mit der Variable *Ausbildungsniveau* gekreuzt und ebenfalls nach Ost- und Westdeutschland getrennt ausgewertet. Alle Ergebnisse sind signifikant mit  $p < 0,01$  und tendenziell mit den Ergebnissen der vorherigen Analyse (Schulbildung statt Ausbildung) identisch (s. Abbildung 7).

**Abbildung 7: Ausbildungseinfluss auf den Anteil der kinderlosen 35 bis unter 40-jährigen Frauen nach Ost- und Westdeutschland**



Quelle: Mikrozensus 2002 (eigene Berechnungen)

Zusätzlich zum eigenen Bildungs- bzw. Ausbildungsniveau der untersuchten Frauen habe ich das Bildungs- und Ausbildungsniveau der Partner betrachtet. Dazu habe ich ebenfalls zwei Variablen (*Bildungs- und Ausbildungssituation des Partners*) mit je drei Kategorien generiert. Die Ausprägungen „kein allgemeiner Schulabschluss“ und „Haupt-/Volksschulabschluss“ der Variable ef666 (*höchster allgemeiner Schulabschluss des Lebenspartners der Bezugsperson im Haushalt*) bilden die Kategorie niedrige Bildung der Variable *Bildungssituation des Partners*. Personen mit einem „POS- oder Realschulabschluss“ haben ein mittleres Bildungsniveau und Personen mit „Hochschulreife oder Fachhochschulreife“ sind hoch gebildet. Von den 20.527 analysierten Frauen gaben ca. 22 % an keinen Partner zu haben und weitere 2-3 % haben keine Angaben zum Schulabschluss ihres Partners gemacht. Von denjenigen Frauen, die einen Partner haben und Angaben machten, haben rund 1/3 einen Partner mit mittlerer Bildung. Etwa 1/5 der Partner ist hoch und ca. 1/4 niedrig gebildet.

**Tabelle 9: Bildungssituation des Partners**

	Häufigkeit	Prozent (valide)
kein Partner vorhanden	4.546	22,1
fehlende Angaben	498	2,4
niedrige Bildung (kein oder niedriger Abschluss)	4.844	23,6
mittlere Bildung (Realschule oder POS)	6.657	32,4
hohe Bildung (Hochschulreife oder Fachhochschulreife)	3.982	19,4
<b>Total</b>	<b>20.527</b>	<b>100,0</b>

Quelle: Mikrozensus 2002 (eigene Berechnungen)

Die Variable *Ausbildungssituation des Partners* habe ich aus der Variable ef670 (*höchster beruflicher Ausbildungs- oder Hochschulabschluss des Lebenspartners der Bezugsperson im Haushalt*) generiert. Die Ausprägungen lauten: niedrige Ausbildung (kein Abschluss bzw. Anlernausbildung oder ein berufsvorbereitendes Jahr absolviert), mittlere Ausbildung (Abschluss einer Lehre; einer Berufsfachschule; einer Fach- oder Berufsakademie; einer Fachschule der ehemaligen DDR oder Meister-/ Techniker- oder gleichwertiger Fachschulabschluss) und hohe Ausbildung (Abschluss einer Verwaltungsfachhochschule, einer Fachhochschule, einer Universität und einer Promotion). Anhand Tabelle 10 kann man sehen, dass die meisten Frauen nicht nur Partner mit mittlerer Bildung (32,4 %), sondern auch mit mittlerer Ausbildung haben (52,1 %), jedoch auf einem höheren Niveau. Wenn ich davon ausgehe, dass der Institutioneneffekt (Aufschub der Familiengründung bis nach Ausbildungsende aufgrund von Normen in der Gesellschaft) nicht nur für Frauen, sondern auch für ihre Partner gilt, so müsste der Anteil der Kinderlosen (Frauen) in meiner Analyse ebenfalls mit dem Bildungs- bzw. Ausbildungsniveau des Partners steigen.

**Tabelle 10: Ausbildungssituation des Partners**

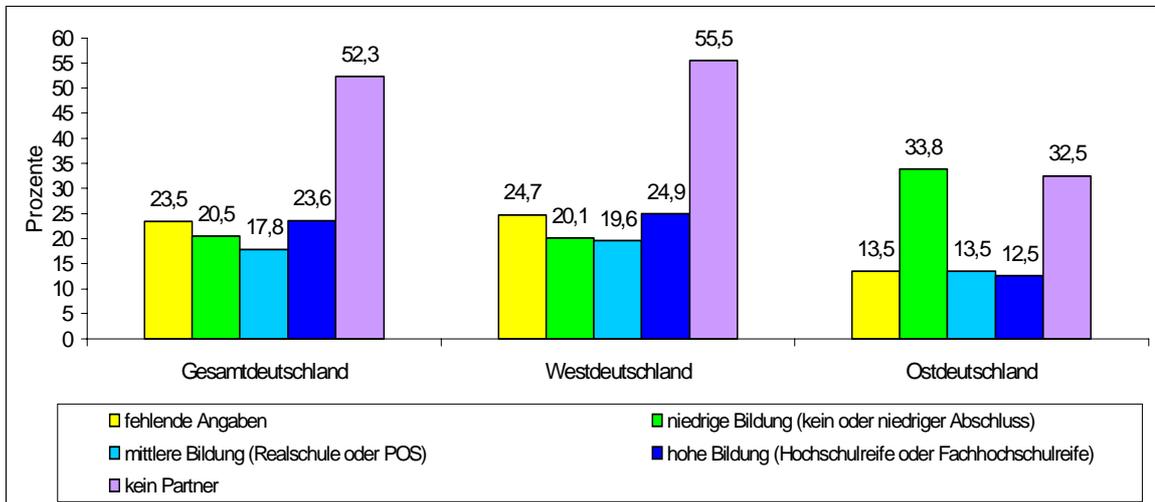
	Häufigkeit	Prozent (valide)
kein Partner vorhanden	4.546	22,1
fehlende Angaben	879	4,3
niedrige Ausbildung (kein oder niedriger Abschluss)	2.419	11,8
mittlere Ausbildung (Lehre, Meister, Berufsakademie)	10.692	52,1
hohe Ausbildung (Verwaltungs-, Fachhochschule, Uni, Promotion)	1.991	9,7
<b>Total</b>	<b>20.527</b>	<b>100,0</b>

Quelle: Mikrozensus 2002 (eigene Berechnungen)

Ob neben dem eigenen Bildungs- bzw. Ausbildungsniveau auch das des Partners einen Einfluss auf den Anteil kinderloser Frauen im Alter 35 bis unter 40 Jahren hat, habe ich wiederum mittels einer Kreuztabelle untersucht. Der Anteil der Kinderlosen unter den Frauen ohne einen Partner liegt in Gesamt- und Westdeutschland bei über 50 %. In Ostdeutschland ist dieser mit rund 33 % deutlich niedriger, des Weiteren folgen die Ergebnisse für die neuen Bundesländer dem bisherigen Trend: Je höher der Bildungs- bzw. Ausbildungsstand des Partners, desto geringer ist der Kinderlosenanteil. In Westdeutschland setzen sich die bisherigen Tendenzen jedoch nicht fort, stattdessen sind die Ergebnisse leicht u-förmig. Frauen, die einen niedrig gebildeten/ ausgebildeten oder einen hoch gebildeten/ ausgebildeten Partner haben, sind häufiger kinderlos als Frauen mit

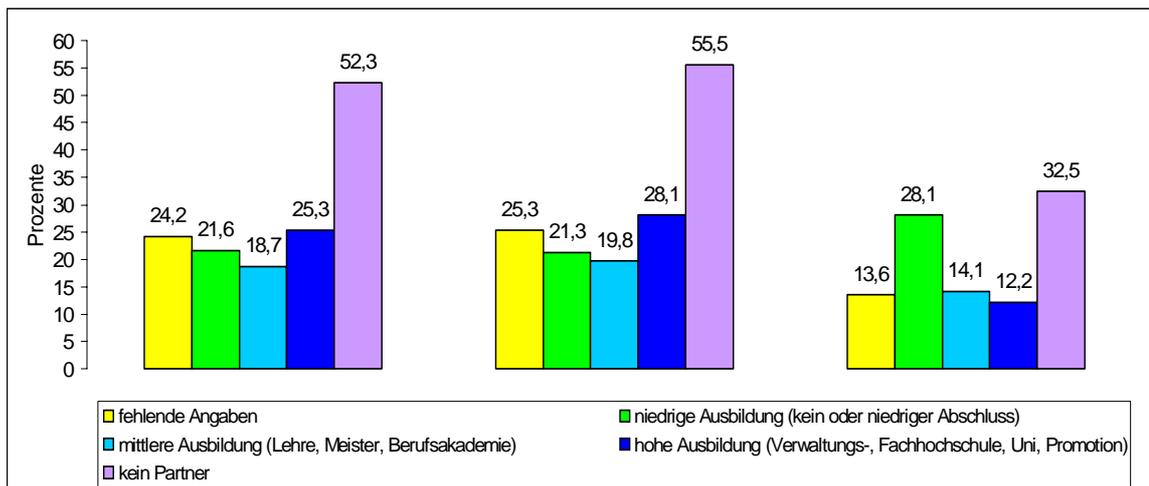
einem Partner mit mittlerer Bildung bzw. Ausbildung (s. Abbildungen 8 und 9). Alle Ergebnisse sind höchst signifikant mit  $p < 0,01$ .

**Abbildung 8: Einfluss der Bildungssituation des Partners auf die Kinderlosigkeit von 35 bis unter 40-jährigen Frauen nach Ost und West**



Quelle: Mikrozensus 2002 (eigene Berechnungen)

**Abbildung 9: Einfluss der Ausbildungssituation des Partners auf die Kinderlosigkeit von 35 bis unter 40-jährigen Frauen nach Ost und West**



Quelle: Mikrozensus 2002 (eigene Berechnungen)

### 5.2.3 Einfluss der Gemeindegröße und Region auf die Kinderlosigkeit

Das Statistische Bundesamt hat im Datensatz des Mikrozensus 2002 entsprechend des Wohnortes der Befragten Gemeindegrößenklassen vergeben und eine Variable ef708 (*Gemeindegrößenklassen Stand 31.12 des Vorjahres*) erstellt. Eine Häufigkeitsauszählung dieser Variable ergab folgendes:

**Tabelle 11: Gemeindegrößenklasse Stand 31.12. des Vorjahres (Mikrozensus)**

	Häufigkeit	Prozent (valide)
unter 5 000 Einwohner	3.076	15,0
5 000 bis unter 20 000 Einwohner	3.872	18,9
20 000 bis unter 100 000 Einwohner	4.857	23,7
100 000 bis unter 500 000 Einwohner	2.895	14,1
500 000 und mehr Einwohner	2.642	12,9
<20.000: HE, MV, NRW, SA (Schlüssel 1 und 2 entfallen )	1.981	9,7
20 000-500 000: BR, MV, SAAR, THÜR (Schlüssel 3 und 4 entfallen)	696	3,4
für Bremen (einziger Schlüssel)	155	0,8
für Berlin-Ost (einziger Schlüssel)	353	1,7
<b>Total</b>	<b>20.527</b>	<b>100,0</b>

Quelle: Mikrozensus 2002 (eigene Berechnungen)

Aus datenschutzrechtlichen Gründen sind die Gemeinden einiger Bundesländer vom Statistischen Bundesamt nicht detaillierter aufgeschlüsselt, sondern in größeren Einheiten zusammengefasst.

Da ich vermute, dass die Versorgungsdichte mit Kinderbetreuungseinrichtungen (und damit auch das Ausmaß der Kinderlosigkeit) von der Größe der Gemeinden abhängt, habe ich zunächst versucht die unterschiedlichen Gemeindeschlüssel des Statistischen Amtes aus der Variable ef708 in einer neuen Variable *Gemeinde* mit drei Kategorien zusammenzufassen. Dabei habe ich alle Gemeinden, die weniger als 20.000 Einwohner haben (inklusive Gemeinden aus Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt) der Kategorie kleine Gemeinden zugeordnet. Die Kategorie große Gemeinden beinhaltet die beiden Stadtstaaten Berlin und Bremen, sowie alle Gemeinden mit mehr als 100.000 Einwohnern. Bei der Klassifikation von mittelgroßen Gemeinden gibt es eine Besonderheit. Sie beinhalten nicht nur alle Gemeinden mit 20.000 bis 100.000 Einwohnern. Aufgrund der bereits erwähnten Sonderverschlüsselung einiger Bundesländer (hier betrifft dies Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Brandenburg und das Saarland) sind in der Kategorie mittelgroße Gemeinden auch einige Gemeinden mit

20.000 bis 500.000 Einwohnern enthalten. Eine andere Möglichkeit zur Klassifizierung wäre die Ausweitung auf 20.000 bis 500.000 Einwohner für mittelgroßen Gemeinden gewesen. Diese Definition von „mittelgroß“ erscheint mir jedoch zu weit gefasst, und daher habe ich diese Möglichkeit verworfen.

Eine Häufigkeitsauszählung der Variable *Gemeindegröße* ergab, dass die Mehrheit (ca. 44 %) der von mir untersuchten Frauen in kleinen Gemeinden mit weniger als 20.000 Einwohnern leben. Die restlichen 56 % verteilen sich fast hälftig auf die mittelgroßen (27 %) und großen (29 %) Gemeinden.

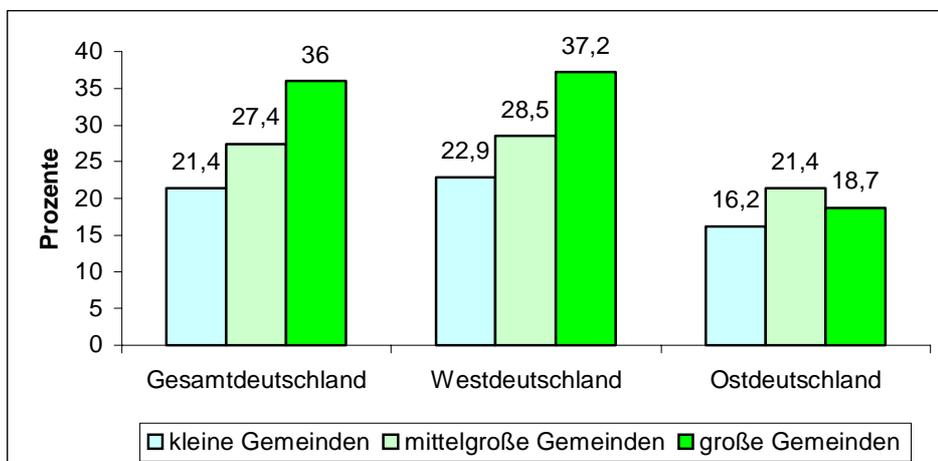
Bevor ich versuche den Einfluss der Gemeindegröße auf die Kinderlosigkeit darzustellen, möchte ich noch einmal auf meine Hypothese eingehen. Ich bin davon ausgegangen, dass die Gemeindegröße ein Indikator für die Versorgungsdichte mit Kinderbetreuungseinrichtungen darstellt, das heißt: Je größer eine Gemeinde, desto größer ist die Versorgungsdichte. Daher erwarte ich, dass mit einer Verringerung der Gemeindegröße der Anteil an kinderlosen Frauen steigt. Jedoch gibt es noch eine andere, eine Alternativhypothese, die besagt, dass ländliche Regionen noch immer traditioneller geprägt sind als (Groß-)Städte, und daher in diesen Gebieten (im Vergleich zu Großgemeinden) eine deutlich niedrigere Kinderlosigkeit zu erwarten wäre. Unter „traditionell geprägt“ verstehe ich hier, neben einer traditionellen Rollenverteilung („male-breadwinner-model“), vor allem eine traditionelle Familie, die durch das Vorhandensein von Kindern gekennzeichnet ist.

Um nun den Einfluss der Gemeindegröße auf die Kinderlosigkeit darzustellen, habe ich die Variablen *Gemeindegröße* und *Kinderanzahl* miteinander gekreuzt (s. Abbildung 10). Entgegen meiner ersten Hypothese erhöht sich für Westdeutschland der Anteil Kinderloser mit der Größe der Gemeinde. Dieses höchst signifikante Ergebnis könnte sich durch die bereits in Kapitel 3.2 dargestellten Kennzeichen der institutionellen Kinderbetreuungsmöglichkeiten in Westdeutschland erklären lassen. Die unzureichende Betreuungsstruktur lässt viele potenzielle Eltern von vornherein auf eine institutionelle Betreuung verzichten und stattdessen auf eine familiäre Betreuungsform setzen. Die „Selbstbetreuung“ bzw. das Vorhandensein von Großeltern ist jedoch nicht von der Gemeindegröße abhängig und damit wird auch der Kinderlosenanteil nicht von der Gemeindegröße beeinflusst.

Es gibt jedoch noch eine weitere, und wohl auch wahrscheinlichere Erklärung, denn die Ergebnisse dieser Analyse stimmen voll mit den Erwartungen aus der Alternativhypothese überein: Mit der Gemeindegröße steigen auch die Anteile Kinderloser. Daher ist es

wahrscheinlicher, dass sich diese Ergebnisse nicht durch die Kinderbetreuungsstruktur, sondern durch die stärkere traditionelle Prägung der kleinen Gemeinden erklären lassen. Bei der Analyse für Ostdeutschland ergibt sich ein anderes Bild. Die Verteilung der Kinderlosigkeit nimmt eine umgekehrte U-Form an: Die Kinderlosigkeit ist in kleinen und großen Gemeinden niedriger als in mittelgroßen Gemeinden. Für diese, mit  $p < 0,01$  ebenfalls höchst signifikanten, Ergebnisse habe ich jedoch keine eindeutige Erklärung. Es könnte sein, dass der niedrige Kinderlosenanteil in den kleinen Gemeinden wiederum eine Folge der auch in Ostdeutschland noch immer herrschenden traditionellen Prägung von ländlichen Regionen ist, und damit dieses (Teil-)Ergebnis den Erwartungen aus der Alternativhypothese entspricht. Der ebenfalls niedrige Anteil der Kinderlosen in den ostdeutschen Großgemeinden könnte dagegen eine Folge der, bereits im Kapitel 3.2 beschriebenen, immer noch großen Versorgungsdichte mit Kinderbetreuungseinrichtungen in Ostdeutschland sein. Das würde bedeuten, dass dieses Ergebnis den Erwartungen meiner ersten Hypothese entspricht.

**Abbildung 10: Einfluss der Gemeindegröße auf die Kinderlosigkeit von 35 bis unter 40-jährigen Frauen**



Quelle: Mikrozensus 2002 (eigene Berechnungen)

#### 5.2.4 Zusammenfassung der deskriptiven Analyse

Ich möchte die Ergebnisse meiner ersten Analyse zusammenfassen. Das Ausmaß der Kinderlosigkeit unterscheidet sich zwischen Ost- und Westdeutschland deutlich: Frauen,

die zum Befragungszeitpunkt in Ostdeutschland lebten, sind signifikant seltener kinderlos als diejenigen, in Westdeutschland.

Entgegen meinen Hypothesen nimmt in Ostdeutschland der Anteil der Kinderlosen mit einem steigenden Bildungs- und Ausbildungsniveau signifikant ab und nichtdeutsche Frauen im Osten sind häufiger kinderlos als ostdeutsche Frauen (wobei dieses Ergebnis jedoch nicht signifikant ist). Für Westdeutschland treffen meine Hypothesen bzgl. der Staatsangehörigkeit und des Bildungsniveaus jedoch zu: Mit dem Bildungs- bzw. Ausbildungsniveau steigt der Anteil der kinderlosen Frauen, und westdeutsche Frauen sind häufiger kinderlos als nichtdeutsche Frauen. Die Ergebnisse sind höchst signifikant. Die Bildungs- bzw. Ausbildungssituation des Partners hat in den neuen und alten Bundesländern unterschiedliche Effekte. Während in Ostdeutschland auch hier ein höheres Bildungsniveau mit einer niedrigen Kinderlosigkeit einhergeht, zeigt sich im Westen ein leicht u-förmiger Verlauf: Frauen mit einem Partner mittlerer Bildung/ Ausbildung sind seltener kinderlos als Frauen mit Partnern anderer Bildungsgruppen. Auch hier sind die Ergebnisse höchst signifikant. Entgegen meiner ersten Hypothese, aber in Übereinstimmung mit der Alternativhypothese, steigt in Westdeutschland mit der Gemeindegröße der Anteil Kinderloser signifikant. Im Osten zeigt sich hingegen ein umgekehrt u-förmiger Verlauf: Frauen in mittelgroßen Gemeinden sind signifikant häufiger kinderlos als Frauen in kleinen oder großen Gemeinden.

### 5.3 Logistische Regression

Im vorherigen Kapitel habe ich festgestellt, dass die von mir gewählten Variablen einen Einfluss auf das Ausmaß der Kinderlosigkeit besitzen. Nachfolgend möchte ich nun darstellen, wie groß genau dieser Einfluss ist. Die Analyse wurde mithilfe eines schrittweisen Logit-Modells durchgeführt und ist zunächst auf Gesamtdeutschland bezogen. Ich habe die logistische Regression jedoch zusätzlich nach Ost- und Westdeutschland getrennt durchgeführt. Bevor ich mit der Analyse begonnen habe, wurden alle Fälle, die in der Variable *Bildung* die Ausprägung ‚entfällt‘ aufwiesen, entfernt. Das bedeutet alle Frauen, die keinen Bildungsabschluss haben, da sie noch Schüler sind, entfallen. Dadurch wurde meine Untersuchungspopulation geringfügig verkleinert und umfasst jetzt noch 20.523 statt 20.527 Frauen im Alter von 35 bis unter 40 Jahren. Die Subpopulation von Westdeutschland wurde dadurch von 17.276 auf 17.272 Personen verringert. Für Gesamtdeutschland wird in Tabelle 12 ein Überblick über alle Modelle der logistischen Regression gegeben.

Im ersten Modell der logistischen Regression habe ich nur den Einfluss der Region (in der die Frauen zum Befragungszeitpunkt lebten) geschätzt, da ich, gestützt auf die deskriptive Analyse, von dieser Variable einen sehr starken Einfluss erwarte. Die Analyse ergab, dass die Region einen höchst signifikanten Einfluss auf die Kinderlosigkeit hat. In Ostdeutschland befragte haben im Vergleich zu den in Westdeutschland befragten Frauen (Referenzgruppe) ein um 46,8 % niedrigeres Risiko kinderlos zu sein.

In einem zweiten Modell habe ich die Variable *Bildung* hinzugenommen. Der Einfluss der Region bleibt nach wie vor höchst signifikant. Gemäß meiner Hypothese habe ich vermutet, dass das Risiko kinderlos zu sein mit dem Bildungsniveau steigt. Da in der deskriptiven Analyse deutlich wurde, dass das Bildungsniveau die gleiche Tendenz (bezüglich des Einflusses auf die Kinderlosigkeit) wie das Ausbildungsniveau hat, habe ich mich in der logistischen Regression auf die Analyse des Einflusses des Bildungsniveaus beschränkt. Meine Hypothese wurde bestätigt: Frauen mit einem mittleren Bildungsniveau haben gegenüber hochgebildeten Frauen (Referenzgruppe) ein um 33 % niedrigeres Risiko kinderlos zu sein. Niedrig Gebildete haben gegenüber der Referenzgruppe ein um 44 % niedrigeres Risiko kinderlos zu sein (und damit ein noch niedrigeres Risiko, als die Frauen mit mittlerer Bildung). Auch diese Ergebnisse sind höchst signifikant.

Im dritten Modell habe zusätzlich zur Region und Bildung den Einfluss der Staatsangehörigkeit untersucht. Die bereits festgestellten Effekte bleiben bestehen und sind weiterhin höchst bzw. hoch signifikant. Meine Hypothese bezüglich des Einflusses der

Staatsangehörigkeit auf die Kinderlosigkeit wurde ebenfalls bestätigt. Nichtdeutsche Frauen haben ein um 31 % signifikant niedrigeres Risiko kinderlos zu sein als die Referenzgruppe (deutsche Frauen).

Eine weitere in die Analyse einbezogene Variable ist die *Gemeindegröße* (Modell 4). Der Einfluss aller anderen bisher untersuchten Variablen auf die Kinderlosigkeit ändert sich nicht. Die Gemeindegröße selbst hat folgenden höchst signifikanten Einfluss: Frauen in mittelgroßen Gemeinden haben gegenüber Frauen in kleinen Gemeinden (Referenzgruppe) ein um 32,7 % erhöhtes Risiko kinderlos zu sein. Dieses Risiko ist bei Frauen in großen Gemeinden sogar noch höher: Sie haben im Vergleich zur Referenzgruppe ein um 87,5 % höheres Risiko kinderlos zu sein. Damit hat sich meine erste Hypothese (je größer die Gemeinde, desto niedriger die Kinderlosigkeit) nicht bestätigt.

Als letzte untersuchte unabhängige Variable habe ich die *Bildungssituation des Partners* in meine Analyse einbezogen (Modell 5). Aus den gleichen Gründen wie bei der Variable *Bildung* habe ich in meiner Analyse statt der Bildungs- und Ausbildungssituation des Partners nur die Bildungssituation miteinbezogen. Alle bisherigen Variablen behalten ihre (höchst signifikanten) Effekte. Zum Einfluss der Bildungssituation des Partners lassen sich folgende, ebenfalls höchst signifikante, Ergebnisse feststellen: Frauen mit einem niedrig gebildeten Partner haben gegenüber Frauen mit einem hochgebildeten Partner (Referenzgruppe) ein 2,56-mal so hohes Risiko kinderlos zu sein. Frauen mit einem Partner mittlerer Bildung haben, verglichen mit der Referenzgruppe, ein um etwa 50 % höheres Risiko kinderlos zu sein. Am höchsten ist das Kinderlosigkeitsrisiko jedoch für partnerlose Frauen: Im Vergleich zu Frauen mit einem hochgebildeten Partner ist dieses Risiko etwa 6,4-mal höher.

**Tabelle 12: Modelle der logistischen Regression (Gesamtdeutschland)**

<b>Variable</b>	<b>Model 1</b>	<b>Model 2</b>	<b>Model 3</b>	<b>Model 4</b>	<b>Model 5</b>
Ausprägung	Exp(B)	Exp(B)	Exp(B)	Exp(B)	Exp(B)
<b>Constante</b>	0,410 ***	0,572 ***	0,587 ***	0,415 ***	0,271 ***
<b>Region</b>					
Ostdeutschland	0,532 ***	0,534 ***	0,528 ***	0,591 ***	0,581 ***
Westdeutschland	1	1	1	1	1
<b>Bildung</b>					
fehlende Angaben		0,774 ***	0,791 **	0,830 **	0,511 ***
niedrige Bildung		0,561 ***	0,573 ***	0,629 ***	0,328 ***
mittlere Bildung		0,671 ***	0,661 ***	0,712 ***	0,532
hohe Bildung		1	1	1	1
<b>Staatsangehörigkeit</b>					
nichtdeutsch			0,689 ***	0,611 ***	0,637 ***
deutsch			1	1	1

Fortsetzung nächste Seite...

**Tabelle 12 (Fortsetzung): Modelle der logistischen Regression (Gesamtdeutschland)**

<b>Variable</b>	<b>Model 1</b>	<b>Model 2</b>	<b>Model 3</b>	<b>Model 4</b>	<b>Model 5</b>
Ausprägung	Exp(B)	Exp(B)	Exp(B)	Exp(B)	Exp(B)
<b>Gemeinde</b>					
mittelgroße Gemeinde				1,327 ***	1,224 ***
große Gemeinde				1,875 ***	1,534 ***
kleine Gemeinde				1	1
<b>Bildung Partner</b>					
fehlende Angaben					6,356 ***
niedrige Bildung					2,033 ***
mittlere Bildung					2,563 ***
hohe Bildung					1
n = 20.523                      *** p<0,01; ** p<0,05; * p<0,1					

Quelle: Mikrozensus 2002 (eigene Berechnungen)

### 5.3.1 Die Modelle der logistischen Regression für Frauen in Westdeutschland

In den folgenden Modellen untersuche ich, in welcher Weise genau die Variablen *Bildung*, *Staatsangehörigkeit*, *Gemeindegröße* und *Bildungssituation des Partners* die Kinderlosigkeit von westdeutschen Frauen beeinflussen (s. Tabelle 13). Die dargestellten Analysen beziehen sich also immer nur auf die 17.272 Frauen, die zum Befragungszeitpunkt in den alten Bundesländern lebten.

Im ersten Modell dieser logistischen Regression untersuche ich nur den Einfluss der Bildung auf die Kinderlosigkeit. Die Analyse bestätigt meine Hypothese: Der Anteil der Kinderlosen steigt mit dem Bildungsniveau. Frauen mit einer mittleren Bildung haben gegenüber der Referenzgruppe (hochgebildete Frauen) ein um 34,7 % niedrigeres Risiko kinderlos zu sein. Niedrig gebildete Frauen haben, verglichen mit der Referenzgruppe, ein noch geringeres Risiko (47,2 %). Die Ergebnisse sind höchst signifikant.

In einem weiteren Modell (Modell 2) habe ich zusätzlich die Variable *Staatsangehörigkeit* in die Analyse miteinbezogen. Die bisherigen Effekte bleiben auch weiterhin bestehen und sind höchst signifikant. Meine Hypothese bezüglich des Einflusses der Staatsangehörigkeit auf die Kinderlosigkeit wurde ebenfalls bestätigt: Nichtdeutsche Frauen haben ein um 32,2 % signifikant niedrigeres Risiko kinderlos zu sein als deutsche Frauen (Referenzgruppe).

In Modell 3 analysiere ich neben den bisherigen Variablen auch die *Gemeindegröße*. Wieder bleiben alle bisherigen Ergebnisse erhalten. Wie schon in der deskriptiven Analyse

sind die Ergebnisse der logistischen Regression über die Gemeindegröße zwar höchst signifikant, widersprechen jedoch meiner ersten Hypothese. Frauen in mittelgroßen Gemeinden haben gegenüber der Referenzgruppe (Frauen in kleinen Gemeinden) ein um 31,6 % höheres Risiko kinderlos zu sein. Frauen, die zum Befragungszeitpunkt in großen Gemeinden lebten, haben im Vergleich zur Referenzgruppe sogar ein um 93 % höheres Risiko kinderlos zu sein.

Als letzte Variable habe ich die *Bildungssituation des Partners* in die logistische Regression miteinbezogen (Modell 4). Die Effekte der *Bildung*, der *Staatsangehörigkeit* und der *Gemeindegröße* bleiben höchst signifikant. Der Einfluss der partnerlichen Bildungssituation in dieser Subpopulation der westdeutschen Frauen ist dem in der Gesamtpopulation sehr ähnlich. Gegenüber Frauen mit einem hochgebildeten Partner (Referenzgruppe) haben Frauen mit einem niedrig gebildeten Partner ein 2,56-mal so hohes Risiko kinderlos zu sein. Frauen, die einen Partner mittlerer Bildung haben, haben im Vergleich zur Referenzgruppe ein um 37,3 % höheres Risiko kinderlos zu sein. Wie schon in der Gesamtpopulation haben auch hier die Frauen ohne einen Partner, verglichen mit der Referenzgruppe, das höchste Risiko (6,6-mal so hoch) kinderlos zu sein.

**Tabelle 13: Modelle der logistischen Regression (Frauen in Westdeutschland)**

<b>Variable</b>	<b>Model 1</b>	<b>Model 2</b>	<b>Model 3</b>	<b>Model 4</b>
Ausprägung	Exp(B)	Exp(B)	Exp(B)	Exp(B)
<b>Konstante</b>	0,589 ***	0,605 ***	0,424 ***	0,272 ***
<b>Bildung</b>				
fehlende Angaben	0,733 ***	0,752 ***	0,791 **	0,454 ***
niedrige Bildung	0,528 ***	0,539 ***	0,595 ***	0,312 ***
mittlere Bildung	0,653 ***	0,641 ***	0,694 ***	0,551 ***
hohe Bildung	1	1	1	1
<b>Staatsangehörigkeit</b>				
nichtdeutsch		0,678 ***	0,598 ***	0,623 ***
deutsch		1	1	1
<b>Gemeinde</b>				
mittelgroße Gemeinden			1,316 ***	1,224 ***
große Gemeinden			1,930 ***	1,578 ***
kleine Gemeinden			1	1
<b>Bildung Partner</b>				
kein Partner				6,600 ***
fehlende Angaben				2,279 ***
niedrige Bildung				2,559 ***
mittlere Bildung				1,373 ***
hohe Bildung				1

n = 17.272

\*\*\* p<0,01; \*\* p<0,05; \*p<0,1

Quelle: Mikrozensus 2002 (eigene Berechnungen)

### 5.3.2 Die Modelle der logistischen Regression für Frauen in Ostdeutschland

Nun möchte ich untersuchen, in welcher Art und Weise sich jeweils der Einfluss der Variablen *Bildung*, *Staatsangehörigkeit*, *Gemeindegröße* und *Bildungssituation des Partners* auf die Kinderlosigkeit von ostdeutschen Frauen auswirkt (s. Tabelle 14). Die dargestellten Analysen beziehen sich also immer auf die 3.251 Frauen, die zum Befragungszeitpunkt in den neuen Bundesländern lebten.

Wie schon in der Subpopulation der westdeutschen Frauen habe ich zunächst den Einfluss der Bildung untersucht. Entgegen meiner Hypothese nimmt (wie auch schon in der deskriptiven Analyse) der Anteil der Kinderlosen mit steigendem Bildungsniveau nicht zu, sondern ab. Niedrig gebildete Frauen haben dabei gegenüber Hochgebildeten (Referenzgruppe) ein 2,56-mal signifikant höheres Risiko kinderlos zu sein. Für Frauen mit einer mittleren Bildung hat sich, im Vergleich zur Referenzgruppe, das Risiko kinderlos zu sein auf 1,007 verringert, jedoch ist dieses Ergebnis nicht signifikant.

Im zweiten Modell habe ich die Variable *Staatsangehörigkeit* miteinbezogen. Die Variable *Bildung* behält ihre bereits bestehenden Effekte. Der Einfluss der Staatsangehörigkeit auf die Kinderlosigkeit ist nicht signifikant, jedoch lassen sich die gleichen Tendenzen wie schon in der deskriptiven Analyse erkennen. Entgegen meiner Hypothese haben nichtdeutsche Frauen in Ostdeutschland gegenüber deutschen Frauen im Osten ein etwa 1,4-mal höheres Risiko kinderlos zu sein.

Als Nächstes habe ich die Variable *Gemeindegröße* berücksichtigt (Modell 3). Der Einfluss des Bildungsniveaus und der Staatsangehörigkeit bleibt, mit den gleichen Effekten wie in den vorherigen Modellen, bestehen. Meine erste Hypothese bezüglich der Gemeindegröße kann sich auch in dieser Analyse nicht halten. Frauen in mittelgroßen Gemeinden haben gegenüber der Referenzgruppe (Frauen in kleinen Gemeinden) ein um 37,6 % signifikant höheres Risiko kinderlos zu sein. Frauen in großen Gemeinden haben hingegen im Vergleich zur Referenzgruppe ein um 22,4 % höheres Risiko kinderlos zu sein, jedoch ist dieses Ergebnis nicht signifikant.

In einem letzten Modell habe ich schließlich die *Bildungssituation des Partners* berücksichtigt. Dabei bleibt der festgestellte Effekt für die Variable *Gemeindegröße* in seiner Form bestehen. Die Variable *Bildungsniveau* verliert hingegen sämtliche Signifikanz und lässt statt des bisherigen einen u-förmigen Trend erkennen. Bei dieser Analyse ergibt sich folgendes Bild: Frauen ohne einen Partner haben im Vergleich mit Frauen, deren Partner hochgebildet ist (Referenzgruppe), ein etwa 4,1-mal so hohes signifikantes Risiko kinderlos zu sein. Für Frauen mit einem niedrig gebildeten Partner ist

das Kinderlosigkeitsrisiko (verglichen mit der Referenzgruppe) fast ebenso hoch (ca. 4,2-mal signifikant höher), wie das der Partnerlosen. Frauen mit einem Partner mittlerer Bildung haben im Vergleich zur Referenzgruppe ein um 47 % höheres Risiko kinderlos zu sein. Zwar ist dieses letzte Ergebnis nicht durchgehend signifikant, aber es lässt sich doch ein Trend feststellen: Je höher der Bildungsstand des Partners, desto niedriger ist der Anteil Kinderloser unter den ostdeutschen Frauen.

**Tabelle 14: Modell der logistischen Regression (Frauen in Ostdeutschland)**

<b>Variable</b>	<b>Model 1</b>	<b>Model 2</b>	<b>Model 3</b>	<b>Model 4</b>
Ausprägung	Exp(B)	Exp(B)	Exp(B)	Exp(B)
<b>Konstante</b>	0,202 ***	0,201 ***	0,175***	0,134 ***
<b>Bildung</b>				
fehlende Angaben	1,492	1,495	1,484	1,630
niedrige Bildung	2,561 ***	2,525 ***	2,544 ***	0,838
mittlere Bildung	1,007	1,013	1,041	0,745
hohe Bildung	1	1	1	1
<b>Staatsangehörigkeit</b>				
nichtdeutsch		1,407	1,295	1,283
deutsch		1	1	1
<b>Gemeinde</b>				
mittelgroße Gemeinden			1,376 ***	1,245 **
große Gemeinden			1,224	1,038
kleine Gemeinden			1	1
<b>Bildung Partner</b>				
kein Partner				4,115 ***
fehlende Angaben				0,664
niedrige Bildung				4,230 ***
mittlere Bildung				1,469
hohe Bildung				1

n = 3.251

\*\*\* p<0,01; \*\* p<0,05; \*p<0,1

Quelle: Mikrozensus 2002 (eigene Berechnungen)

### 5.3.3 Mögliche Interaktionseffekte

Da ich vermute, dass es zwischen dem Bildungsniveau der untersuchten Frauen und dem ihres Partners, sowie zwischen ihrem Bildungsniveau und der Gemeindegröße Wechselwirkungen gibt, habe ich zwei neue Variablen, *Partnerbildung* und *Bildung und Gemeindegröße* generiert. Die Variable *Partnerbildung* hat vier Ausprägungen: partnerlose Frauen, Bildungshypergamie (Frauen mit höherem Bildungsniveau als ihr Partner), Bildungshypogamie (Frauen mit niedrigerem Bildungsniveau als ihr Partner) und

Bildungshomogamie (Frauen mit gleichem Bildungsniveau wie ihr Partner). Eine Häufigkeitsauszählung der Variable ergab, dass etwa 74 % der Frauen, und damit die Mehrheit, in einer bildungshomogamen Partnerschaft lebt (s. Tabelle 15).

**Tabelle 15: Zusammenhang zwischen dem Bildungsniveau der untersuchten Frauen und dem ihres Partners**

	Häufigkeit	Prozent (valide)
kein Partner vorhanden	4.570	22,3
fehlende Angaben	479	2,3
Homogamie	15.133	73,7
Hypogamie	112	1,1
Hypergamie	229	0,5
<b>Total</b>	<b>20.523</b>	<b>100,0</b>

Quelle: Mikrozensus 2002 (eigene Berechnungen)

Die Variable *Bildung und Gemeindegröße* besitzt neun Ausprägungen: niedrig gebildete Frauen in kleinen Gemeinden, mittelgroßen und großen Gemeinden; Frauen mittlerer Bildung in kleinen, mittelgroßen und großen Gemeinden; hochgebildete Frauen in kleinen, mittelgroßen und großen Gemeinden. Eine, nach Ost- und Westdeutschland getrennt durchgeführte, Häufigkeitsauszählung ergab große Unterschiede bezüglich der Verteilung auf die einzelnen Ausprägungen (s. Tabelle 16). So haben die meisten (48 %) der ostdeutschen Frauen ein mittleres Bildungsniveau und leben in kleinen Gemeinden, während bei westdeutschen Frauen keine solche eindeutige Mehrheit erkennbar ist.

**Tabelle 16: Zusammenhang zwischen dem Bildungsniveau der untersuchten Frauen und der Gemeindegröße nach Ost- und Westdeutschland (valide Prozente)**

	Westdeutschland	Ostdeutschland
fehlende Angaben	3,2	2,1
niedrige Bildung/ kleine Gemeinde	15,1	2,9
niedrige Bildung/ mittelgroße Gemeinde	9,0	2,0
niedrige Bildung/ große Gemeinde	9,4	0,3
mittlere Bildung/ kleine Gemeinde	15,5	48,0
mittlere Bildung/ mittelgroße Gemeinde	9,7	20,1
mittlere Bildung/ große Gemeinde	10,1	9,0
hohe Bildung/ kleine Gemeinde	8,5	8,0
hohe Bildung/ mittelgroße Gemeinde	7,5	4,8
hohe Bildung/ große Gemeinde	12,0	2,9
<b>Total</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>

Quelle: Mikrozensus 2002 (eigene Berechnungen)

### 5.3.3.1 Interaktionseffekt zwischen Bildungsniveau und Bildungsniveau des Partners

Um nun den Einfluss der *Partnerbildung* und der Variable *Bildung und Gemeindegröße* auf das Ausmaß der Kinderlosigkeit zu untersuchen, habe ich jeweils beide Variablen in ein Logit-Modell eingefügt und zusätzlich nach Ost- und Westdeutschland getrennt analysiert.

Zunächst habe ich die auf Gesamtdeutschland bezogene Analyse des Einflusses der *Partnerbildung* auf die Kinderlosigkeit dargestellt (Modell 6), wobei sich folgende höchst signifikante Ergebnisse erkennen lassen (s. Tabelle 17). Im Vergleich zu Frauen, deren Bildungsniveau dem ihres Partners entspricht, also im Vergleich zu bildungshomogamen Partnerschaften (Referenzgruppe), haben Frauen in bildungshypogamen Partnerschaften ein etwa 9,4-mal so hohes Risiko kinderlos zu sein. Das Kinderloskeitsrisiko von Frauen in bildungshypergamem Partnerschaften ist gegenüber der Referenzgruppe fast 4,9-mal höher. Partnerlose Frauen haben, verglichen mit der Referenzgruppe, ein 4,7-mal höheres Risiko kinderlos zu sein.

**Tabelle 17: Interaktionseffekt der Partnerbildung (Gesamtdeutschland)**

<b>Variable</b>	<b>Model 6</b>
Ausprägung	Exp(B)
<b>Partnerbildung</b>	
kein Partner	4,663 ***
fehlende Angaben	1,145
Bildungshypergamie	4,882 ***
Bildungshypogamie	9,415 ***
Bildungshomogamie	1

n = 20.523

\*\*\* p<0,01; \*\* p<0,05; \*p<0,1

Quelle: Mikrozensus 2002 (eigene Berechnungen)

Bei der nach Ost- und Westdeutschland getrennten Betrachtung der untersuchten Frauen lassen sich tendenziell ähnliche (ebenfalls signifikante) Ergebnisse feststellen, jedoch auf unterschiedlichen Niveaus (s. Tabellen 18 und 19). So ist das Risiko kinderlos zu sein für westdeutsche Frauen in bildungshypogamen Partnerschaften gegenüber der Referenzgruppe (bildungshomogame Partnerschaft) etwa 10,8-mal höher, das der ostdeutschen Frauen in bildungshypogamen Partnerschaften ist hingegen nur etwa 4,8-mal höher, als das der entsprechenden Referenzgruppe.

Weiterhin haben westdeutsche Frauen in bildungshypergamen Partnerschaften im Vergleich zur Referenzgruppe ein 5,5-mal höheres Risiko kinderlos zu sein, das Risiko der äquivalenten ostdeutschen Frauen gegenüber der Referenzgruppe ist jedoch nur 2,6-mal so hoch.

Wie auch schon bei der Analyse für die Gesamtpopulation ist das Kinderlosigkeitsrisiko für Frauen ohne einen Partner, verglichen mit der Referenzgruppe, in Ost- wie in Westdeutschland sehr hoch. So haben partnerlose Frauen in Westdeutschland ein fast 5-mal signifikant höheres Risiko, während die entsprechenden Frauen in Ostdeutschland ein etwa 3-mal höheres Risiko haben.

**Tabelle 18: Interaktionseffekt der Partnerbildung (Frauen in Westdeutschland)**

<b>Variable</b> Ausprägung	<b>Model 5</b> Exp(B)
<b>Partnerbildung</b>	
kein Partner	4,969 ***
fehlende Angaben	1,146
Bildungshypergamie	5,450 ***
Bildungshypogamie	10,769 ***
Bildungshomogamie	1
n = 17.272	*** p<0,01; ** p<0,05; *p<0,1

Quelle: Mikrozensus 2002 (eigene Berechnungen)

**Tabelle 19: Interaktionseffekt der Partnerbildung (Frauen in Ostdeutschland)**

<b>Variable</b> Ausprägung	<b>Model 5</b> Exp(B)
<b>Partnerbildung</b>	
kein Partner	2,983 ***
fehlende Angaben	0,822
Bildungshypergamie	2,570 *
Bildungshypogamie	4,797***
Bildungshomogamie	1
n = 3.251	*** p<0,01; ** p<0,05; *p<0,1

Quelle: Mikrozensus 2002 (eigene Berechnungen)

Um noch einmal zusammenzufassen: Im Vergleich zu Frauen in bildungshomogamen Partnerschaften ist das Kinderlosigkeitsrisiko, von west- wie von ostdeutschen Frauen, in bildungshypogamen Partnerschaften am größten. Frauen in solchen Partnerschaften haben sogar ein höheres Risiko kinderlos zu sein als partnerlose Frauen.

### 5.3.3.2 Interaktionseffekt zwischen Bildungsniveau und Gemeindegröße

Nach der Analyse des Einflusses der *Partnerbildung* auf die Kinderlosigkeit folgt nun die Analyse bezüglich des Einflusses der Variable *Bildung und Gemeindegröße* auf die Kinderlosigkeit, wiederum zunächst für Gesamt- und dann getrennt nach Ost- und Westdeutschland. So ergab die Logit-Analyse über den Einfluss der Variable *Bildung und Gemeindegröße* auf die Kinderlosigkeit für Gesamtdeutschland folgende Ergebnisse (s. Tabelle 20): Gegenüber der Referenzgruppe (Frauen mittlerer Bildung in mittelgroßen Gemeinden) haben niedrig gebildete Frauen, sowie Frauen mittlerer Bildung in kleinen Gemeinden ein um 21,3 % bzw. 29,5 % signifikant niedrigeres Risiko kinderlos zu sein. Das Kinderlosigkeitsrisiko von niedrig und hoch gebildeten Frauen in kleinen Gemeinden ist zwar ebenfalls niedriger (2 % bzw. 15 %) als das der Referenzgruppe, jedoch sind diese Ergebnisse nicht signifikant.

Weiterhin ergab die Analyse, dass Frauen mit einem mittleren Bildungsniveau in Großgemeinden, sowie hoch gebildete Frauen in mittelgroßen und großen Gemeinden, verglichen mit der Referenzgruppe, ein (um 44 %, 35 % bzw. 139 %) signifikant höheres Kinderlosigkeitsrisiko haben. Tendenziell trifft dies ebenfalls auf niedrig gebildete Frauen in großen Gemeinden zu, jedoch ist dieses Ergebnis nicht signifikant.

**Tabelle 20: Interaktionseffekt der *Bildung und Gemeindegröße* (Gesamtdeutschland)**

<b>Variable</b> Ausprägung	<b>Model 7</b> Exp(B)
<b>Bildung und Gemeindegröße</b>	
fehlende Angaben	1,195 *
niedrige Bildung/ kleine Gemeinde	0,787 ***
niedrige Bildung/ mittelgroße Gemeinde	0,98
niedrige Bildung/ große Gemeinde	1,05
mittlere Bildung/ kleine Gemeinde	0,705 ***
mittlere Bildung/ große Gemeinde	1,442 ***
hohe Bildung/ kleine Gemeinde	0,852
hohe Bildung/ mittelgroße Gemeinde	1,353 ***
hohe Bildung/ große Gemeinde	2,388 ***
Frauen mittlerer Bildung in mittelgroßen Gemeinden	1

n = 20.523 \*\*\* p<0,01; \*\* p<0,05; \*p<0,1  
 Quelle: Mikrozensus 2002 (eigene Berechnungen)

Bei der nach Ost- und Westdeutschland getrennten Betrachtung der untersuchten Frauen lassen sich für Westdeutschland tendenziell ähnliche Ergebnisse feststellen, jedoch auf

einem anderen Niveau (s. Tabelle 21). So ist das Risiko kinderlos zu sein, im Vergleich zur Referenzgruppe (Frauen mittlerer Bildung in mittelgroßen Gemeinden), für westdeutsche hochgebildete Frauen in mittelgroßen und großen Gemeinden, sowie für Frauen mittlerer Bildung in Großgemeinden um 33 %, 128 % bzw. 49 % signifikant höher.

Für Frauen mit einem niedrigen bzw. mittleren Bildungsniveau ist das Kinderlosigkeitsrisiko, verglichen mit der Referenzgruppe, um 30,3 % bzw. 24,5 % signifikant niedriger. Die gleichen Tendenzen, jedoch keine Signifikanz, lassen sich für niedrig gebildete Frauen in mittelgroßen und großen Gemeinden, sowie für hochgebildete Frauen in kleinen Gemeinden erkennen.

**Tabelle 21: Interaktionseffekt der *Bildung und Gemeindegröße* (Frauen in Westdeutschland)**

<b>Variable</b> Ausprägung	<b>Model 6</b> Exp(B)
<b>Bildung und Gemeindegröße</b>	
fehlende Angaben	1,134
niedrige Bildung/ kleine Gemeinde	0,697 ***
niedrige Bildung/ mittelgroße Gemeinde	0,894
niedrige Bildung/ große Gemeinde	0,949
mittlere Bildung/ kleine Gemeinde	0,755 ***
mittlere Bildung/ große Gemeinde	1,492 ***
hohe Bildung/ kleine Gemeinde	0,96
hohe Bildung/ mittelgroße Gemeinde	1,332 ***
hohe Bildung/ große Gemeinde	2,281 ***
Frauen mittlerer Bildung in mittelgroßen Gemeinden	1
<hr/>	
n = 17.272	*** p<0,01; ** p<0,05; *p<0,1

Quelle: Mikrozensus 2002 (eigene Berechnungen)

Nun komme ich zur Analyse der ostdeutschen untersuchten Frauen, in welcher sich folgende Ergebnisse feststellen lassen (s. Tabelle 22): Gegenüber der Referenzgruppe (Frauen mittlerer Bildung in mittelgroßen Gemeinden) ist das Risiko kinderlos zu sein, für niedrig gebildete ostdeutsche Frauen in kleinen bzw. großen Gemeinden etwa 2,13-mal bzw. 5,54-mal mal signifikant höher. Dies trifft auch für niedrig gebildete Frauen in mittelgroßen Gemeinden zu (im Vergleich zur Referenzgruppe haben sie ein um 33,5 % höheres Kinderlosigkeitsrisiko). Jedoch ist dieses Ergebnis nicht signifikant.

Im Vergleich zur Referenzgruppe ist das Risiko kinderlos zu sein, für Frauen mit einem mittleren Bildungsniveau in kleinen bzw. großen Gemeinden, um etwa 34 % bzw. 27 % signifikant niedriger und für hochgebildete Frauen in kleinen Gemeinden um fast 39 % signifikant niedriger. Auch hochgebildete Frauen in mittelgroßen und großen Gemeinden

haben, verglichen mit der Referenzgruppe, ein niedrigeres Kinderlosigkeitsrisiko. Im Gegensatz zu den vorherigen Ergebnissen sind diese jedoch nicht signifikant.

**Tabelle 22: Interaktionseffekt der *Bildung und Gemeindegröße* (Frauen in Ostdeutschland)**

<b>Variable</b>	<b>Model 6</b>
Ausprägung	Exp(B)
<b>Bildung und Gemeindegröße</b>	
fehlende Angaben	1,114
niedrige Bildung/ kleine Gemeinde	2,127 ***
niedrige Bildung/ mittelgroße Gemeinde	1,335
niedrige Bildung/ große Gemeinde	5,536 ***
mittlere Bildung/ kleine Gemeinde	0,661 ***
mittlere Bildung/ große Gemeinde	0,729 *
hohe Bildung/ kleine Gemeinde	0,612 **
hohe Bildung/ mittelgroße Gemeinde	0,836
hohe Bildung/ große Gemeinde	0,997
Frauen mittlerer Bildung in mittelgroßen Gemeinden	1
n = 3.251	*** p<0,01; ** p<0,05; *p<0,1

Quelle: Mikrozensus 2002 (eigene Berechnungen)

Zusammenfassend lässt sich Folgendes festhalten: Für Frauen, die zum Befragungszeitpunkt in Westdeutschland lebten, scheint der Bildungseffekt auf die Kinderlosigkeit von der Größe der Gemeinde abzuhängen. Demgegenüber ist der Einfluss des Bildungsniveaus für ostdeutsche Frauen unabhängig von der Gemeindegröße. Denn egal, wie groß die Gemeinde ist, in der sie leben: Das Kinderlosigkeitsrisiko von Frauen mit einem niedrigen Bildungsniveau ist immer signifikant höher als das der Referenzgruppe.

### 5.3.4 Zusammenfassung der Modelle der logistischen Regressionen und der Interaktionseffekte

Gestützt auf die Ergebnisse der deskriptiven Analyse habe ich angenommen, dass sich die Einflüsse der möglichen Determinanten auf die Kinderlosigkeit in Ost- und Westdeutschland unterscheiden. Aus diesem Grund habe ich nicht nur die deskriptiven, sondern auch die Logit-Analysen sowohl für Gesamtdeutschland, als auch für West- bzw. Ostdeutschland durchgeführt.

Die Analyse der möglichen Determinanten mittels logistischer Regression hat die Ergebnisse der deskriptiven Analyse nur zum Teil bestätigt.

In der Analyse, in der alle 35 bis unter 40-jährigen westdeutschen Frauen miteinbezogen wurden, konnte ein durchgehend signifikanter Effekt des Bildungsniveaus festgestellt werden. Wie schon in der deskriptiven Analyse wurde meine Hypothese bestätigt, d. h., je höher das Bildungsniveau westdeutscher Frauen ist, desto häufiger sind sie kinderlos. Die Analyse für 35 bis unter 40-jährige Frauen, die zum Befragungszeitpunkt in Ostdeutschland gelebt haben, ergibt ein völlig anderes Bild. Entgegen meiner Hypothese scheint hier (obwohl die Ergebnisse zu einem Großteil nicht signifikant sind) die Kinderlosigkeit mit dem Bildungsniveau abzunehmen.

Während für westdeutsche Frauen ein signifikanter Effekt der Staatsangehörigkeit zu verzeichnen ist, der meine Hypothese (deutsche Frauen sind häufiger kinderlos als nichtdeutsche) bestätigt, so ist solch ein Effekt für ostdeutsche Frauen nicht zu erkennen.

Meine erste Hypothese, die besagt, dass Frauen in großen Gemeinden (aufgrund einer angenommenen besseren Infrastruktur mit Kinderbetreuungsinstitutionen) seltener kinderlos sind als Frauen in kleinen Gemeinden, konnte weder für westdeutsche noch für ostdeutsche Frauen bestätigt werden. Jedoch konnte, wie auch schon in der deskriptiven Analyse, die Alternativhypothese, welche in kleinen, ländlichen Gemeinden eine niedrige Kinderlosigkeit erwarten lässt (aufgrund einer angenommenen traditionellen Prägung dieser Gemeinden), für Westdeutschland bestätigt werden. Aber wie schon meine erste Hypothese, so konnte auch die Alternativhypothese für Frauen aus Ostdeutschland nicht bestätigt werden.

Die Variable *Bildungssituation des Partners* hat, entgegen den Ergebnissen der deskriptiven Analyse, auf die Kinderlosigkeit der analysierten Frauen einen eindeutigen und, zumindest für Westdeutschland, durchgehend signifikanten Effekt. Dabei sind west- wie ostdeutsche Frauen umso häufiger kinderlos, je niedriger das Bildungsniveau ihrer

Partner ist. Für Frauen ohne einen Partner ist das Risiko kinderlos zu sein jedoch mit Abstand am höchsten.

Meine Analysen ergaben weiterhin einen signifikanten Interaktionseffekt zwischen dem eigenen Bildungsniveau der Frauen und dem ihrer Partner für Ost- wie für Westdeutschland. Sowohl in West- wie auch in Ostdeutschland gilt: Frauen, die nicht in einer bildungshomogenen Partnerschaft leben, haben ein deutlich höheres Risiko kinderlos zu sein. Auch zwischen dem Bildungsniveau und der Gemeindegröße habe ich, allerdings nur für westdeutsche Frauen, Interaktionseffekte festgestellt: Der Einfluss des Bildungsniveaus auf die Kinderlosigkeit ist demnach von der Größe der Gemeinde, in der die untersuchten Frauen leben, abhängig.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass neben dem eigenen Bildungsniveau auch das des Partners, sowie das Vorhandensein eines Partners für alle 35 bis unter 40-jährigen Frauen einen eindeutigen Effekt auf das Ausmaß der Kinderlosigkeit hat. Für westdeutsche Frauen spielt zusätzlich die Staatsangehörigkeit und die Gemeindegröße bezüglich der Verbreitung der Kinderlosigkeit eine Rolle.

#### **5.4 Zusammenfassung der empirischen Ergebnisse**

Aufgrund des bereits im Kapitel 4.3 festgestellten unterschiedlichen Ausmaßes der Kinderlosigkeit in Ost- und Westdeutschland habe ich alle meine Analysen nach Ost und West getrennt durchgeführt. Mit einer ersten, deskriptiven, Untersuchung wollte ich herausfinden, ob die von mir gewählten Determinanten einen Einfluss auf die Kinderlosigkeit der betrachteten Frauen haben. Mit der darauf folgenden logistischen Regression wollte ich untersuchen, wie groß genau der Einfluss der durch die deskriptive Analyse erkannten Determinanten ist.

Als Fazit der gesamten empirischen Analyse ziehe ich folgende Schlüsse: Die Kinderlosigkeit von Frauen, die zum Befragungszeitpunkt in Westdeutschland lebten, wird durch ein hohes Bildungsniveau, eine deutsche Staatsangehörigkeit, das Fehlen eines Partners bzw. ein niedriges Bildungsniveau des vorhandenen Partners und des Lebens in Gemeinden mit mehr als 100.000 Einwohnern begünstigt. Das Risiko kinderlos zu sein, wird für Frauen in den neuen Bundesländern ebenfalls durch das Fehlen eines Partners, sowie das niedrige Bildungsniveau des vorhandenen Partners verstärkt. Weiterhin begünstigen ein eigenes niedriges Bildungsniveau und eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit das Risiko kinderlos zu sein.

## 6 Fazit und Ausblick

Ziel meiner Arbeit war es Determinanten zu bestimmen, welche das Ausmaß der Kinderlosigkeit in Deutschland beeinflussen und sie hinsichtlich ihrer Wirkungsweise zu untersuchen. Dabei bin ich zu dem Ergebnis gekommen, dass ein hohes Bildungsniveau, eine deutsche Staatsangehörigkeit und ein Leben in großen Gemeinden auf Frauen in Westdeutschland (bezüglich ihrer Kinderlosigkeit) einen negativen Einfluss hat. Ein eigenes niedriges Bildungsniveau und eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit wirken sich wiederum negativ auf die Familiengründung von ostdeutschen Frauen aus. Ein niedriges Bildungsniveau, sowie das gänzliche Fehlen eines Partners wirken sich, für west- wie für ostdeutsche Frauen, ebenfalls negativ auf eine erste Mutterschaft dieser Frauen aus.

Die Entscheidung für oder gegen Kinder wird also nicht nur von einer einzigen Hauptursache bestimmt. In der Regel liegt eine ganze Reihe von Gründen vor, sich für oder gegen Kinder zu entscheiden. Einer der wichtigsten ist die fehlende Möglichkeit der Vereinbarung von Mutterschaft und Erwerbstätigkeit. Denn die bisher in der deutschen Politik dominierenden Maßnahmen sind zu sehr auf Leistungen konzentriert, die nicht Vereinbarkeit, sondern das traditionelle Familienmodell (Mann ist Haupternährer, Frau kümmert sich um Kindererziehung) fördern. Dieses entspricht jedoch nicht mehr der Realität und die politischen Maßnahmen gehen damit an den Wünschen der Frauen, welche Familien und Berufstätigkeit miteinander vereinbaren möchten, vorbei. Als alternative Maßnahme sollte stattdessen mehr in die außerhäusliche Kinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr investiert werden, um eine bessere Vereinbarkeit von Mutterschaft und Erwerbstätigkeit zu ermöglichen. Die durch Transferzahlungen gebundenen Gelder fehlen dabei für eine Verbesserung der Kinderbetreuung. Lediglich geringfügige Änderungen im westdeutschen Betreuungssystem haben jedoch keinen Effekt auf das Familiengründungsverhalten. Es muss ein starker Angebotsausbau stattfinden, der nicht nur verdeutlicht, dass Kinder und Beruf miteinander vereinbar sind, sondern dass dieses sogar gewünscht wird.

In meiner Arbeit bin ich auf einige wichtige Aspekte, welche eine Familiengründung verhindern oder fördern können nicht eingegangen. So geben in vielen Untersuchungen die befragten Frauen häufig an, dass der wichtigste Grund ihrer Kinderlosigkeit der fehlende passende Partner sei. Als nicht minder wichtig werden die eigenen Zukunftsaussichten und die, welche man dem Kind bieten kann, gesehen. Da eine Entscheidung für Kinder grundsätzlich Stabilität und Sicherheit voraussetzt, entscheiden sich Menschen eher gegen Kinder, wenn sie ihre Zukunftsperspektiven als unsicher empfinden. Die gegenwärtig vom

deutschen Arbeitsmarkt ausstrahlende Instabilität wirkt sich daher auf eine Familienbildung negativ aus. Unter ‚Instabilität‘ ist dabei nicht nur die Arbeitslosigkeit, sondern auch die Unsicherheit des Arbeitsplatzes durch die häufige Vergabe von befristeten Stellen zu verstehen, die insbesondere hochqualifizierte junge Leute betrifft. Diese zeitliche Begrenzung erlaubt nur schwer eine längerfristige Planung und Kinder werden dadurch noch mehr zu einem finanziellen Risiko. Hinzu kommen noch die Unklarheit über den Fortbestand der Sozialsysteme, die hohe Verschuldung des Staats und der wirtschaftliche Abschwung.

Wie schon erwähnt, gibt es jedoch insbesondere für Frauen noch ein wichtigeres Kriterium für die Realisierung ihrer Kinderwünsche: eine harmonische und stabile Partnerschaft. Sehen sie dies als nicht gegeben an, so verzichten sie eher auf Kinder, als das Risiko einzugehen, dem Kind keine vollständige Familie im traditionellen Sinne bieten zu können. Partnerschaft und Ehe sind heute jedoch oft nur noch Optionen auf Zeit geworden, daher wirkt sich die Brüchigkeit von Partnerschaften negativ auf die Geburtenrate aus.

Neben dem Vereinbarkeitsproblem „Familie und Erwerbstätigkeit“ sind es also vor allem Befürchtungen über die soziale Sicherheit und generellen Zukunftsaussichten, sowie das Fehlen eines geeigneten Partners, welche eine Realisierung des Kinderwunsches hemmen.

## LITERATURVERZEICHNIS

- Beck, Ulrich, 1986: Risikogesellschaft – Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Beck-Gernsheim, Elisabeth, 1983: Vom „Dasein für andere“ zum Anspruch auf ein Stück „eigenes Leben“. In: Soziale Welt 34(3): 307-340.
- Becker, Gary S., 1981: A Treatise on the Family. Cambridge, Massachusetts and London, England: Harvard University Press.
- Becker, Gary S., 1992: Fertility and the economy. In: Journal of Population Economics 5: 185-201.
- Becker, Gary S., 1993: Der ökonomische Ansatz zur Erklärung menschlichen Verhaltens. Übersetzt von Vanberg, Monika; Vanberg, Viktor. Tübingen: Mohr.
- Blossfeld, Hans-Peter; Huinink, Johannes, 1989: Die Verbesserung der Bildungs- und Berufschancen von Frauen und ihr Einfluß auf den Prozeß der Familienbildung. In: ZfB 15(4): 383-404.
- Blossfeld, Hans-Peter; Jaenichen, Ursula, 1990: Bildungsexpansion und Familienbildung – Wie wirkt sich die Höherqualifikation von Frauen auf ihre Neigung zu heiraten und Kinder zu bekommen aus? In: Soziale Welt 41(4): 454-476.
- Blossfeld, Hans-Peter; Huinink, Johannes; Rohwer, Götz, 1993: Wirkt sich das steigende Bildungsniveau der Frauen tatsächlich negativ auf den Prozeß der Familienbildung aus? In: Sozialwissenschaftliche Schriften 26: 216-233.
- Brähler, Elmar et al., 2001: Zur Epidemiologie gewollter und ungewollter Kinderlosigkeit in Ost- und Westdeutschland. In: Reproduktionsmedizin 17: 157-162.
- Brüderl, Josef, Klein, Thomas, 1991: Bildung und Familiengründung – Institutionen- vs. Niveaueffekt. In: ZfB 17(3): 323-335.
- Brüderl, Josef; Klein, Thomas, 1993: Bildung und Familiengründungsprozess deutscher Frauen – Humankapital- und Institutioneneffekt. In: Sozialwissenschaftliche Schriften 26: 194-215.

- Dorbritz, Jürgen; Schwarz, Karl, 1996: Kinderlosigkeit in Deutschland – ein Massenphänomen? Analysen zu Erscheinungsformen und Ursachen.  
In: ZfB 21(3): 231-261.
- Dorbritz, Jürgen, 2003: Polarisierung versus Vielfalt. Lebensformen und Kinderlosigkeit in Deutschland – eine Auswertung des Mikrozensus.  
In: ZfB 28 (2-4): 403-421.
- Duschek, Klaus-Jürgen; Wirth, Heike 2005: Kinderlosigkeit von Frauen im Spiegel des Mikrozensus. Eine Kohortenanalyse der Mikrozensusen 1987 bis 2003.  
In: Wirtschaft und Statistik 8: 800-821.
- Engelbrech, Gerhard, 2002: Transferzahlungen an Familien – demographische Entwicklung und Chancengleichheit.  
In: WSI – Mitteilungen 3: 139-146.
- Engstler, Heribert; Menning, Sonja, 2003: Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
- Grünheid, Evelyn, 2003: Junge Frauen in Deutschland – Hohe Ausbildung contra Kinder.  
In: BiB-Mitteilungen 24(1): 9-15.
- Grünheid, Evelyn, 2004: Junge Frauen in Deutschland: bei hoher Ausbildung kinderlos?  
In: psychosozial 27(1): 35-46.
- Hank, Karsten; Tillmann, Katja; Wagner, Gert G., 2001: Außerhäusliche Kinderbetreuung in Ostdeutschland vor und nach der Wiedervereinigung. Ein Vergleich mit Westdeutschland in den Jahren 1990-1999.  
In: ZfB 26(1): 55-65.
- Hank, Karsten; Kreyenfeld, Michaela; Spieß, C. Katharina, 2003: Kinderbetreuung und Fertilität in Deutschland.  
In: MPIDR Working Paper 2003-002.
- Hank, Karsten; Andersson, Gunnar; Duvander, Ann-Zofie; Kreyenfeld, Michaela; Spieß, C. Katharina, 2004: Öffentliche Kinderbetreuung und individuelle Fertilitätsentscheidungen in Deutschland und Schweden.  
In: psychosozial 27(1): 47-57.
- Höpflinger, François, 1991: Neue Kinderlosigkeit – Demographische Trends und gesellschaftliche Spekulationen.  
In: Acta Demographica 11: 81-100.

- Kolvenbach, Franz-Josef; Haustein, Thomas; Krieger, Sascha; Seewald, Hermann; Weber, Tim et al., 2004: Kindertagesbetreuung in Deutschland. Einrichtungen, Plätze, Personal und Kosten 1990 bis 2002. Statistisches Bundesamt, Presseexemplar, März 2004: Wiesbaden.
- Kreyenfeld, Michaela; Spieß, C. Katharina; Wagner, Gert G., 2002: Kinderbetreuungspolitik in Deutschland – Möglichkeiten nachfrageorientierter Steuerungs- und Finanzierungsinstrumente.  
In: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft 5(2): 201-221.
- Kreyenfeld, Michaela, 2004: Politdiskussion fehlt verlässliche statistische Grundlage. Datenprobleme in der Demographie am Beispiel der Kinderlosigkeit in Deutschland.  
In: Demographische Forschung aus erster Hand 1(3): 4.
- Kröhnert, Steffen; van Olst, Nieke; Klingholz, Reiner, 2004: Emanzipation oder Kindergeld? Wie sich unterschiedliche Kinderzahlen in den Ländern Europas erklären. Berlin - Institut für Bevölkerung und Entwicklung: Diskussionspapier.
- Lengsfeld, Wolfgang, 1989: Familienbildung in der Bundesrepublik Deutschland: Ergebnisse der Panelstudie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung. Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, Bd. 17, Boppard am Rhein: Harald Boldt Verlag.
- Lesthaeghe, Ron, 1992: Der zweite demographische Übergang in den westlichen Ländern: Eine Deutung. Übersetzt durch das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung.  
In: ZfB 18(3): 313-354.
- Lesthaeghe, Ron; Moors, Guy, 2000: Recent trends in fertility and household formation in the industrialized world.  
In: Interuniversity papers in demography 2000-2.
- Lipinski, Heike; Stutzer, Erich, 2004: Wollen die Deutschen keine Kinder mehr? Sechs Gründe für die anhaltend niedrigen Geburtenraten.  
In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 6: 3-8.
- Peukert, Rüdiger, 2002: Familienformen im sozialen Wandel.  
Opladen: Leske + Budrich.
- Scharein, Manfred; Unger, Rainer, 2005: Kinderlosigkeit bei Akademikerinnen? Die Aussagekraft empirischer Daten zur Kinderlosigkeit bei Akademikerinnen.  
In: BiB-Mitteilungen 26(2): 6-13.

- Strohmeier, Klaus Peter, 1993: Pluralisierung und Polarisierung der Lebensformen in Deutschland.  
In: Aus Politik und Zeitgeschichte 17: 11-22.
- Van de Kaa, Dirk, 1987: Europe's second demographic transition.  
In: Population Bulletin 42(1): 1-57.
- Wirth, Heike; Dümmler, Kerstin, 2004: Zunehmende Tendenz zu späteren Geburten und Kinderlosigkeit bei Akademikerinnen – Eine Kohortenanalyse auf der Basis von Mikrozensusdaten.  
In: Informationsdienst Soziale Indikatoren 32.
- o. V., 2000: Kinderhaben oder kinderlos bleiben. BiB – Bevölkerung: Fakten – Trends – Ursachen – Erwartungen. Sonderveröffentlichung im Rahmen der Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung: 12-14.
- o. V., 2004a: Kinderlosigkeit – ein zu wenig beachtetes Phänomen? BiB – Bevölkerung: Fakten – Trends – Ursachen – Erwartungen. Die wichtigsten Fragen. Sonderheft der Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung: 25-27.
- o. V., 2004b: Die Haushalts- und Lebensformen der Bevölkerung. BiB – Bevölkerung: Fakten – Trends – Ursachen – Erwartungen. Die wichtigsten Fragen. Sonderheft der Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung: 69-72.
- o. V., 2005a: Staatliche Hilfen für Familien. Wann? Wo? Wie? Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Juli 2005: Berlin.
- o. V., 2005b: Erziehungsgeld, Elternzeit. Das Bundeserziehungsgeldgesetz. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Juli 2005: Berlin.

# ANHANG

## VERZEICHNIS DER ANHANGSTABELLEN UND -ABBILDUNGEN

### **ZU KAPITEL 3:**

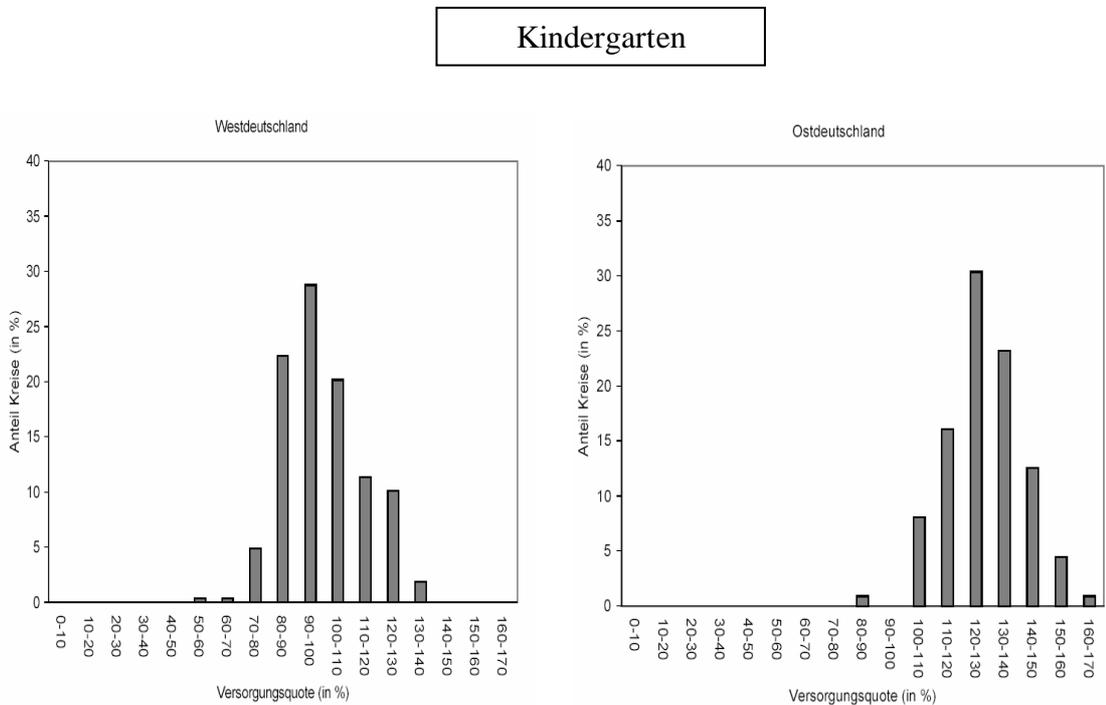
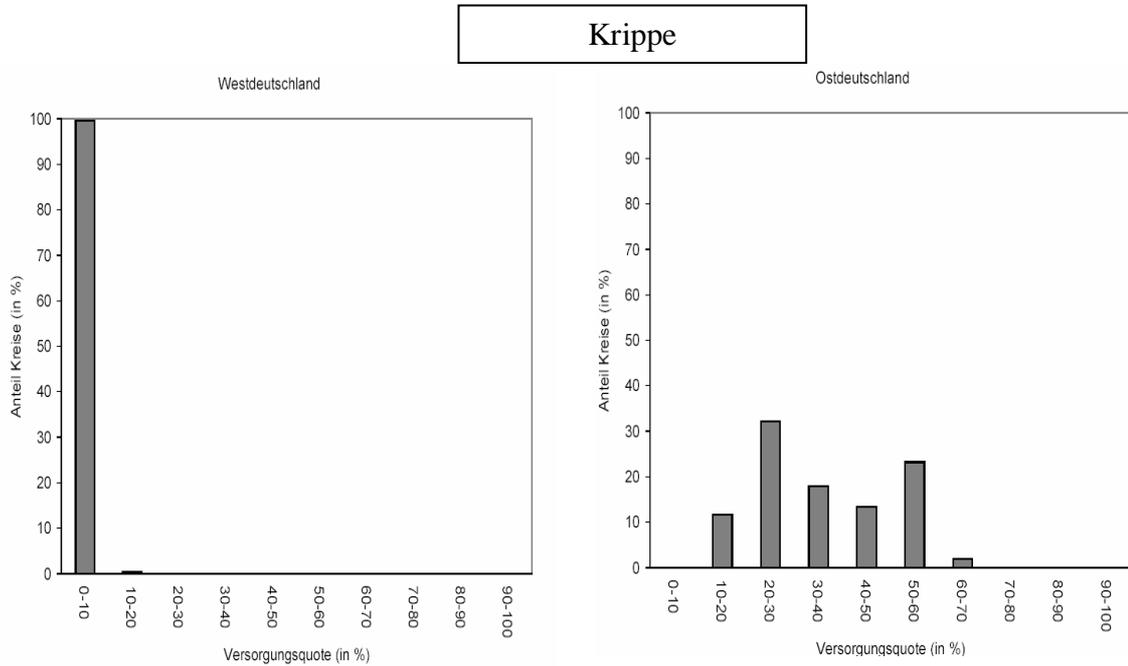
ABBILDUNG A3- 1: VERTEILUNG DER VERSORGUNGSQUOTEN IM KRIPPEN-, KINDERGARTEN- UND HORTBEREICH, SOWIE DER ANTEIL DER GANZTAGSPLÄTZE IN WEST- UND OSTDEUTSCHEN STADT- UND LANDKREISEN, 1998.....	77
---	----

### **ZU KAPITEL 5:**

TABELLE A5- 1: STAATSANGEHÖRIGKEITEN DER UNTERSUCHTEN 35 BIS UNTER 40-JÄHRIGEN FRAUEN .....	79
TABELLE A5- 2: ÜBERSICHT DER 35 BIS UNTER 40-JÄHRIGEN FRAUEN BEZÜGLICH EINER DEUTSCHEN STAATSANGEHÖRIGKEIT .....	80

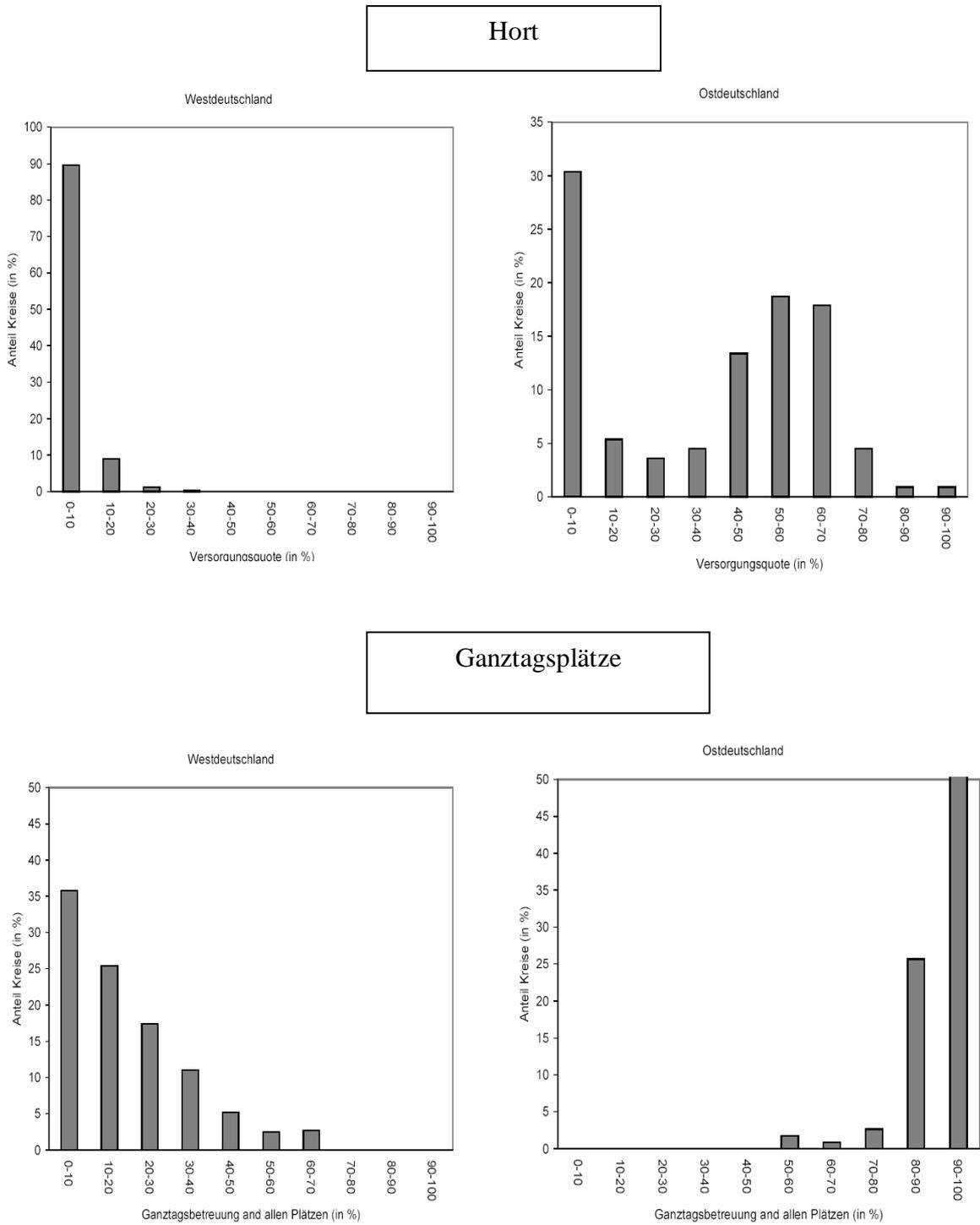
## Anhang zu Kapitel 3

Abbildung A3- 1: Verteilung der Versorgungsquoten im Krippen-, Kindergarten- und Hortbereich, sowie der Anteil der Ganztagsplätze in west- und ostdeutschen Stadt- und Landkreisen, 1998



Fortsetzung nächste Seite...

**Abbildung A3-1 (Fortsetzung): Verteilung der Versorgungsquoten im Krippen-, Kindergarten- und Hortbereich, sowie der Anteil der Ganztagsplätze in west- und ostdeutschen Stadt- und Landkreisen, 1998**



Quelle: Hank et al. (2003)

**Tabelle A5- 1: Staatsangehörigkeiten der untersuchten 35 bis unter 40-jährigen Frauen**

	Häufigkeit	Prozent (valide)
Bosnien-Herzegowina	40	2,5
Frankreich	40	2,5
Griechenland	70	4,4
Großbritannien	20	1,3
GUS	93	5,8
Italien	139	8,7
Kroatien	34	2,1
Niederlande	18	1,1
Österreich	43	2,7
Polen	100	6,3
Portugal	28	1,8
Rumänien	26	1,6
übrige EU (Belgien, Dänemark, Finnland, Irland, Luxemburg, Schweden)	18	1,1
Jugoslawien (Serbien und Montenegro)	61	3,8
Slowakei, Tschechische Republik, Ungarn	29	1,8
Spanien	31	1,9
Türkei	392	24,5
übriges Europa (Schweiz, Sonstiges Ost- und Mitteleuropa, Sonstiges Westeuropa)	67	4,2
Marokko	5	0,3
Sonstiges Afrika	35	2,2
Vereinigte Staaten von Amerika (USA)	30	1,9
Sonstiges Amerika	47	2,9
Iran	25	1,6
Sonstiger Naher Osten (z. B. Libanon, Jordanien, Syrien, Irak, Israel)	39	2,4
Vietnam	28	1,8
Sonstiges Südasien (z.B. Afghanistan, Indien, Kambodscha, Laos, Pakistan, Sri Lanka, Thailand)	73	4,6
Ostasien (z.B. China, Indonesien, Japan, Korea, Philippinen)	43	2,7
übrige Welt, Staatenlos	22	1,4
<b>Total</b>	<b>1.597</b>	<b>100,0</b>
Deutscher ohne weitere Staatsangehörigkeit	18.930	
<b>Total</b>	<b>20.527</b>	

Quelle: Mikrozensus 2002 (eigene Berechnungen)

**Tabelle A5- 2: Übersicht der 35 bis unter 40-jährigen Frauen bezüglich einer deutschen Staatsangehörigkeit**

	Häufigkeit	Prozent (valide)
nur deutsche Staatsangehörigkeit	18.930	92,2
deutsche und eine weitere Staatsangehörigkeit	176	0,9
keine deutsche Staatsangehörigkeit	1.421	6,9
<b>Total</b>	<b>20.527</b>	<b>100,0</b>

Quelle: Mikrozensus 2002 (eigene Berechnungen)

## EIDESSTAATLICHE VERSICHERUNG

Ich versichere eidesstattlich durch eigenhändige Unterschrift, dass ich die Arbeit selbständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Alle Stellen, die wörtlich oder sinngemäß aus Veröffentlichungen entnommen sind, habe ich als solche kenntlich gemacht. Ich weiß, dass bei Abgabe einer falschen Versicherung die Prüfung als nicht bestanden zu gelten hat.

Rostock, 18.05.2006